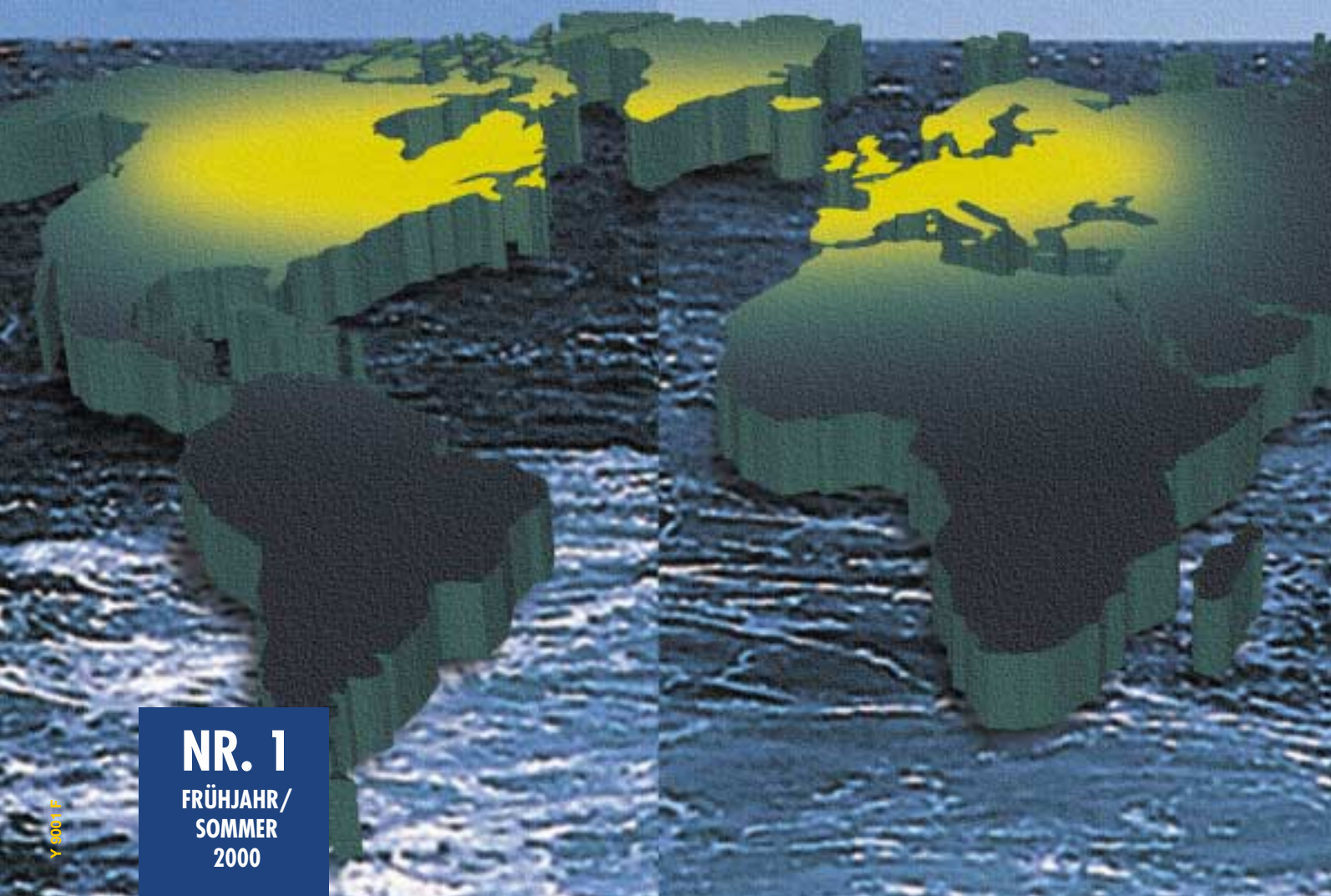
NATO Brief

Ein ausgewogeneres Bündnis mit größeren Fähigkeiten



NR. 1
FRÜHJAHR/
SOMMER
2000

Y 9001 F

INHALT

Frühjahr/Sommer – Jahrgang 48

Titelbild: NATO Graphics Studio

Lord Robertson
3 Brief des Generalsekretärs

Elinor Sloan
4 Die DCI als Reaktion auf die von den Vereinigten Staaten angeführte Revolution im Verteidigungssektor

François Heisbourg
8 Die europäische Verteidigung macht einen Sprung nach vorn

Peter Schmidt
12 ESVI: „Trennbar, aber nicht getrennt"?

Diego Ruiz Palmer
16 Die Untersuchung für den Rüstungsbereich: Die Ausrüstungsrolle der NATO im Wandel

Dmitri Trenin
19 Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland: Zeit zur Bereinigung

Victor-Yves Ghebali
23 Die Istanbuler OSZE-Charta für europäische Sicherheit

Isabelle François
27 Partnerschaft als eine der grundlegenden Sicherheitsaufgaben der NATO

General Gregory Martin
31 Neue Schlagkraft für die Luftstreitkräfte des neuen Jahrtausends

Generalmajor Pierre Segers & Oberstleutnant Eric Thiry
33 Die Notwendigkeit von Reservestreitkräften zur Stärkung der Bündnisfähigkeiten

Dokumentationsbeilage

D1 Tagung des Nordatlantikrats auf Außenministerebene, 15. Dezember 1999

D6 Tagung der NATO-Ukraine-Kommission auf Außenministerebene, 15. Dezember 1999

D7 Tagung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats auf Außenministerebene, 16. Dezember 1999

D8 Tagung des Nordatlantikrats auf Verteidigungsministerebene, 2. Dezember 1999

D11 Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses und der Nuklearen Planungsgruppe, 2. Dezember 1999

D12 Tagung der NATO-Ukraine-Kommission auf Verteidigungsministerebene, 3. Dezember 1999

D13 Tagung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats auf Verteidigungsministerebene, 3. Dezember 1999

D13 Verteidigungsausgaben der NATO-Länder 1975-1999

Die NATO im Blickpunkt

25 Neuer ständiger Vertreter Griechenlands

34 Algerien neuer Teilnehmer des Mittelmeerdialogs

„Anmerkung des Herausgebers: *Dieses Jahr werden nur drei Ausgaben des NATO Brief's erscheinen: Frühjahr/Sommer 2000, Sommer/Herbst 2000 und Winter 2000/2001".*

Interimsredaktion: Vicki Nielsen
Produktion: Felicity Breeze

NATO Office of Information and Press
B-1110 Brüssel
Fax: 00 32 27 07 45 79
E-Mail: NATODOC@HQ.NATO.INT

NATO Review und andere NATO-Veröffentlichungen sind auch verfügbar über World Wide Web HTTP://WWW.NATO.INT/

Gesamtherstellung:
SZ Offsetdruck-Verlag
Herbert W. Schallowetz GmbH,
53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier" wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V., Am Burgweiher 12, 53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.
Der NATO BRIEF wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Probleme herausgegeben. Die im NATO BRIEF veröffentlichten Beiträge stellen nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

NATO-VERÖFFENTLICHUNGEN

Der NATO BRIEF erscheint dreimal jährlich auch in: Dänisch - NATO Nyt; Französisch - Revue de l'OTAN; Englisch - NATO Review; Italienisch - Notizie NATO; Niederländisch - NAVO Kroniek; Spanisch - Revista de la OTAN; Tschechisch; Griechisch - Deltio NATO; Norwegisch - NATO Nytt; Polnisch - Przeglad NATO; Portugiesisch - Noticias de OTAN; Türkisch - NATO Dergisi; Ungarisch - NATO Tükör. In isländischer Sprache (NATO Fréttir) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus, darunter:

- Dokumentation über das Bündnis
- wirtschaftliche und wissenschaftliche Publikationen

Die Publikationen sind vorrätig in den offiziellen NATO-Sprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung, wie z. B. „Tatsachen und Dokumente" und „NATO Handbuch".

Der NATO BRIEF wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung,
Welckerstraße 11, 53113 Bonn

an Interessenten abgegeben. Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

ISSN 0255-3813

Herausgeber: Peter Daniel – Layout: NATO Graphics Studio

Ein ausgewogeneres Bündnis mit größeren Fähigkeiten

© NATO

Das Atlantische Bündnis hat nun die ersten fünfzig Jahre seiner Geschichte hinter sich. Das allein ist schon eine Leistung und bezeugt die Energie und Relevanz dieser Organisation. Noch beeindruckender ist jedoch vielleicht die bedeutende und umfassende Tagesordnung der NATO zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Sie reicht von der Erweiterung über Partnerschaft und Zusammenarbeit, über unsere Beziehungen zu Russland, zur Ukraine und zum Mittelmeerraum bis hin zu unseren Operationen auf dem Balkan. Insgesamt gesehen ist dies eine sehr anspruchsvolle Tagesordnung, aber auch ein eindeutiger Beweis für die entscheidende Rolle der NATO bei den Bemühungen um die Verbesserung der Sicherheit Europas.

Wollen wir die Effizienz der NATO wahren, müssen wir jedoch das Fundament dieses Bündnisses – unser militärisches Potential – immer weiter stärken. Im heutigen unberechenbaren Sicherheitsumfeld kommt es nach wie vor entscheidend darauf an, dass unsere Streitkräfte für die erfolgreiche Bewältigung der ihnen von uns übertragenen Aufgaben angemessen ausgerüstet sind.

Im Kosovo zeigt sich, wie wichtig dies ist. Die Streitkräfte der NATO haben ein sehr breites Aufgabenspektrum wahrgenommen – von der humanitären Hilfe für Flüchtlinge über eine Reihe von Luftoperationen bis hin zu den jetzigen Bodenoperationen im Kosovo. Dies verdeutlicht die große Bandbreite der Aufgaben, mit denen unsere Streitkräfte im 21. Jahrhundert konfrontiert sind, und folglich müssen sie im Hinblick auf die Bewältigung dieser Aufgaben ausgebildet und ausgerüstet werden. Harte Arbeit und die entsprechenden Investitionen sind nun erforderlich, wenn wir sicherstellen wollen, dass die NATO-Staaten sowohl wirksam operieren als auch wirksam kooperieren können.

Die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit, die wir auf dem Washingtoner Gipfeltreffen einleiteten, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Sie wird dazu beitragen, dass alle NATO-Mitglieder bezüglich zentraler Technologien und wesentlicher Fähigkeiten die nötigen Investitionen tätigen. Sie wird auch die Interoperabilität zwischen den Streitkräften der Bündnisstaaten selbst sowie die Interoperabilität mit denen der Partnerstaaten verbessern. Wir müssen heute Veränderungen vornehmen, um für ein unberechenbares Morgen gewappnet zu sein. Als Generalsekretär betrachte ich es als eine meiner Prioritäten, den Erfolg dieser Initiative sicherzustellen.

Die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit wird zudem einen Beitrag zu einem weiteren wichtigen Projekt leisten, das bereits angelaufen ist: zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI). Europa hat nun beschlossen, seine Fähigkeiten zu verbessern, um so besser in der Lage zu sein, bei der Wahrung des Friedens und der Sicherheit eine seinem wirtschaftlichen Gewicht angemessene Rolle zu spielen. Die NATO ist bereit, diesen Prozess durch die Bereitstellung von Mitteln für Operationen unter europäischer Leitung zu unterstützen. Dies wird bei einem bedeutenderen europäischen Beitrag zu mehr Ausgewogenheit im Bündnis führen.

All dies sind entscheidend wichtige Bemühungen. Beide Vorhaben werden gewährleisten, dass das Bündnis seine militärische Stärke behält. Sie werden auch zu einer gerechteren Verteilung von Rollen und Aufgaben führen, um so im Einklang mit dem neuen Sicherheitsumfeld ausgewogenere transatlantische Beziehungen herzustellen. Gemeinsam werden diese Initiativen die Fähigkeit der NATO erhöhen, die Aufgaben des neuen Jahrtausends erfolgreich zu bewältigen und die Sicherheit künftiger Generationen zu gewährleisten.

Lord Robertson

Die DCI als Reaktion auf die von den Vereinigten Staaten angeführte Revolution im Verteidigungssektor

Dr Elinor Sloan
Direktorat für strategische Analysen, Führungsstab für nationale Verteidigung, Kanada

Die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI – Defence Capabilities Initiative) war ursprünglich dazu gedacht, die zunehmende technologische Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Bündnispartnern in der NATO zu schließen. Seit die Initiative im April 1999 eingeleitet wurde, ist sie jedoch auf Fragen der Doktrin und auf organisatorische Elemente künftiger militärischer Operationen ausgeweitet worden, z.B. auf das Erfordernis, mobile und durchhaltefähige Streitkräfte dislozieren zu können. Durch dieses umfassendere Mandat geht die DCI nun über seit langem laufende Projekte wie das Standardisierungsprogramm der NATO und auch über die Versuche hinaus, eine Antwort auf die von den Vereinigten Staaten angeführte Revolution im Verteidigungssektor zu finden. Ihr Erfolg ist für die Stärkung des „europäischen Pfeilers" der NATO und die Wahrung ihrer militärischen und politischen Funktionsfähigkeit von entscheidender Bedeutung.

Die Revolution im Verteidigungssektor (RMA – Revolution in Military Affairs) lässt sich als bedeutende Veränderung des Wesens der Kriegführung beschreiben, die durch die innovative Anwendung neuer Technologien hervorgerufen wurde, welche in Verbindung mit einem tiefgreifenden Wandel militärischer Doktrinen sowie operativer und organisatorischer Konzepte den Charakter und die Durchführung militärischer Operationen grundlegend verändert haben[1]. Zu den mit der RMA verbundenen neuen Technologien zählen präzisionsgelenkte Waffen, die Tarnkappentechnologie zur verstärkten Machtprojektion, hoch entwickelte Nachrichtendienstsysteme sowie Überwachungs- und Aufklärungssysteme für eine bessere Gefechtfeldwahrnehmung und moderne Führungs-, Kommunikations- und Computersysteme für eine verbesserte Gefechtsfeldbeherrschung.

Auf dem Gebiet der Doktrinen konzentrieren sich die wichtigsten Entwicklungen auf Fragen der Interoperabilität zwischen Teilstreitkräften und bei multinationalen Operationen, auf Fragen der küstennahen Kriegführung und des Ferngefechts unter Einsatz von Präzisionswaffen sowie auf das Erfordernis weniger umfangreicher, mobilerer und flexiblerer, aber höchst schlagkräftiger Bodenstreitkräfte. Im Mittelpunkt der organisatorischen Veränderungen steht eine Verlagerung von Massenarmeen hin zu weniger umfangreichen, besser ausgebildeten und kapitalintensiven Streitkräften, die sich aus Berufssoldaten zusammensetzen, mit einer stärker dezentralisierten Kommandostruktur geführt werden und deren Fähigkeiten genau auf die jeweilige Aufgabe abgestimmt werden können.

Als treibende Kraft hinter der RMA lassen sich eine Reihe von Faktoren nennen. Dazu zählen:

- militärtechnologische Fortschritte (insbesondere bei Computern, im Fernmeldewesen sowie bei Sensoren und präzisionsgelenkten Waffen), die wiederum durch die informationstechnologische Revolution im zivilen Sektor gefördert werden;
- Kürzungen der Verteidigungshaushalte, die seit dem Ende des Kalten Krieges in den westlichen Staaten zu einem drastischen Abbau von Streitkräften geführt haben;
- die sich daraus ergebende Notwendigkeit, sich als Ausgleich für den verringerten Streitkräfteumfang auf qualitative Verbesserungen zu konzentrieren;
- ein strategisches Umfeld, das im Gegensatz zu dem des Kalten Krieges durch unvorhersehbare Bedrohungen und Gefahren gekennzeichnet ist, die – wenn überhaupt – wahrscheinlich wenig Zeit für eine Mobilmachung lassen;
- die daraus resultierende Notwendigkeit, über Streitkräfte zu verfügen, die rasch auf ein breites Spektrum regionaler Konfliktszenarien reagieren können;
- und eine geringere Bereitschaft der westlichen Staaten, Todesopfer in Kauf zu nehmen.

Die wachsende Kluft im Technologiebereich und bezüglich der Fähigkeiten

Die *Kosovo-Operation Allied Force* (Frühjahr 1999) hat gezeigt, dass die europäischen NATO-Mitglieder in mehreren mit der RMA verbundenen Bereichen nur über begrenzte Fähigkeiten verfügen. Mehr als 70% der entfalteten Feuerkraft gingen auf das Konto der Amerikaner.

Lediglich eine Handvoll europäischer Bündnispartner hatte lasergelenkte Bomben, und nur Großbritannien konnte Marschflugkörper beisteuern[2]. Nur knapp 10% der europäischen Flugzeuge sind zu gezieltem Bombenwurf fähig,[3] und von den europäischen NATO-Mitgliedern war lediglich Frankreich dazu in der Lage, einen nennenswerten Beitrag zu den intensiven nächtlichen Bombenangriffen zu leisten.[4] Nur die

Ein F-117-Tarnkappenbomber während einer Übung beim Abwurf einer lasergelenkten „Wegbereiter"-Bombe.
© Reuters

(1) *Andrew Marshall, Direktor des Office of Net Assessment im Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten, zitiert in Benjamin S. Lambeth, „The Technology Revolution in Air Warfare", Survival (Frühjahr 1997), S. 75.*

(2) *Die Luftstreitkräfte Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Kanadas, der Niederlande, Spaniens und der Vereinigten Staaten setzten während der Kosovo-Operationen lasergelenkte Bomben ein.*

(3) *„Armies and Arms", Economist, 24. April 1999.*

(4) *Joseph Fitchett, „US Seeks More Defense Technology Cooperation With Europeans", International Herald Tribune, 14. Juni 1999.*

Ein amerikanischer F-16-Bomber über Albanien, als er sich während der Kosovo-Luftoperationen am 23. Juli 1999 zur Luftbetankung einer KC 135 nähert. © Belga

Vereinigten Staaten konnten strategische Bomber und Tarnkappenflugzeuge für eine verstärkte Machtprojektion beisteuern. Den europäischen Bündnispartnern fehlten auch entscheidend wichtige Aufklärungs- und Überwachungsflugzeuge.

Die europäischen NATO-Mitglieder ergreifen bereits Maßnahmen, um auf die RMA zu reagieren. Sie planen für die nächsten Jahre einen Ausbau ihrer präzisionsgelenkten Systeme und ihrer Fähigkeiten im Bereich der Tarnkappensysteme sowie der Gefechtsfeldwahrnehmung und -beherrschung und übernehmen die Grundsätze der Streitkräftemobilität und der Machtprojektion als richtungsweisende Doktrinen für die Umstrukturierung des Verteidigungssektors. Die NATO selbst hat ihre teilstreitkraftübergreifende militärische Kommandostruktur dem Sicherheitsumfeld der Zeit nach dem Kalten Krieg angepasst und das Konzept der alliierten Streitkräftekommandos entwickelt, um den heutigen Sicherheitsgefahren und bedrohungen besser entgegentreten zu können.

Abgesehen von diesen Maßnahmen gliedern die europäischen Streitkräfte moderne Technologien jedoch nicht schnell genug in ihre militärischen Systeme ein, um eine weitere Vergrößerung der technologischen Kluft zwischen den amerikanischen Streitkräften und den europäischen NATO-Staaten zu verhindern. Spätestens seit dem Golfkrieg konnte man diese Kluft erkennen, aber ganz deutlich trat sie 1999 durch die Kosovo-Operationen der NATO zutage. Die Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Informationssysteme führte dazu, dass sie bei der Kommunikation mit ihren Bündnispartnern Schwierigkeiten hatten. Darüber hinaus hatten die NATO-Staaten Probleme bei der gemeinsamen Dislozierung und Zielidentifizierung sowie bei der Waffenkompatibilität.[5] Die europäischen Verbündeten kommen auch nicht schnell genug mit ihrer Umstrukturierung voran. Obwohl die Streitkräfte der Europäischen Union im Vergleich zu 1,45 Mill. in den Vereinigten Staaten fast 2 Mill. umfassen, konnte die EU nur die Hälfte der angemessen ausgerüsteten und ausgebildeten Berufssoldaten bereitstellen, die für das Kosovo erforderlich waren.

Die wachsende Kluft lässt sich teilweise auf Kürzungen in den Verteidigungshaushalten der westeuropäischen Staaten zurückführen. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die NATO-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben real um 25% verringert. Folglich bringen die europäischen Bündnispartner weniger als ein Drittel der Gesamtausgaben der NATO für die Anschaffung von Gerät auf. Ein noch wichtigerer Faktor ist jedoch die Art und Weise, wie die übrigen Mittel verwendet werden, denn dadurch lässt sich die stetige Vergrößerung der Kluft erklären. Die Vereinigten Staaten geben ungefähr zweieinhalbmal soviel für Forschung und Entwicklung aus wie alle anderen NATO-Mitglieder zusammen, und sie haben auf den Gebieten Software, Kommunikationssysteme, Sensoren und Logistiktechnologien sehr viel energischer den Weg revolutionärer Innovationen verfolgt, um den Personal- und Rüstungsabbau auszugleichen. Dies hat zur Folge, dass *„die Verteidigungsausgaben der europäischen Staaten zwar etwa zwei Drittel der Ausgaben der Vereinigten Staaten ausmachen, aber die Europäer nicht annähernd über zwei Drittel der amerikanischen Fähigkeiten verfügen."*[6]

Die künftige Funktionsfähigkeit des Bündnisses steht auf dem Spiel

Die im technologischen Bereich und bezüglich der Fähigkeiten bestehende Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Bündnispartnern ist mit einer Reihe von

(5) Colin Clark, „Campaign In Kosovo Highlights Allied Interoperability Shortfalls", Defense News, 16. August 1999, S. 6.

(6) Lord Robertson, zitiert in Tom Buerkle, „NATO Picks Briton as Its Next Leader", International Herald Tribune, 5. August 1999.

Folgen verbunden. Die unmittelbarste Konsequenz besteht darin, dass die europäischen Streitkräfte wegen ihrer „technologischen Rückständigkeit“ bald nicht mehr mit amerikanischen Truppen zusammenarbeiten können. Kompatibilitätsprobleme sind für das Bündnis schon von Anfang an ein wichtiges Thema gewesen. Im Gegensatz zu früher sind die amerikanischen Fortschritte auf den Gebieten Kommunikationssysteme, Datenverarbeitung und präzisionsgelenkte Waffen jedoch auf dem besten Wege, die Fortschritte der Bündnispartner „völlig in den Schatten zu stellen“ und somit deren Fähigkeit zu gemeinsamen Operationen in Frage zu stellen.[7]

Die Kluft könnte auch zu neuen Spannungen innerhalb des Bündnisses führen und seinen Zusammenhalt untergraben. Spannungen könnten entstehen, wenn europäische Streitkräfte aufgrund ihrer eigenen Versäumnisse in zunehmendem Maße die Verantwortung für die gefährlichen, personalintensiven Aufgaben erhalten, die zu erheblichen Verlusten an Menschenleben führen können, während die Vereinigten Staaten die hochtechnologischen Logistik-, Transport-, Nachrichtendienst- und Luftwaffensysteme stellen. Die Kluft könnte auch Fragen der Lastenteilung aufwerfen und gegenseitige Ressentiments verschärfen, da sie die Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten im Sicherheitsbereich gerade in einer Zeit erhöht, in der von den Europäern ein größerer Einsatz für ihre eigene Sicherheit erwartet wird.

Am wichtigsten ist jedoch das Argument, dass die beschriebene Kluft letztlich die politische und militärische Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses fast zunichte machen könnte. Der große Unterschied zwischen den Fähigkeiten hat zwar in Bosnien und Herzegowina oder auch im Kosovo erfolgreiche Operationen nicht verhindert, aber viele Fachleute meinen, europäische Streitkräfte könnten unter schwierigeren Bedingungen wenig ausrichten. Paradoxerweise ist ein wirklich gemeinsames Vorgehen der Amerikaner und der Europäer umso weniger wahrscheinlich, je schwerwiegender die Gefahr für ihre gemeinsamen Interesse ist. Die weitere politische und militärische Unterstützung des Bündnisses durch die Vereinigten Staaten wird letztlich von der Fähigkeit der europäischen Bündnispartner abhängen, einen echten Beitrag zu gemeinsamen Operationen zu leisten. Eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten der Europäer wird die NATO daher keineswegs überflüssig machen, sondern ist für die weitere Funktionsfähigkeit des Bündnisses von entscheidender Bedeutung.

Da die europäischen Staats- und Regierungschefs dies erkannten, haben sie sich nach der Kosovo-Krise verstärkt für die Entwicklung einer wirksamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) eingesetzt. Im Juni 1999 ernannten sie den damaligen NATO-Generalsekretär, Javier Solana, zum Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; er sollte in diesem neu geschaffenen Amt die diesbezügliche Arbeit leiten. Ferner beschlossen sie, spätestens Ende des Jahres 2000 einen Zusammenschluss der Westeuropäischen Union (WEU) mit der Europäischen Union (EU) durchzuführen und aus dem Eurokorps eine Schnellreaktionstruppe zu machen. Die Staats- und Regierungschefs der EU vereinbarten im Dezember 1999 auf ihrem Gipfel in Helsinki die Bildung eines Schnellreaktionskorps mit 50 000 bis 60 000 Mann, das spätestens ab 2003 direkt der EU unterstellt sein soll.

Trotz dieser Schritte sind sich die meisten Beobachter und politischen Entscheidungsträger darin einig, dass eine stärkere ESVI nicht so sehr von institutionellen Veränderungen, sondern eher von einer Modernisierung der Streitkräfte entsprechend den Erfordernissen des neuen internationalen Sicherheitsumfelds abhängig sein wird. Zum einen bedeutet dies, dass einige EU-Mitglieder ihre Verteidigungsausgaben erhöhen müssen. ESVI bleibt ein hohles Konzept, wenn nicht verstärkte Fähigkeiten damit einhergehen. Es bedeutet aber auch – und das ist noch wichtiger –, dass die meisten EU-Mitglieder ihre Verteidigungsgelder für verschiedene Zwecke ausgeben sollten.

Ein französischer Puma-Hubschrauber am 8. Dezember 1998 auf dem Flughafen Petrovac in Skopje (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) bei der Entladung aus einem in Russland hergestellten Antonow-Transportflugzeug. © Belga*

** Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.*

(7)
Marc Rogers, „Driving the Alliance: NATO Follows the US Lead", IDR Special Report, 1. Dezember 1998, S. 3.

Überbrückung der Kluft durch die DCI

Genau hier spielt die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI – Defence Capabilities Initiative) als eines der bedeutendsten Ergebnisse des Washingtoner NATO-Gipfels vom April 1999 eine entscheidende Rolle. Diese Initiative soll sicherstellen, dass die NATO Operationen des gesamten Spektrums ihrer jetzigen und möglichen künftigen Aufgaben wirksam durchführen kann – von Maßnahmen bei humanitären Katastrophen über Operationen zur Durchsetzung des Friedens bis hin zu einer äußerst intensiven Kriegführung zur Verteidigung des Bündnisgebiets.

Die DCI zielt genau auf die Bereiche ab, in denen das Bündnis seine militärischen Fähigkeiten ausbauen muss, damit es wirksam auf die Arten von Herausforderungen reagieren kann, mit denen es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wahrscheinlich konfrontiert sein wird. Die Initiative konzentriert sich auf die Verbesserung der Interoperabilität zwischen den Streitkräften der Mitgliedstaaten und soll die militärischen Fähigkeiten der NATO in Bezug auf die Dislozierbarkeit und Mobilität der Bündnisstreitkräfte, ihre Durchhaltefähigkeit und Logistik, ihre Überlebensfähigkeit, ihre effektive Einsatzfähigkeit sowie ihre Führungs- und Informationssysteme erhöhen.

Diese Schwerpunktbereiche spiegeln die zentralen technologischen, doktrinrelevanten und organisatorischen Elemente der RMA wider:

- Die Dislozierbarkeit lässt sich am besten durch Investitionen in Systeme für den Luft- und Seetransport sowie durch die Neueinteilung der Streitkräfte in kleinere, mobilere Einheiten erhöhen, die mit leichteren, aber besonders wirkungsvollen (meist präzisionsgesteuerten) Waffen ausgerüstet sind.
- Die Durchhaltefähigkeit wird teilweise davon abhängen, dass man moderne Technologien für logistische Zwecke einsetzt.
- Die effektive Einsatzfähigkeit erfordert ein breites Spektrum moderner RMA-Systeme – von präzisionsgelenkten Waffen und Allwetterüberwachungs- und -aufklärungssystemen bis hin zu Angriffshubschraubern und Tarnkappenflugzeugen. Sie verlangt auch, dass bezüglich dieser Systeme die Interoperabilität zwischen den verschiedenen Teilstreitkräften und Staaten gewährleistet ist, damit die teilstreitkraftübergreifenden multinationalen Operationen, die für die RMA von grundlegender Bedeutung sind, erleichtert werden können.
- Bei der Überlebensfähigkeit geht es um Bemühungen, die Streitkräfte vor dem möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu schützen.

Das Spiegelbild eines amerikanischen Matrosen auf dem Radarschirm des Kommunikations- und Kontrollzentrums an Bord der USS Philippine Sea (27. März 1999 – während der Kosovo-Operationen). © Reuters

- Schließlich zählen auch moderne, interoperable und verlegefähige Führungs- und Informationssysteme zu den zentralen Elementen der RMA, die für die Erhöhung der militärischen Fähigkeiten von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Eine entscheidende Initiative für das Bündnis

Dislozierbarkeit, Durchhaltefähigkeit, effektive Einsatzfähigkeit, Überlebensfähigkeit und Führungssysteme sind nicht nur die wesentlichen Schwerpunktbereiche der DCI, sondern beschreiben auch die zentralen Elemente der RMA. Die Initiative lässt sich sogar als Fahrplan für die Antwort auf die RMA verstehen. Vor diesem Hintergrund ist die DCI nicht nur für die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der europäischen Streitkräfte und die Stärkung des „europäischen Pfeilers" der NATO von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die Gewährleistung der weiteren militärischen und politischen Funktionsfähigkeit des Nordatlantischen Bündnisses.

Ob die DCI zum Erfolg führen wird oder nicht, lässt sich noch nicht sagen. Eins ist jedoch klar: Wenn sie nicht letztlich zu konkreten Verbesserungen der europäischen Komponente des Streitkräftedispositivs der NATO führt, wird die transatlantische Bindung langfristig immer mehr unter dem Druck des amerikanischen Kongresses leiden, der das Engagement Europas in RMA-Angelegenheiten mit zunehmender Skepsis beobachtet. ■

Die europäische Verteidigung macht einen Sprung nach vorn

François Heisbourg
Vorsitzender des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik

In letzter Zeit haben Maßnahmen zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wie auch gemeinsamer europäischer Verteidigungsfähigkeiten, die von der NATO „trennbar, aber nicht getrennt" sind, eine lebhafte Debatte ausgelöst. Es wurde die Befürchtung geäußert, dies könne zu einer Abkopplung der Sicherheit Europas von der Sicherheit anderer NATO-Staaten, zu einer unnötigen Duplizität von Aufgabenbereichen und Fähigkeiten sowie zur Diskriminierung aller derjenigen Bündnispartner führen, die nicht der EU angehören. François Heisbourg vertritt die Ansicht, man müsse über diese zu sehr rhetorisch geprägte Argumentation hinausgehen. Es seien schwierige Fragen aufgeworfen worden, aber der Ansatz der EU und die Haltung der NATO seien nicht grundsätzlich unvereinbar. Vor allem müsse Europa unbedingt seine Fähigkeiten ausbauen, wenn es in Zukunft nicht gezwungen sein wolle, sich mit einer zwar nützlichen, aber begrenzten und reaktiven Verteidigungs- und Sicherheitsrolle zu begnügen.

Nach einer Ruhezeit von 50 Jahren hat die noch unentschiedene Debatte über die europäische Verteidigung 1998 plötzlich einen Sprung nach vorn gemacht, der auch für die NATO insgesamt mit bedeutenden Konsequenzen verbunden sein könnte. Zunächst einmal kam die britische Regierung Mitte 1998 zu dem Schluss, die Europäische Union (EU) müsse als Rahmen dienen, wenn man die europäischen Verteidigungsfähigkeiten verbessern wolle. Dies war eine kopernikanische Wende, denn einer der Gründe für das Scheitern aller Bemühungen um den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hatte ja schließlich Anfang der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts in der ablehnenden Haltung Großbritanniens bestanden.

Zweitens nahm die französische Regierung diese Kehrtwende Großbritanniens wirklich ernst. Auf dem bahnbrechenden bilateralen Treffen in St.-Malo (Dezember 1998) akzeptierte Frankreich die britische Hervorhebung des Aspekts der Fähigkeiten, während es selbst die Rolle des Bündnisses betonte.

Drittens wurde es durch die offenkundigen Defizite des europäischen Beitrags zu den Luftoperationen im Kosovo für die Initiatoren des St.-Malo-Prozesses politisch leichter, Unterstützung für ihre Pläne zu mobilisieren. In Köln (Juni 1999) und Helsinki (Dezember 1999) erkannten die 15 EU-Mitglieder an, dass die Verteidigungsfähigkeiten allgemein und ins-

Der französische Präsident Jacques Chirac (Mitte), Premierminister Lionel Jospin (rechts) und sein britischer Amtskollege Tony Blair am 4. Dezember 1998 nach ihrem historischen zweitägigen Treffen in St.-Malo. © Belga

besondere die Fähigkeit zur Machtprojektion verbessert werden müssten, während sie zugleich die Einrichtung zwischenstaatlicher EU-Mechanismen für Verteidigungsfra-gen vorantrieben. Die traditionelle Neutralität einiger EU-Mitglieder hat diese erstaunlich rasche Entwicklung nicht behindert. Im Einklang damit billigten die Staats- und Regie-rungschefs der Bündnisstaaten auf ihrem Washingtoner Gipfeltreffen (April 1999) die Weiterentwicklung einer „trennbaren, aber nicht getrennten" Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und leiteten zugleich ihre eigene Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI) ein.

Europäisches Problem, europäische Reaktion

Will man die ganze Tragweite dieser Veränderungen ermessen, so sollte man sich vergegenwärtigen, welche Probleme Europa auf dem Gebiet seiner Verteidigungsfähigkeiten und seiner Verteidigungsidentität eigentlich tatsächlich hat. Sie sind nicht auf einen zu geringen Umfang der europäischen Verteidigungsausgaben insgesamt zurückzuführen. Die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Mitglieder betragen etwa 60% der Ausgaben der Vereinigten Staaten. Mit der eingeschränkten Ausnahme der britischen und französischen Verpflichtungen in der Golfregion und in Afrika haben die europäischen Bündnispartner im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und ihren wirklich weltweiten Verpflichtungen keine kollektiven Verteidigungsaufgaben außerhalb des NATO-Gebiets. Nach dem Ende des Kalten Krieges sollten 60% also eigentlich mehr als genug sein, um Krisensituationen innerhalb Europas und an seinen Grenzen bewältigen zu können. Schließlich steht dieser Prozentsatz auch für ein Fünftel der militärischen Ausgaben der Welt insgesamt.

Auf der anderen Seite sichern sich die Europäer mit ihren Verteidigungsausgaben nicht annähernd 60% der Fähigkeiten der Vereinigten Staaten. Dies trat durch die Kosovo-Operationen so überdeutlich zutage. In den meisten europäischen NATO-Staaten ist die Struktur des Verteidigungshaushalts den Erfordernissen der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr angemessen. Der Umfang der ständigen Streitkräfte aller europäischen NATO-Staaten zusammen beträgt 2,4 Mill. – gut eine Million mehr als die Vereinigten Staaten mit ihren weltweiten Verpflichtungen. Die Ausgaben für Ausrüstung und Feuerkraft belaufen sich jedoch auf US$ 11 000 pro Soldat in Europa gegenüber US$ 36 000 pro amerikanischem Soldat.

Die europäische Verteidigung ist also mit anderen Worten einerseits durch zu stark territorial geprägte Streitkräftestrukturen und andererseits durch zu wenig Feuerkraft gekennzeichnet, die bei Bedarf auch über längere Zeiträume hinweg verfügbar wäre. Nur wenige Staaten, darunter Großbritannien und Frankreich, verwenden einen ähnlich hohen Anteil ihres Verteidigungsetats für Rüstungsbeschaffung und Betrieb/Wartung wie die Vereinigten Staaten (58%). Wenn die EU-Mitglieder insgesamt dem besten europäischen Vorbild folgen würden (derzeit das Vereinigte Königreich), stiege der jährliche Etat für F&E und für Ausrüstung ohne eine Erhöhung der Gesamtverteidigungsausgaben von 34 Mrd. Euro auf 48 Mrd. Euro.

Das entsprechende Defizit bei den Fähigkeiten führt nahezu automatisch zu einer Begrenzung der Verantwortung, wenn es um die Planung und Durchführung militärischer Operationen geht. Nur wer entscheidend wichtige Fähigkeiten einbringt, kann auch damit rechnen, die Strategie maßgeblich zu beeinflussen, anstatt sich mit einer zwar nützlichen, aber begrenzten reaktiven Rolle begnügen zu müssen.

Die Europäer müssen die Effizienz ihrer Verteidigungsausgaben durch eine Reihe paralleler Maßnahmen verbessern: Festlegung von Streitkräftezielen (dies geschah auf der Ratstagung in Helsinki mit Hilfe der Fähigkeiten zur Machtprojektion), Verbesserung der Haushaltsstrukturen (sogenannte Input-Kriterien) und Zusammenlegung zentraler Fähigkeiten (die Franzosen sprechen hier von „mutualisation") wie z.B. Lufttransportmitteln, um die Betriebskosten und die Ineffizienz zu verringern, die mit mehreren einzelstaatlichen Verteidigungsdispositiven verbunden sind.

Dies ist im Grunde ein europäisches Problem und kein Problem der NATO insgesamt. Die Verteidigungspolitik und -ausgaben der Vereinigten Staaten sind zwar auch nicht ideal, aber sie weisen nicht die gleichen Mängel auf wie die der Europäer. Daher ist zur Lösung des Problems in erster Linie ein europäischer institutioneller Rahmen – und vorzugsweise eine starke Institution zu wählen, also eher die EU als die politisch weniger bedeutende Westeuropäische Union (WEU)), die sich auf einen einzigen Aufgabenbereich beschränkt. Die NATO kann über die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit Hilfestellung leisten, aber die Crux des Problems liegt in Europa selbst, nicht in der NATO.

Die bisherigen Erfahrungen stützen diese Argumentation: Zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges hat der Planungs- und Überprüfungsprozess der NATO nicht zu der nötigen massiven Umstrukturierung der aufgeblähten europäischen Streitkräftestrukturen geführt, die noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammen. Die Reformen, die doch durchgeführt wurden, sind im wesentlichen das Ergebnis nationaler Maßnahmen. Die Festlegung von Streitkräftezielen und Leistungskriterien sowie die Zusammenlegung von Mitteln erfordern jedoch ein multilaterales Vorgehen. Die einzige Institution, die genug politisches Gewicht hat, um die strukturellen Schwächen der europäischen Verteidigung zu überwinden, ist die breit angelegte und tief verwurzelte Europäische Union.

Destruktive Rhetorik

Es wäre schlimm, wenn dieser unerlässliche Reformprozess genau das Gegenteil von dem bewirken würde, was sein Ziel war, wenn er also das Bündnis schwächen und nicht stärken würde. Jede Art von Mißstimmung zwischen den europäischen und den nordamerikanischen Bündnispartnern infolge einer Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte vermieden werden. Trotz der positiven Atmosphäre und Sprache des Washingtoner Gipfels bestand aufgrund der Debatte über die europäische Verteidigung, für die wiederholte Warnungen vor Duplizität, Abkopplung und Diskriminierung ein entscheidendes Kennzeichen waren, die ernste Gefahr von Missverständnissen. Diese Rhetorik, die bis Dezember 1999 vorherrschte, ist destruktiv, weil sie die Gefahren und negativen Aspekte betont, statt das Positive hervorzuheben. Noch gravierender ist jedoch der Umstand, dass diese Argumentation den Eindruck erweckt, die genannten Kritikpunkte seien alle drei per se und gleichermaßen negativ. Bei einer genaueren Prüfung der Frage wird allerdings klar, dass dies nicht der Fall ist.

(v.l.n.r.) Bundeskanzler Gerhard Schröder, der türkische Premierminister Bülent Ecevit und der Präsident der EU-Kommission, Romano Prodi, am 11. Dezember 1999 während des EU-Gipfeltreffens in Helsinki, auf dem der Türkei die Möglichkeit eingeräumt wurde, die EU-Mitgliedschaft zu beantragen. © Reuters

Duplizität? Wenn Duplizität per se negativ wäre, könnte man das absurde Argument anführen, dass Europa überhaupt keine eigene Verteidigungsfähigkeit braucht, weil es wenig einbringen kann, was die Vereinigten Staaten nicht im Überfluss haben. Eine gewisse Duplizität ist also eindeutig nötig. Sinnvoll wäre allerdings eine NATO-interne Diskussion über die Beurteilungskriterien für die Frage, inwieweit Duplizität in bestimmten Bereichen nützlich oder schädlich ist. Darüber hinaus sollte das Duplizitätsproblem nicht einfach als eine Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und den Europäern betrachtet werden; wenn überhaupt, so sind nämlich die Duplizitätsprobleme unter den Europäern selbst gravierender als zwischen Europäern und Amerikanern. Folglich gibt es heute in Europa wahrscheinlich zu viele Soldaten und eine zu große Zahl bestimmter Rüstungsgüter (z.B. Kampfpanzer).

Duplizität ist zweifellos in den Bereichen nützlich, in denen alle NATO-Mitglieder Defizite haben. Lufttransport, SEAD[1] und OEW[2], Luftbetankung, GPS[3]-gelenkte Waffen, CALCMs[4] – diese und andere Systeme sind wirklich kein Luxus, und angemessene europäische Fortschritte auf diesen Gebieten werden für das Bündnis insgesamt von Vorteil sein, auch für die Vereinigten Staaten, die zwar diesbezüglich besser abschneiden mögen als die Europäer, aber hier ganz bestimmt keinen Überhang an Fähigkeiten haben. Es gibt natürlich Grauzonen, in denen es zu ernsten und auch berechtigten Auseinandersetzungen zwischen den NATO-Staaten über die Wirtschaftlichkeit bestimmter Arten von Duplizität kommen kann. Eine davon ist z.B. der Bereich der strategischen Aufklärung.

Der Aspekt der Duplizität sollte also nicht einfach in einem Atemzug mit der für die Bündnisinteressen eindeutig negativen *Abkopplung* genannt werden. Die Europäer sind allerdings ebenso sehr wie die Amerikaner daran interessiert, Abkopplungseffekte zu vermeiden – vielleicht sogar noch mehr.

Schließlich haben wir es mit dem Aspekt der *Diskriminierung* zu tun. Dies ist eine ernste, zweischneidige Angelegenheit. Wenn nicht der EU angehörende NATO-Mitglieder verständlicherweise die Konsequenzen ihres potentiellen Ausschlusses von der verteidigungsrelevanten Beschlussfassung der EU hervorheben, ist zugleich auf das ähnliche und nicht weniger heikle Problem des Status derjenigen EU-Mitglieder hinzuweisen, die nicht der NATO angehören.

Die Diskriminierungsfrage ist mit besonderer Vorsicht zu behandeln. Die Vereinigten Staaten und andere nicht der EU angehörende NATO-Mitglieder müssen einsehen, dass die EU nicht bloß ein Handelsblock oder lediglich eine internationale Organisation mit besonders enger Zusammenarbeit ist. Der europäische Integrationsprozess hat sozusagen einen verfassungsrechtlichen Charakter. Er soll einmal zu einer Sicherheits- und Verteidigungsdimension führen, und eine gewisse Diskriminierung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern ist per definitionem unvermeidbar. Man sollte daher versuchen, die negativen Auswirkungen der Diskriminierung zu verringern, anstatt so zu tun, als ob sie völlig beseitigt werden könnte.

Mit den Folgen der Diskriminierung muss man sich vorrangig auseinander setzen. In dem Maße, wie sich die EU immer intensiver mit Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten befasst, werden ihre „post-neutralen“ Mitglieder zunehmend den Widerspruch zwischen ihrer Nichtmitgliedschaft in der NATO und der Tatsache zu spüren bekommen, dass die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ein äußerst eng mit der NATO verknüpfter Vorgang ist.

Ein ähnlicher Widerspruch betrifft Frankreich. Die Frage seiner vollen Teilnahme an einer erneuerten NATO wird im Zuge der Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungsinitiative noch einmal zu erörtern sein. Es ist nämlich kaum vorstellbar, dass sich die europäische Verteidigungsplanung und die Verteidigungsplanung der NATO ohne eine uneingeschränkte Einbindung Frankreichs optimieren und harmonisieren lassen. Trotz des diplomatischen Fiaskos von 1996-97, als die französisch-amerikanische Auseinandersetzung über die Zukunft des NATO-Kommandobereichs Europa Süd die uneingeschränkte Teilnahme Frankreichs an der integrierten Kommandostruktur der NATO verhinderte, könnte die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik Frankreich nun durchaus zu einer Neubestimmung seiner Haltung gegenüber der NATO veranlassen.

(1) Suppression of Enemy Air Defence (Unterdrückung der feindlichen Luftverteidigung)

(2) Offensive Electronic Warfare (offensive elektronische Kampfführung)

(3) Global Positioning System

(4) Conventional Air Launched Cruise Missiles (konventionelle luftfahrzeuggestützte Marschflugkörper)

Was die andere, eher traditionelle Seite der Diskriminierungsdebatte betrifft, so sollte es der EU nicht allzu schwer fallen, geeignete Mechanismen für die Einbeziehung der nicht der EU angehörenden NATO-Mitglieder in die europäische Verteidigungspolitik zu konzipieren. Schließlich werden Polen, die Tschechische Republik und Ungarn wahrscheinlich Vollmitglieder der EU sein, wenn diese Politik in die Praxis umgesetzt werden kann; das auf der EU-Ratstagung in Helsinki beschlossene Schnellreaktionskorps ist z.B. für 2003 geplant.

Der Status der Türkei ist im Zusammenhang mit der europäischen Verteidigung wegen der strategischen Schlüsselrolle dieses Landes von besonderer Bedeutung. In diesem Fall dürfte das Diskriminierungsproblem jedoch erheblich durch den ebenfalls in Helsinki gefassten Beschluss gemildert worden sein, der Türkei die Kandidatur für die EU-Mitgliedschaft zu ermöglichen. Der Weg zu diesem Ziel wird sehr steinig sein, aber die Richtung steht nun fest, und es wäre wirklich seltsam, wenn die EU und die Türkei für Fragen der europäischen Verteidigung keine konstruktive Lösung finden könnten.

Damit bleiben in Bezug auf den Diskriminierungsaspekt nur noch Norwegen und Island übrig. Weder für die EU noch für die NATO dürfte es unmöglich sein, der Situation dieser Länder gebührend Rechnung zu tragen.

Jenseits von Duplizität, Abkopplung und Diskriminierung

Es kommt nun darauf an, dass die NATO und die EU über die zu sehr rhetorisch geprägte Argumentation hinausgehen. Der positive Ton offizieller amerikanischer Kommentare nach der EU-Tagung in Helsinki kann hoffentlich als Beweis dafür betrachtet werden, dass dies nun weitgehend anerkannt wird. Die Fragen, die durch die plötzliche und unerwartete Neubelebung der europäischen Verteidigung aufgeworfen werden, sind häufig schwierig. Sie können und sollten jedoch pragmatisch angegangen werden, indem man nicht zuletzt auch auf der Arbeitsebene geeignete institutionelle Schnittstellen schafft. Die Schwierigkeiten sind zwar durchaus real, aber sie sind eher praktischer als existenzieller Natur. Die politischen und strategischen Prinzipien der einschlägigen NATO-Beschlüsse einerseits und der grundlegenden europäischen Dokumente andererseits sind also nicht von vornherein unvereinbar. ■

NATO-Generalsekretär Lord Robertson (rechts) und der amerikanische Verteidigungsminister William Cohen am 2. Dezember 1999 während eines Gesprächs vor Beginn der Ratstagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel. © Belga

ESVI: „Trennbar, aber nicht getrennt“?

Dr. Peter Schmidt
Leiter des Bereichs Europäische und atlantische Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen

Die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die von der NATO „trennbar, aber nicht getrennt" ist, nahm im Dezember 1999 auf dem EU-Gipfel von Helsinki eine neue Wende. Wie Dr. Peter Schmidt darlegt, werfen die Pläne der EU bezüglich einer raschen Fusion mit der Westeuropäischen Union und des für 2003 anvisierten Aufbaus eines Schnellreaktionskorps jedoch eine Vielzahl von Mitgliedschaftsfragen und auch Fragen von eher grundlegender Art auf.

Die im Dezember 1999 auf dem EU-Gipfel in Helsinki gefassten Beschlüsse stellen einen bedeutenden Wandel in der Entwicklung des europäischen Sicherheitssystems dar. Die Absicht der EU, die WEU bald einzugliedern, spätestens im Jahr 2003 ein europäisches Schnellreaktionskorps mit 50 000 bis 60 000 Mann u.a. für Operationen zur Wahrung des Friedens und zur Bewältigung regionaler Krisen aufzubauen sowie die entsprechenden Beschlussfassungsstrukturen (einschließlich eines Ständigen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheitsfragen, eines Militärausschusses und eines Militärstabs) zu schaffen, lässt die neue Entschlossenheit der Union erkennen, zu einem ernst zu nehmenden und eigenständigen Akteur der sicherheitspolitischen Bühne zu werden.

Mit den Beschlüssen von Helsinki ging die EU nicht nur über frühere Erklärungen zur europäischen Sicherheit und Verteidigung hinaus, sondern sie ging auch wesentlich weiter als das Modell transatlantischer Partnerschaft, auf das man sich 1996 auf der NATO-Ratstagung in Berlin geeinigt hatte. Gemäß den Berliner Beschlüssen sollte innerhalb der NATO eine „trennbare, aber nicht getrennte“ Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) entwickelt werden. Die Westeuropäische Union (WEU) sollte als Brücke zwischen der EU und der NATO dienen und so die Eigenständigkeit dieser beiden Institutionen sicherstellen. Dies war insofern von Bedeutung, als vier der fünfzehn EU-Staaten (Finnland, Irland, Österreich und Schweden) nicht dem Washingtoner Vertrag beigetreten sind, während alle WEU-Länder auch gleichzeitig der NATO angehören.

Durch die anvisierte Fusion der WEU und der EU wird dieses Argument hinfällig, da die EU selbst die Aufgaben der WEU übernehmen wird. Manch einer mag diese Entwicklung als einen logischen Schritt begrüßen – als längst überfälliges Aufräumen in der komplizierten institutionellen Landschaft Europas. Dadurch werden jedoch einige Fragen sowohl institutioneller als auch eher grundlegender Art aufgeworfen.

Die institutionellen Fragen, die sich aus der geplanten Fusion der WEU und der EU ergeben, liegen ziemlich klar auf der Hand. Was soll z.B. mit den Gremien und dem Vertragswerk der WEU geschehen? Vor allem muss entschieden werden, ob die im WEU-Vertrag enthaltene Beistandsklausel in den EU-Vertrag übernommen wird und – falls dies der Fall wäre – auf welche Weise dies im Hinblick auf die vier traditionell neutralen Staaten in der Union geschehen soll.

Hinter diesen institutionellen Fragen verbergen sich jedoch einige weitaus grundlegendere Probleme, deren Lösung noch aussteht. Ein Problem betrifft die Erweiterungsprozesse der NATO und der EU: Wie können diese Institutionen die Gratwanderung zwischen der Weiterverfolgung ihrer noch unerledigten Erweiterungspläne und der Wahrung ihrer effektiven Funktionsfähigkeit fortsetzen? Eine weitere Frage ergibt sich mit Blick auf die transatlantische Partnerschaft: Wie lässt sie sich angesichts der Beschlüsse von Helsinki neu definieren, damit einer größeren Eigenständigkeit der Europäer Rechnung getragen werden kann?

Die Stabilisierung Europas: Integration und Zusammenarbeit

Sowohl die NATO als auch die EU praktizieren eine Doppelstrategie, um die Stabilität Europas zu fördern: Integration neuer Mitglieder und das Angebot umfassender Formen der Zusammenarbeit an diejenigen Staaten, für die eine Mitgliedschaft (noch) nicht in Frage kommt. In dieser Doppelstrategie kommt das Erfordernis zum Ausdruck, die Erweiterung voranzutreiben, ohne jedoch die interne Funktionsfähigkeit der beiden Organisationen zu gefährden.

Die NATO

Die NATO hatte bezüglich dieser Strategie mit ihrem Programm der Partnerschaft für den Frieden (PfP), dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) und den besonderen Konsultationsmechanismen mit Russland und der Ukraine eine Vorreiterrolle inne. 1999 sind dann Polen, die Tschechische Republik und Ungarn neu als Mitglieder hinzugekommen.

Schon im Zusammenhang mit dieser bescheidenen Erweiterung wurde die Frage gestellt, ob eine wesentlich vergrößerte Allianz noch handlungsfähig sein könne. Zudem war der Erweiterungsprozess der NATO von Anfang an durch den Interessenkonflikt belastet, der sich einerseits aus der Einbindung Mittel- und Osteuropas und andererseits aus dem Wunsch ergab, konstruktive Beziehungen zu Russland herzustellen.

Trotz der russischen Kritik an der Erweiterung der NATO war es jedoch möglich, Beziehungen zwischen der NATO und Russland zu entwickeln, die 1997 in der NATO-Russland-Grundakte und im Ständigen Gemeinsamen Rat ihren Niederschlag fanden. Daher kann man annehmen, dass ein gewisses Gleichgewicht zwischen diesen widerstreitenden Interessen möglich sein müsste, solange Russland nicht auf eine konfrontative Strategie gegenüber dem Westen umschwenkt und die NATO weiterhin eine Politik der Selbstbeschränkung verfolgt.

Die EU/WEU

Mit Maßnahmen, die in gewisser Weise die Öffnungsstrategie der NATO widerspiegeln, hat die WEU schrittweise ein differenziertes und weitgehendes System der Teilhabe an ihren Entscheidungsprozessen für diejenigen Staaten entwickelt, die keine Vollmitglieder sind (s. Zusatztext rechts). Damit avancierte sie zu einem umfassenden Dialogforum.

Angesichts der bevorstehenden Fusion der WEU und der EU könnte dieses Netz von Beziehungen eher ein Problem als einen Pluspunkt darstellen. Da die Handlungsfähigkeit der EU eine klare Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern verlangt, ist das differenzierte System der WEU wohl nicht mehr haltbar. Folglich werden die Mitwirkungsrechte von nicht der EU angehörenden Staaten bei den EU-Beschlussfassungsprozessen wahrscheinlich eingeschränkt werden. Dies ist vor allem bei NATO-Mitgliedern, die nicht in der EU sind, ein Problem, da sie im Verhältnis zum Status quo als Verlierer dastehen würden. Entsprechend haben diese Staaten auf eine weitgehende Mitwirkungsregelung gepocht. Die EU-Beschlüsse von Helsinki greifen diesen Wunsch aber nur sehr beschränkt auf.

In dem Bewusstsein, dass dies für die betroffenen Staaten enttäuschend ist, versucht die EU offensichtlich, Abhilfe zu schaffen. Die Zusicherung, dass die EU bereits ab 2002 neue Mitglieder aufnehmen wird, und der Beschluss, die Zahl der EU-Beitrittskandidaten – einschließlich der Türkei – auf dreizehn zu erhöhen, dürften darauf abzielen, diese Enttäuschung teilweise aufzufangen. Während das Problem damit wohl für diejenigen Kandidaten relativiert wird, die für eine verhältnismäßig schnelle Mitgliedschaft in Frage kommen, kann die Türkei nicht auf eine rasche Aufnahme in die EU rechnen. Dies gilt auch deshalb, weil die sogenannten Kopenhagener Kriterien[1] erneut zur Voraussetzung für einen Beitritt erklärt worden sind. Offenbar wandelt die EU auf einem schmalen Grat zwischen der Absicht, Europa durch die Erweiterung der Union zu stabilisieren, und der Notwendigkeit, die eigene Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern.

Was Russland betrifft, hat die EU es allerdings im Hinblick auf die Erweiterung leichter als die Allianz. Hier ist in Moskau bisher keine nennenswerte Kritik an der Erweiterungspolitik der EU laut geworden. Moskaus Kritik konzentriert sich, wie die neue Militärdoktrin ausweist, auf die vermeintlich „hegemoniale Position“ der USA im internationalen System. Inwieweit sich die rus-

Fragen der Mitgliedschaft

NATO

Island
Kanada
Norwegen
Polen
Tschechische Republik
Türkei
Ungarn
Vereinigte Staaten

EU

Dänemark

WEU*

Belgien
Deutschland
Frankreich
Griechenland
Italien
Luxemburg
Niederlande
Portugal
Spanien
Vereinigtes Königreich

Finnland
Irland
Österreich
Schweden

*WEU**

Neben den assoziierten Mitgliedern (Island, Norwegen, Polen, Tschechische Republik und die Türkei) gibt es assoziierte Partner (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien) und Beobachter (Dänemark – auch NATO-Mitglied – Finnland, Irland, Österreich und Schweden). In der Praxis haben sich die unterschiedlichen Mitgliedsrechte weitgehend ausgeglichen.

(1)

Die Kopenhagener Kriterien lauten: a) Stabilität der demokratischen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz; b) Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Fähigkeit, auf dem europäischen Binnenmarkt konkurrenzfähig zu sein; c)Fähigkeit, die Mitgliedschaftsverpflichtungen, einschließlich der Zugehörigkeit zur politischen, wirtschaftlichen und monetären Union, zu erfüllen. Zusätzlich müssen die neuen Mitgliedstaaten die administrativen Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass europäisches Recht effektiv in nationales Recht überführt werden kann.

sische Haltung durch die jüngsten Beschlüsse der EU verändert, muss abgewartet werden. Je mehr Potential die EU entwickelt, desto missbilligender dürfte die russische Haltung allerdings werden.

Neubestimmung der transatlantischen Partnerschaft

Die Frage, wie sich der strategische Imperativ der Erweiterung mit der erforderlichen Wahrung der institutionellen Funktionsfähigkeit vereinbaren lässt, ist nicht das einzige Problem, mit dem die NATO und die EU nach dem Gipfel von Helsinki konfrontiert sind. Eine weitere Herausforderung besteht in den Folgen der sich entwickelnden ESVI für die transatlantischen Beziehungen. Kaum jemand bestreitet, dass ein Europa mit mehr Verantwortung im Sicherheitsbereich im Hinblick auf eine ausgewogenere transatlantische Partnerschaft ein Gewinn sein könnte. Die offizielle Argumentation, der zufolge ein stärkeres Europa automatisch zu gesünderen transatlantischen Beziehungen führen würde, ist jedoch eine allzu starke Vereinfachung. Hier sind erst einige grundlegende Fragen zu klären:

Welche relevanten Aufgaben soll die Allianz in Zukunft noch erfüllen, wenn die EU sicherheitspolitisch deutlich an Substanz gewinnt?

- Die kollektive Verteidigung wird weiterhin als eine der grundlegenden Sicherheitsaufgaben der Allianz bezeichnet, obwohl sie in der derzeitigen strategischen Lage kein herausragendes Thema mehr ist. Dagegen sollen, wie auf dem Washingtoner Gipfel vom April 1999 klar wurde, Aufgaben des regionalen Krisenmanagements nur von Fall zu Fall von der NATO wahrgenommen werden. Auf der anderen Seite ist für die EU Krisenmanagement in Europa eine ständige Aufgabe. Jede Arbeitsteilung zwischen der NATO und der EU, durch die das Bündnis ausschließlich auf die kollektive Verteidigung beschränkt und das Krisenmanagement zu einer Aufgabe der EU würde, liefe allerdings auf eine Ausgrenzung des Bündnisses und seiner nicht der EU angehörenden Mitglieder hinaus.
- Was die Mitgliedschaft betrifft, so hat die EU dreizehn Staaten in den Kreis ihrer Beitrittskandidaten aufgenommen. Die NATO hat dagegen einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft eingeleitet, um beitrittswilligen Staaten bei der Vorbereitung ihrer möglichen Mitgliedschaft Hilfe zu leisten; sie wird die Erweiterungsfrage 2002 erneut prüfen. Wir können jedoch davon ausgehen, dass die Zahl derjenigen EU-Länder, die nicht in der NATO sind, stetig wachsen und sich die mangelnde Konvergenz zwischen diesen beiden Organisationen als ein Dauerproblem erweisen wird.

Auf welche Weise kann der transatlantische Dialog nach dem Wegfall der WEU erfolgreich organisiert werden?

Im April 1999 erörterten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten auf ihrem Washingtoner Gipfeltreffen die Frage einer förmlichen Verbindung zwischen der NATO und der EU. Ein solcher Vorschlag ist jedoch nicht unproblematisch. Es könnten nämlich beträchtliche bürokratische Blockaden auftreten, weil es schwierig sein wird, eine einmal in komplizierten Verhandlungen definierte EU-Position zu modifizieren. Außerdem sind vier der fünfzehn EU-Staaten

Javier Solana, Hoher Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und WEU-Generalsekretär, erklärt am 14. Dezember 1999 während eines Besuchs beim Hauptquartier des Eurokorps in Straßburg, das europäische Schnellreaktionskorps könne noch vor 2003, dem im Dezember auf dem EU-Gipfel in Helsinki festgelegten Datum, einsatzbereit sein. Das Eurokorps bildet seit April 2000 den Kern des KFOR-Hauptquartiers, der durch Personal der truppenstellenden Staaten verstärkt wird.
© Belga

NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 16. Dezember 1999 während eines Gesprächs mit Javier Solana, seinem Amtsvorgänger und dem jetzigen Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Generalsekretär der WEU, vor Beginn der Ratstagung der NATO-Außenminister in Brüssel, auf der Pläne zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit erörtert wurden.
© Reuters

keine NATO-Mitglieder. Vieles spricht deshalb dafür, den EU-Mitgliedstaaten der NATO weiterhin die Vertretung der europäischen Interessen in der Allianz zu überlassen.

Gleichzeitig gilt es, den strategischen Dialog über regionale Gefahrenherde möglichst frühzeitig zu führen. Hier kann ein direkter Dialog zwischen der EU und der NATO entwickelt werden: Der Hohe Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana (der auch WEU-Generalsekretär ist), und gegebenenfalls der EU-Kommissar für Auswärtige Beziehungen, Chris Patten, sollten regelmäßig mit NATO-Generalsekretär Lord Robertson zu Konsultationen zusammenkommen. Gleichzeitig wären gemeinsame Tagungen des NATO- und des EU-Rates vorzusehen; der Vorsitz könnte abwechselnd von der NATO und der EU geführt werden.

Welches Verhältnis soll sich zwischen der NATO und den Elementen einer EU-Militärstruktur entwickeln?

Frankreich und das Vereinigte Königreich haben der EU bereits nationale Kommandozentren angeboten. Aus politischen und ökonomischen Gründen scheint es ratsam, diese Strukturen möglichst eng mit den NATO-Strukturen verknüpft zu halten bzw. zu verknüpfen. Dadurch wird die strategische Bindung zwischen Europa und Nordamerika unterstrichen. Außerdem werden kostspielige Doppelstrukturen in Grenzen gehalten. Ohnehin ist vorgesehen, dass diese europäischen Strukturen auch bei NATO-geführten Operationen genutzt werden können.

Man sollte keine Detailregelung für die Bedingungen anstreben, unter denen die Allianz der EU Ressourcen zur Verfügung stellt. Solche Entscheidungen werden entsprechend der konkreten Situation auf politischer Ebene zu treffen sein. Wichtiger ist es, ein „strategisches Klima“ zwischen der EU und den Vereinigten Staaten zu entwickeln, in dem diese Frage möglichst wenig Probleme aufwirft.

Wie will die EU angesichts weiterer Kürzungen der Verteidigungshaushalte der meisten Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsfähigkeiten ausbauen?

Die EU-Staaten haben die Absicht, so schnell wie möglich auf zentralen Gebieten (z.B. Führung und Kontrolle von Operationen, Aufklärung und strategische Transportkapazitäten) kollektive Fähigkeiten zu entwickeln. Trotz dieser anspruchsvollen Zielsetzung sehen die mittelfristigen Budgetplanungen der wichtigen EU-Staaten weitere Reduzierungen der Verteidigungshaushalte vor. Inwieweit die in Helsinki festgelegten Ziele tatsächlich erreicht werden können, dürfte daher davon abhängen, inwieweit dieser Trend korrigiert werden kann. Entscheidend wird auch sein, wie sich die europäischen Anstrengungen mit der Absicht der NATO verbinden lassen, zentrale Fähigkeiten mit Hilfe der Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI) zu verbessern.

Die ESVI als Drahtseilakt

Für die NATO und die EU werden die nächsten Jahre insofern einem Drahtseilakt gleichkommen, als beide Institutionen vor zwei grundlegenden Aufgaben stehen: die Stabilisierung Europas und die Neubestimmung der transatlantischen Partnerschaft. Diese Aufgaben sind nicht per se unvereinbar – vorausgesetzt, die beiden Organisationen verlieren ihre gemeinsamen strategischen Ziele nicht aus den Augen und verzichten auf kleinliche Streitereien. ■

Die Untersuchung für den Rüstungsbereich: Die Ausrüstungsrolle der NATO im Wandel

Diego A. Ruiz Palmer
Leiter des Referats Planung und Grundsatzfragen der NATO-Abteilung für Verteidigungsunterstützung

Die von den Verteidigungsministern der NATO-Staaten im Dezember 1999 gebilligte Untersuchung für den Rüstungsbereich skizziert einen überzeugenden Plan für die Reform der politischen Grundlagen, der Strukturen und der Verfahren zur Regelung der Rüstungsaktivitäten der NATO sowie für eine effektivere und effizientere Ausrüstung der Bündnisstreitkräfte. Zu den zentralen Aspekten des Dokuments zählen eine erneute Konzentration auf die Gewährleistung entscheidend wichtiger Verteidigungsfähigkeiten und auf die Verbesserung der Interoperabilität, eine stärkere Betonung der Flexibilität und der Anpassungsfähigkeit auf dem Gebiet der Rüstungszusammenarbeit sowie eine breiter angelegte Managementstrategie für Rüstungsaktivitäten im Hinblick auf eine stärkere Berücksichtigung anderer ausrüstungsbedingter Potentiale wie z.B. das Kommunikations- und Informationdispositiv oder die Logistik. Nun gilt es, sicherzustellen, dass die Untersuchung dauerhafte Auswirkungen darauf hat, wie die NATO im Rüstungssektor arbeitet.

Die NATO fördert seit langem die Rüstungszusammenarbeit zwischen den Bündnispartnern, um sicherzustellen, dass die Bündnisstreitkräfte wirksame Verteidigungsmittel haben, um die Standardisierung zu erleichtern und um eine rationelle Nutzung der Ressourcen zu unterstützen, die für Forschung und Entwicklung sowie für die Herstellung von Ausrüstung verwendet werden. Von Zeit zu Zeit hat das Bündnis versucht, den Kooperationsbemühungen dadurch neue Impulse zu verleihen, dass es den Stand seiner Rüstungsaktivitäten bewertete und die damit verbundenen Regelungen überprüfte.

Die Untersuchung für den NATO-Rüstungsbereich, die Anfang 1997 in die Wege geleitet und im Herbst 1999 mit der Verabschiedung der in ihr enthaltenen Empfehlungen durch die zuständigen Minister abgeschlossen wurde, ist die letzte einer Reihe umfassender Überprüfungen der besonderen Rolle der NATO im Rüstungsbereich, die seit 1966, dem Jahr der Einrichtung der CNAD (Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren), vorgenommen worden sind.

Rüstungszusammenarbeit mit wechselnden Vorzeichen

Die letzte Untersuchung ergab sich aus der Notwendigkeit, den tief greifenden geopolitischen Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges und den Auswirkungen des immer schneller werdenden technologischen Wandels auf die militärischen Erfordernisse und die Wehrbeschaffung im Bereich der Rüstungsstrukturen und der -verfahren der NATO Rechnung zu tragen. Entscheidend für die Untersuchung waren insbesondere die drei folgenden Aspekte:

- erstens die Tendenz zur Integration einzelner Systeme und Teilsysteme zu Systemgruppen oder -konstellationen mit mehrfacher Verwendungsmöglichkeit (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) in Verbindung mit dem zunehmenden und äußerst weit gehenden Einfluss der Informationstechnologien;
- zweitens, die immer engere Verknüpfung zwischen einerseits den einmal beschafften und von Bündnisstreitkräften eingesetzten Rüstungsgütern und andererseits dem gesamten Spektrum der Dispositive, die ihrer operativen Wirksamkeit zugrunde liegen (Streitkräftestrukturen, Kommunikations- und Informationssysteme, Logistik, Infrastruktur usw.);
- schließlich – als Folge der beiden ersten Faktoren – die Notwendigkeit, die Arbeit der CNAD in den übergreifenden Rahmen der Ausrüstungsaktivitäten, die unter der Ägide anderer NATO-Gremien[1] durchgeführt werden, einzugliedern, um so bei der Erfüllung der zentralen Erfordernisse auf dem Gebiet der Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses einen einheitlichen Ansatz verfolgen zu können (s. Abbildung).

Mit Blick auf den letztgenannten Aspekt wird auch die Bedeutung der Untersuchung für die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit deutlich, die im April 1999 auf dem Washingtoner Gipfel eingeleitet wurde; dies gilt insbesondere in Bezug auf die Verbesserung der Gesamtkoordinierung zwischen den einzelnen Bereichen der NATO-Verteidigungsplanung.

Die Rüstungsvorkehrungen der NATO müssen auch weiterhin den finanziellen Engpässen der Mitgliedstaaten Rechnung tragen, indem sie geeignete Planungsmechanismen und Programme anbieten, mit denen sich auf den Gebieten F&E sowie Herstellung von Rüstungsgütern die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen mehreren Bündnispartnern nutzen lassen. Ferner müssen sie einen dynamischen Informationsaustausch zwischen den NATO-Staaten und in zunehmenden Maße auch mit Partnerstaaten über Ausrüstungsfragen sowie über die Lehren aus den von der NATO geführten Krisenreaktionsoperationen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina fördern.

Die Rüstungszusammenarbeit der NATO bildet eine wichtige Dimension der transatlantischen Partnerschaft. Die Untersuchung bot eine willkommene Gelegenheit zur Einbindung der europäischen und der nordamerikanischen Bündnisstaaten in die gemeinsamen Bemühungen um eine Neubestimmung der Ziele und Formen dieser Zusammenarbeit mit Blick auf ein sich änderndes Umfeld, das durch die zunehmende Multinationalität der Bündnisstreitkräfte und -operationen sowie auf beiden Seiten des Atlantiks durch die Rationalisie-

(1)
Zu den hochrangigen NATO-Gremien, die für den Ausrüstungsbereich zuständig sind und entweder Planziele festsetzen, Programme verwalten oder Ressourcen bereitstellen, zählen neben der CNAD der Ausschuss für Verteidigungsüberprüfung, der NATO-Ausschuss für Luftverteidigung, der Standardisierungsausschuss, der NATO-Ausschuss für Konsultations-, Führungs- und Kommunikationssysteme, die Logistikkonferenz und der Oberausschuss Ressourcen. Daher hatte diese Untersuchung für den Rüstungsbereich, obwohl sie unter der Ägide der CNAD durchgeführt wurde, einen größeren Umfang als eine reine Rüstungsstudie und bezog alle NATO-Aktivitäten im Ausrüstungsbereich ein.

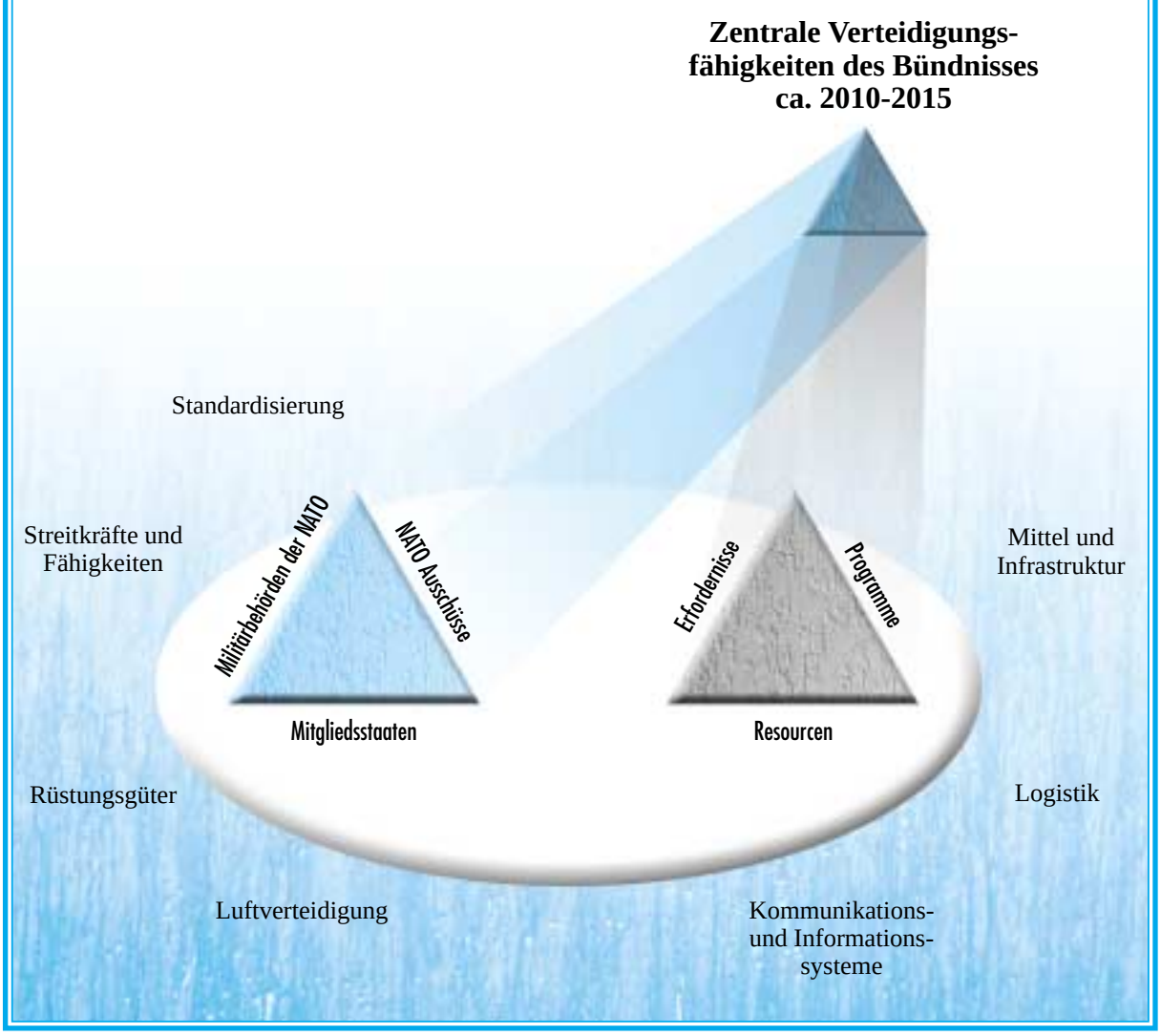
rung und Verkleinerung der rüstungsindustriellen Basis gekennzeichnet ist. Diese Tendenzen unterstreichen die Notwendigkeit, die Interoperabilität der Bündnisstreitkräfte, wo immer möglich, zu stärken und neue Wege der transatlantischen industriellen Zusammenarbeit einzuschlagen.

Verbesserung der Bündnisfähigkeiten und der Interoperabilität

Vor diesem Hintergrund stellte die CNAD aus nationalen Vertretern sowie militärischen und zivilen Experten der NATO eine fachkundige Studiengruppe zusammen. Die Untersuchung wurde dann in drei Phasen durchgeführt, die sich nacheinander mit den grundlegenden Zielen der NATO-Rüstungsaktivitäten, den institutionellen Stützmechanismen und einem Reformplan befassten. Diese Phasenstrategie sollte sicherstellen, dass Folgemaßnahmen jeweils auf der soliden Grundlage bereits vereinbarter Prinzipien getroffen werden konnten.

Folglich wurde zunächst der Zweck der NATO-Arbeit auf dem Gebiet der Rüstung untersucht. Die NATO soll den Mitgliedstaaten laut Definition durch internationale Zusammenarbeit helfen, die geeignete Ausrüstung und eine ausreichende Interoperabilität ihrer Streitkräfte sicherzustellen, damit sie das gesamte Spektrum der Bündnisaufgaben (von der kollektiven Verteidigung bis hin zu friedenserhaltenden Maßnahmen und Krisenbewältigungsoperationen) wahrnehmen können. Hier zeigt sich auch, dass es derzeit als vorrangig angesehen wird, die Kooperationsanstrengungen der

Entwicklung zentraler Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses durch harmonisierte Erfordernisse



Bündnispartner darauf auszurichten, dass die NATO über die erforderlichen Fähigkeiten verfügt.

Als nächstes wird in der Untersuchung geprüft, wie man die Rüstungsaktivitäten der NATO am besten gestaltet, damit sie ihre Ziele erreichen können. Zu diesem Zweck werden einige zentrale Aufgaben festgelegt, die der Rüstungsarbeit der NATO als Richtschnur dienen sollen; sie reichen von der Harmonisierung der operativen Erfordernisse und der Verbesserung der Interoperabilität bis hin zur Optimierung der Rüstungsbeschaffung.

Was die Harmonisierung der operativen Erfordernisse der Bündnispartner als einer wichtigen Voraussetzung für eine erfolgreiche Rüstungszusammenarbeit betrifft, so empfiehlt die Untersuchung, die Harmonisierungsbemühungen systematisch auszuweiten und über eng abgesteckte Aufgabengebiete und Rüstungskategorien hinauszugehen. Mit diesem breiteren Ansatz im Bereich der Rüstungsprogramme ließe sich das Ziel verfolgen, die nötigen Verteidigungsfähigkeiten auf der Grundlage allgemeiner technischer, finanzieller und operativer Erwägungen durch verschiedene Kombinationen komplementärer Systeme sicherzustellen. Ein solcher Ansatz entspräche auch eher dem zunehmenden Einfluss der allgegenwärtigen modernen Technologien. Daher wird empfohlen, die Bemühungen um eine stärkere Harmonisierung mit einer Reihe ergänzender Aktivitäten zu verbinden und die Festlegung zentraler Bündnisziele im Bereich der Fähigkeiten sowie entscheidender Rüstungserfordernisse[2] mit der Vereinbarung der Spezifikationen für bestimmte Systeme zu verknüpfen.

Noch in diesem Jahr wird ein NATO-Ausschuss für Rüstungskoordinierung (NCAC – NATO Committee for Armaments Coordination) eingerichtet werden, in dessen Rahmen Vertreter der Mitgliedstaaten und der einschlägigen NATO-Gremien regelmäßig zu Sitzungen zusammenkommen sollen. Der NCAC wird im gesamten Bündnis die Einheitlichkeit des genannten umfassenderen Ansatzes sicherstellen, die Voraussetzungen für die in der Untersuchung geforderte bessere Koordinierung zwischen dem Rüstungsbereich und anderen Planungsgebieten der NATO schaffen und bei Bedarf Aktivitäten im Zusammenhang mit Ausrüstungsfragen koordinieren. Schließlich soll die Arbeit der CNAD und des NCAC durch ein noch in der Entwicklung befindliches modernes System zur Handhabung von Rüstungsinformationen unterstützt werden.

Die Interoperabilität, die seit jeher ein wichtiger Aspekt der NATO-Verteidigungsplanung gewesen ist, hat nach dem Ende des Kalten Krieges sogar noch an Bedeutung gewonnen, da man nun die Zusammenarbeit zwischen den Teilstreitkräften des Bündnisses („jointness“) und den Aspekt der Multinationalität stärker betont. Im neuen strategischen Umfeld hat es sich somit als eine der zentralen Aufgaben der NATO erwiesen, die effektive Einsatzfähigkeit des Bündnisses sicherzustellen und der zunehmenden Zahl multinationaler Verbände durch eine bessere Interoperabilität Rechnung zu tragen.

Daher wird empfohlen, die derzeitigen Standardisierungsbemühungen im Ausrüstungsbereich dadurch zu intensivieren, dass bestimmte Rüstungsgüter festgelegt werden, die für die Land-, Luft- oder Seeverbände (wie z.B. Brigaden, Staffeln oder Marineeinsatzverbände) der NATO-Staaten von entscheidender Bedeutung sind, wenn sie mit den Streitkräften anderer Bündnisstaaten und gegebenenfalls auch denen der Partnerstaaten gemeinsame Ausbildungsprogramme, Übungen und Operationen durchführen wollen. Diese Rüstungsgüter werden als *„interoperabilitätsbefähiger“* bezeichnet werden, wodurch ihr besonderer Beitrag zur Verbesserung der operativen Interoperabilität deutlich werden soll.

Flexiblere Verteidigungsbeschaffung

Der Bereich der Verteidigungsbeschaffung fällt in der NATO unverändert in die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten. Die NATO-Staaten stützen sich jedoch schon seit langem auf multilateral und gelegentlich auch gemeinsam finanzierte NATO-Rüstungsprojekte, um ihre Effizienz zu steigern.[3] In der Untersuchung wird empfohlen, diese bewährten kooperativen Möglichkeiten der Beschaffung durch einen koordinierten Beschaffungsmechanismus zu ergänzen. Mit diesem „Schnellverfahren“ werden zwei oder mehr Bündnispartner ihre Ressourcen zusammenlegen können, um relativ große Mengen von Rüstungsgütern direkt „von der Stange“ zu beschaffen. Darüber hinaus sollten bei künftigen Beschlüssen zu Kooperationsprogrammen der NATO jeweils die Kosten des gesamten Lebenszyklus (von der Forschungsphase bis hin zum operativen Einsatz) eines Systems berücksichtigt werden.

Soll die CNAD den sich weiterentwickelnden operativen Erfordernissen der NATO stärker Rechnung tragen und die Effizienz der NATO-Rüstungsprogramme gesteigert werden, so müsste die Forschungs- und Technologieorganisation der NATO[4] früher und direkter in die Festlegung von Kooperationsprojekten einbezogen werden. Ein stärkeres Engagement seitens der Industrie, das über die NATO-Industrieberatergruppe einzubringen wäre, ist ebenfalls erforderlich. Die Verabschiedung der ersten NATO-Strategie für Forschung und Technologie, die im November 1999 vom Nordatlantikrat gebilligt wurde, trägt wesentlich dazu bei, diese Dimension der Untersuchung in die Praxis umzusetzen.

Ein Meilenstein in der Rüstungsarbeit der NATO

Derzeit werden die nötigen Vorkehrungen dafür getroffen, dass die Arbeit der CNAD und anderer einschlägiger NATO-Gremien einander ergänzen und aufeinander abgestimmt werden können. Auf diese Weise wird das Bündnis seine traditionelle Rolle als Förderer der Rüstungszusammenarbeit weiter ausbauen.

Der Abschluss der Untersuchung für den Rüstungsbereich stellt einen wichtigen Meilenstein für die Rüstungsarbeit der NATO und den bündnisinternen Anpassungsprozess dar. Jetzt ist ein klarer Kurs für die Ausrüstungsaktivitäten der NATO abgesteckt worden; dies wird den koordinierten Bemühungen der Bündnispartner um den Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten und die im heute sich entwickelnden Sicherheitsumfeld erforderliche Verbesserung der Interoperabilität nur zugute kommen können. ■

(2)
Die offizielle Bezeichnung lautet „Consolidated Alliance Capability Goals and Alliance Coordinated Armaments Requirements“.

(3)
Sowohl bei multilateral als auch bei gemeinsam finanzierten Projekten werden die Ressourcen von mindestens zwei Bündnispartnern zusammengelegt. Im erstgenannten Fall geschieht dies durch die Bildung einer NATO-Projektgruppe, wohingegen im letzteren Fall mit einer NATO-Managementagentur eine kompliziertere institutionelle Lösung gewählt wird. In beiden Fällen werden die Finanzierungsmodalitäten von den beteiligten Staaten festgelegt.

(4)
Die Forschungs- und Technologieorganisation der NATO ist der CNAD und dem NATO-Militärausschuss nachgeordnet.

Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland: Zeit zur Bereinigung

Dmitri Trenin
Stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums

Den störanfälligen Beziehungen zwischen Russland und der NATO wurde durch die Meinungsverschiedenheiten in der Kosovo-Krise ein schwerer Schlag versetzt. Bei einer pragmatischen Prüfung der Frage, wie die Sache wieder ins Lot zu bringen ist, vertritt Dmitri Trenin jedoch die Ansicht, die Beziehungen seien schon seit der Unterzeichnung der Grundakte über gegenseitige Beziehungen (Paris, 1997) ernsthaft gestört gewesen. Das Bündnis beurteilte seine Fähigkeit zur Aufnahme neuer mitteleuropäischer Staaten bei gleichzeitiger Konsolidierung und Institutionalisierung seines Dialogs mit Russland vielleicht zu optimistisch, während die führenden Vertreter Russlands zwischen vehementem Widerstand gegen die Erweiterung der NATO und einer allgemeinen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Westen hin- und hergerissen waren.

Die Grundakte wies keine grundlegenden Fehler auf und war auch nicht notwendigerweise zum Scheitern verurteilt; sie brauchte aber unbedingt gut durchdachte Strategien und eine ordentliche Portion Glück, um mit der Zeit zum Erfolg führen zu können. Die Haltung der Vertragspartner war allerdings von Anfang an wenig förderlich. Der Westen war zunächst sehr skeptisch und – wie Henry Kissinger mahnte – besorgt, dass der neue Ständige Gemeinsame NATO-Russland-Rat (SGR) den Nordatlantikrat sozusagen ausschalten könnte. Die Russen wollten dagegen förmliche gemeinsame Beschlussfassungsbefugnisse durchsetzen und waren entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt, ihren Einfluss innerhalb der Bündnisstrukturen langsam und mit dem nötigen Fingerspitzengefühl auszubauen.

Die beiden Seiten waren bald voneinander enttäuscht. In Russland wurde die Grundakte zunehmend als eine Maßnahme der Schadensbegrenzung betrachtet, die Russland nur unzureichend für die Erweiterung der NATO entschädigte. Die russischen Militärs waren mehr an der Zusage des Bündnispartner, keine Nuklearwaffen zu dislozieren und in Mitteleuropa keine fremden Truppen zu stationieren, als daran interessiert, das Potential für eine engere Zusammenarbeit mit der NATO auszuloten.

Die Auswirkungen der Kosovo-Krise

Ende März 1999 bedeuteten die NATO-Operationen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien für viele in Russland einen regelrechten Schock. Die Anwendung von Gewalt ohne die ausdrückliche Genehmigung durch eine Resolution des VN-Sicherheitsrats stellte nicht nur eine drastische Abwertung des russischen Vetorechts dar, sondern bedeutete auch eine Verringerung des tatsächlichen internationalen Gewichts dieser ehemaligen Supermacht. Moskau erwies sich als unfähig,

Auszeichnung russischer KFOR-Soldaten, die einem verwundeten amerikanischen Soldaten Hilfe leisteten

Fünf russische Soldaten kamen einem amerikanischen Soldaten zu Hilfe, der am 15. Dezember 1999 durch eine Mine schwer verwundet wurde.

Ohne auch nur im Geringsten an ihre eigene Sicherheit zu denken, gingen sie in ein als vermint bekanntes Gebiet, um einen amerikanischen Feldwebel zu retten, dessen Fahrzeug auf eine Panzerabwehrmine gefahren war. Nachdem die russischen Soldaten erste Hilfe geleistet hatten, halfen sie, den Verwundeten zu einer amerikanischen Sanitätseinrichtung zu bringen. Er erlag jedoch leider seinen Verletzungen.

Am 24. Dezember ehrte General Wesley Clark, Oberster Alliierter Befehlshaber Europa (SACEUR), die fünf russischen Soldaten mit amerikanischen Auszeichnungen. Die russischen Soldaten, Angehörige der russischen 13. Taktischen Gruppe im KFOR-Gebiet MNB-Ost, sind die ersten russischen KFOR-Soldaten, die vom SACEUR ausgezeichnet wurden.

© KFOR PIO

Gemeinsame Erklärung anlässlich des Moskaubesuchs von NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 16. Februar 2000

NATO-Generalsekretär Lord George Robertson kam mit dem russischen Außenminister Igor S. Iwanow und Verteidigungsminister Igor D. Sergejew zusammen. Lord George Robertson wurde auch vom amtierenden russischen Präsidenten Wladimir Putin empfangen. Sie führten offene Gespräche über ein breites Spektrum von Themen und insbesondere über die Beziehungen zwischen der NATO und Russland.

Die NATO und Russland sind fest entschlossen, im Interesse aller europäischen Völker zum Aufbau eines stabilen und ungeteilten, eines geeinten und freien Europas beizutragen. In diesem Zusammenhang bekräftigen sie, dass sie ihren Pflichten aus dem Völkerrecht, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, der Bestimmungen und Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der OSZE-Charta für europäische Sicherheit, in gutem Glauben nachkommen werden. Gestützt auf die Grundakte und mit Hilfe der Zusammenarbeit im Ständigen Gemeinsamen Rat werden sie die Stärkung der Sicherheit des euro-atlantischen Raumes fördern.

Die NATO und Russland begrüßen das Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags, das in Verbindung mit den Verpflichtungen im Rahmen der KSE-Schlussakte die weitere Funktionsfähigkeit des KSE-Vertrags sicherstellen wird.

Streitkräfte der NATO und Russlands setzen ihre Zusammenarbeit im Rahmen der Stabilisierungstruppe in Bosnien und Herzegowina (SFOR) fort und arbeiten zugleich im Kosovo im Rahmen der KFOR mit dem Ziel zusammen, die uneingeschränkte Durchführung der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats zu erreichen, die sowohl von der NATO als auch von Russland unterstützt wird.

Die NATO und Russland werden auf eine Vertiefung ihres Dialogs im Ständigen Gemeinsamen Rat hinarbeiten. Sie vereinbarten, zu einem breiten Spektrum von Sicherheitsfragen einen aktiven Dialog zu führen, der ihnen ermöglichen wird, künftigen Herausforderungen entgegenzutreten und ihre Zusammenarbeit zu einem Eckstein der Sicherheit Europas zu machen.

eine bedeutende internationale militärische Operation in einem Gebiet zu verhindern, das es seit jeher als entscheidend wichtig für seine Position in Europa insgesamt betrachtet hatte.

Die einen Monat später auf dem Washingtoner Gipfel erfolgende Annahme des neuen Strategischen Konzepts und die ausdrückliche Bereitschaft des Bündnisses, überall in Europa zur Wahrung der Stabilität und zur Verteidigung der Menschenrechte zu intervenieren, weckten düstere Ahnungen darüber, wo die NATO wohl als Nächstes zuschlagen würde, vielleicht sogar in noch größerer Nähe zur russischen Grenze. In diesen Befürchtungen wurde Russland nur noch bestärkt, als sich die führenden Vertreter Georgiens, der Ukraine, Usbekistans, Aserbaidschans und der Republik Moldau (GUUAM) zur Teilnahme am Washingtoner Gipfel entschieden und die amerikanische Hauptstadt als Tagungsort für eines ihrer Treffen wählten, während Russland die Einladung zur Teilnahme ablehnte.

Die Diplomatie des ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Wiktor Tschernomyrdin, die letztlich zu einer Beendigung der Krise beitrug, war unter den führenden Schichten Russlands nie populär gewesen. Da die russischen Militärs unbedingt bei der endgültigen Lösung der Kosovo-Krise ein Wort mitreden wollten, ließen sie von 200 ihrer Fallschirmjäger, die als Teil der SFOR in Bosnien und Herzegowina stationiert waren, in einem Überraschungsvorstoß den Flughafen von Pristina besetzen. Was als Demonstration der Stärke gedacht war, ließ jedoch letztlich die militärische Schwäche Russlands deutlich werden.

Ende 1999 hatten sich die Beziehungen zwischen Russland und der NATO immer noch nicht ganz von dem Schlag erholt, den ihnen die Kosovo-Krise versetzt hatte. Das Wort Partnerschaft wurde nicht mehr benutzt. Zusammenarbeit und Dialog waren nach wie vor auf die beiden Friedensoperationen auf dem Balkan (SFOR und KFOR) begrenzt. In beiden Fällen war die Zusammenarbeit zwischen russischen Friedenstruppen und denen der NATO im Allgemeinen gut, aber dies reichte nicht aus, um die Impulse zu geben, die für die volle Wiederherstellung der Beziehungen erforderlich waren.

Pech kann auch nützlich sein

Wie ein russisches Sprichwort (ne bylo schastja, da neschastje pomoglo) sagt, kann Pech auch einmal nützlich sein, wenn einem das Glück nicht hold ist. Ende 1999 wurden die gestörten Beziehungen Russlands zum Westen noch schlechter, nämlich zuerst durch den Korruptionsskandal und kurz darauf durch den zweiten Krieg in Tschetschenien. Aus russischer Sicht überschatteten diese Entwicklungen die Probleme mit der NATO. Der erneute Tschetschenienkrieg half zudem den russischen Militärs, sich von dem Stigma der Niederlage durch islamische Rebellen zu befreien, und zumindest teilweise ihr Selbstvertrauen wiederherzustellen.

Auf der anderen Seite hat die zunehmende Kritik des Westens an der russischen Menschenrechtspolitik im nördlichen Kaukasus zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges die Gefahr einer internationalen Isolierung Moskaus zutage treten lassen. Dies muss von Wladimir Putin, dem neuen Präsidenten Russlands, ernst genommen werden, wenn er wirklich auf den Wohlstand Russlands und dessen Integration in die internationale Staatengemeinschaft hinarbeiten will.

Friedensgesten

Der Anbruch einer neuen Ära verlangt einen deutlichen Neubeginn. Der russischen Regierung mag es eine gewisse Befriedigung und auch Stimmen verschafft haben, dass sie auf westliche Bitten um ein Ende der Kampfhandlungen in Tschetschenien demonstrativ nicht reagierte, aber sie muss ihre Beziehungen zum Westen nun aus vielfältigen finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Gründen wieder in

Der (damals amtierende) russische Präsident Wladimir Putin (rechts) und NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 16. Februar 2000 während einer gemeinsamen Erklärung im Anschluss an ihr Treffen im Kreml. © Belga

Ordnung bringen. Dabei werden – oder sollten zumindest – keine Bedingungen gestellt werden.

Paradoxerweise ist es für Moskau unter Umständen leichter, wieder umfassende Kontakte zur NATO herzustellen, als grünes Licht von früher in Russland so populären Einrichtungen wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Europarat zu erhalten; letztere haben die Entwicklungen in Tschetschenien nämlich weitaus genauer beobachtet. So konnte NATO-Generalsekretär Lord Robertson Moskau also im Februar 2000 einen Besuch abstatten, dort mit dem damals amtierenden Präsidenten Wladimir Putin zusammenkommen und eine gemeinsame Erklärung über die volle Wiederherstellung der Beziehungen zwischen dem Bündnis und Russland vereinbaren (s. Zusatztext).

Aber bis zu welchem Punkt sollten die beiden Seiten in der Geschichte ihrer Beziehungen zurückgehen, um die Fäden wieder aufzunehmen? Die zweijährige Arbeit im SGR hat keine besonders guten Erinnerungen hinterlassen und bietet auch kein tragfähiges Modell für eine stetige Intensivierung der Zusammenarbeit. Als noch wichtiger ist jedoch der Umstand zu betrachten, dass die Beziehungen zur NATO für die politische Führung Russlands wahrscheinlich auf absehbare Zeit keine Priorität haben werden. Was die militärische Führung betrifft, so ist sie entschlossen, die nationale Sicherheit Russlands ebenso sehr gegen die NATO wie mit ihr auszubauen.

Daher sollte man keine zu hohen Erwartungen haben, aber Passivität ist auch nicht zu empfehlen. Sowohl die russische Regierung als auch die Streitkräfte Russlands erkennen allmählich, dass die gravierendsten Sicherheitsprobleme ihres Landes entlang der südlichen Grenzen Russlands liegen. Zugegebenermaßen ist dies auch eine Region, in der kommerzielle und – wie manch einer hinzufügen würde – geopolitische Interessen Russlands und des Westens aufeinander stoßen. Zwischen den beiden Seiten besteht jedoch unbestreitbar ein beachtliches Maß an Übereinstimmung in Fragen wie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des organisierten Verbrechens, einschließlich des Drogen- und Waffenhandels, sowie bei den Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Diesen Themen kommt in dem kürzlich verabschiedeten nationalen Sicherheitskonzept Russlands große Bedeutung zu.

In Europa selbst ist noch viel zu tun, um die gemeinsamen Bemühungen um die Lösung der Konflikte in Bosnien und insbesondere im Kosovo zu stärken, wo die Frage der Souveränität und die heikle Lage der serbischen Minderheit bereits zu Problemen geführt haben. Vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Gebiet der konventionellen Waffen bilden einen weiteren Bereich, der Aufmerksamkeit erfordert. Das Kooperationspotential westlicher und russischer Waffenhersteller lässt sich zwar – wie man nur zu gut weiß – nur schwer ausschöpfen, aber es darf auch nicht ganz außer Acht gelassen werden.

Ein neuer Blick auf die Grundakte

Aus praktischer Sicht wäre es vernünftig, wenn Russland die Restriktionen bezüglich der Kontakte zum Bündnis allmählich lockern und das gesamte Geflecht der Beziehungen zur NATO neu prüfen würde. Da die Beziehungen nun förmlich wiederhergestellt worden sind, sollten Vertreter der bei-

den Seiten zusammenkommen, um die künftige Durchführung der Grundakte zu erörtern.

Eine eingehende gemeinsame Überprüfung ihrer Bestimmungen würde den beiden Seiten ermöglichen, ihre jeweiligen tatsächlichen Erfordernisse zu bestimmen und ihre Prioritäten festzulegen, die dann harmonisiert und zu einem wirklich durchführbaren Arbeitsplan zusammengefasst werden könnten. Einige Elemente der früheren Kooperationsperiode werden dabei vielleicht nicht übernommen. Russland hat beispielsweise an einigen PfP-Aktivitäten nur ein sehr geringes Interesse. An anderen Formen des Dialogs und der Zusammenarbeit, die ausgebaut und energisch weitergeführt werden sollten, bestand jedoch echtes Interesse.

Ein Arbeitsplan dieser Art könnte z.B. eine vergleichende Analyse der Leitliniendokumente (Strategie- und Sicherheitskonzepte sowie Militärdoktrinen) umfassen, die vom Bündnis und der Russischen Föderation seit der Verschlechterung der Beziehungen angenommen worden sind. Eine Reihe von Fachtagungen, die mit einem Seminar hochrangiger Experten abzuschließen wäre, könnte dazu beitragen, eine gewisse Nähe entstehen zu lassen. Ein weiteres Gesprächsthema könnte die Sicherheitslage in Zentralasien und in Afghanistan sein – vorausgesetzt, die NATO kann russische Befürchtungen entkräften, denen zufolge sie Moskau die Rolle des Sicherheitspatrons der Region streitig machen will.

Zu den weniger konzeptionellen, aber äußerst praktischen Themen zählen die Verbesserung der nuklearen Sicherheit, Umweltschutz, zivile Notfallplanung sowie Umschulungsprogramme für ehemalige Offiziere. Die frühere Zusammenarbeit wurde von Russland in allen diesen Bereichen als sehr positiv beurteilt. Neben dem Verteidigungsministerium waren auch andere Stellen sehr daran interessiert, mit den westlichen Kollegen zusammenzuarbeiten.

Auf der organisatorischen Ebene könnte der Plan die immer wieder hinausgeschobene Eröffnung einer offiziellen NATO-Vertretung in Moskau umfassen, wodurch ständige Kontakte zwischen den Verteidigungs- und Sicherheitssektoren der beiden Seiten ermöglicht würden. Hochrangige militärische und diplomatische Vertreter Russlands könnten dann wieder regelmäßig mit ihren NATO-Kollegen zusammenkommen.

Eine deutliche Ausweitung der Kontakte zwischen Militärs der mittleren Ebene wäre ebenfalls hilfreich. Leider entarteten gegenseitige Besuche auf hoher Ebene früher allzu häufig zu einem – wie Zyniker es nannten – Militärtourismus. Die russischen Streitkräfte brauchen dringend modern denkende Offiziere, die auch über Vorgänge außerhalb Russlands gut informiert sind und ihre Standpunkte in Diskussionen mit ihren NATO-Kollegen mit vernünftigen Argumenten vertreten können. Westliche Militärakademien und –institutionen, darunter die NATO-Verteidigungsakademie in Rom und das Marshall-Center in Garmisch-Partenkirchen, sollten für die besten und hellsten Köpfe unter den uniformierten Männern und Frauen Russlands wichtige Ziele darstellen.

Auf der Baustelle Russland wird weitergearbeitet

Auch wenn ein solcher Arbeitsplan durchgeführt würde, wäre man noch weit von dem Ziel einer echten Partnerschaft entfernt. Russland und die NATO würden lediglich Beziehungen wiederherstellen, die mehr Stabilität und Berechenbarkeit in Europa fördern könnten. Angesichts der anhaltenden Krise in Tschetschenien, der unbewältigten Aufgaben auf dem Balkan und der nächsten Phasen der NATO-Erweiterung wäre das Verhältnis zwischen den beiden Seiten auch dann nicht frei von Problemen.

Pessimismus ist jedoch nicht angebracht. Auf der Baustelle Russland wird weitergearbeitet. Der Umbau dieses Landes wird nicht nur einige Jahre, sondern Jahrzehnte und Generationen erfordern. Russland steht vor der ungeheuren Aufgabe, sich neu zu definieren und sich sogar in gewisser Weise neu zu schaffen. Seine Beziehungen zum Westen sind dabei ein wichtiger äußerer Faktor. Russland ist enorm groß – ideal für Langstreckenläufer. Aufgeben gilt nicht. ■

Der russische Verteidigungsminister Igor Sergejew (rechts) am 4. Februar 2000 mit Nikolai Patruschow, dem Leiter des russischen Sicherheitsdienstes, während der Moskauer Tagung des russischen Sicherheitsrats, auf der die neue Militärdoktrin Russlands angenommen wurde. © Reuters

Die Istanbuler OSZE-Charta für europäische Sicherheit

Professor Victor-Yves Ghebali
Institut für internationale Studien, Genf

Im November 1999 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 54 Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf ihrem Gipfeltreffen in Istanbul die Charta für europäische Sicherheit. Die Charta geht auf eine Debatte zurück, die im März 1995 weitgehend zur Beschwichtigung russischer Befürchtungen bezüglich der Osterweiterung der NATO über die Entwicklung eines „Gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für das Europa des 21. Jahrhunderts" eingeleitet worden war. Die Diskussion wurde zunächst recht abstrakt geführt und kam bald zum Stillstand. Im Dezember 1997 erhielt sie jedoch neue Impulse, als auf einer Ministertagung in Kopenhagen vereinbart wurde, einen Entwurf für dieses neue gesamteuropäische Sicherheitsdokument zu erarbeiten. Victor-Yves Ghebali prüft die Bedeutung der Charta und beschreibt ihre Rolle im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der NATO und der OSZE.

Die OSZE-Charta für europäische Sicherheit kann zwar nicht als revolutionär bezeichnet werden, aber man sollte sie auch nicht als eine Sammlung leerer Worte abtun. Die Charta prüft die neuen Gefahren und Herausforderungen für die Sicherheit Europas im strategischen Umfeld der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges, bekräftigt einige allgemeine und grundlegende Prinzipien und sieht eine Stärkung der operativen Möglichkeiten der OSZE auf den Gebieten Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Normalisierung der Lage nach Konflikten vor. In der Anlage zur Charta, der Plattform für kooperative Sicherheit, werden schließlich einige Regelungen zur Intensivierung der Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Einrichtungen vorgeschlagen, die in Verbindung mit den operativen Leitlinien zur Steigerung der Effizienz der OSZE für die neue Rolle der NATO in Europa von direkter Bedeutung sind.

Hauptelemente der Charta

Gefahren und Herausforderungen: Die OSZE-Staaten hatten zunächst die Absicht, eine umfassende Liste der Gefahren und Herausforderungen für die Sicherheit Europas zusammenzustellen. Nach und nach erkannten sie, dass dies wegen der Schwierigkeiten einer eindeutigen Trennung zwischen äußeren und inneren Gefahren in einem sich ändernden Sicherheitsumfeld nicht durchführbar war. Folglich wird in der Charta nur eine begrenzte Anzahl von Sicherheitsgefahren genannt, darunter der internationale Terrorismus, der gewalttätige Extremismus, das organisierte Verbrechen, Drogenhandel, die Verbreitung von Handfeuerwaffen, akute wirtschaftliche Probleme, die Schädigung der Umwelt sowie die Instabilität im Mittelmeerraum und in Zentralasien.

Die Sicherheitsrechte von Staaten, die keinem militärischen Bündnis angehören, werden nicht eigens erwähnt. Auch die Frage der möglichen Stationierung von Kernwaffen in Staaten, die zur Zeit Nichtkernwaffenstaaten sind, bleibt unberücksichtigt. In diesem Punkt hat die Charta die Erwartungen Moskaus nicht erfüllen können. Sie bekräftigt auch ganz eindeutig das Recht jedes OSZE-Staates, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich bestimmter Bündnisverträge frei zu wählen. Auf Drängen Russlands wurde in der Charta allerdings hervorgehoben, dass *innerhalb der OSZE„keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität im OSZE-Gebiet"* zukommt. Im gleichen Abschnitt wird jedoch hinzugefügt: „noch kann einer/eine von ihnen irgendeinen Teil des *OSZE-Gebiets als seinen/ihren Einflusssbereich betrachten"*, womit zweifellos auf die russische Vorstellung vom „nahen Ausland" angespielt wird.

OSZE-Strukturen: Durch die Charta wurde das Mandat des Sicherheitsmodellausschusses, der eigens zur Abfassung der Sicherheitscharta eingesetzt worden war, im Gegensatz zu den Wünschen Russlands nicht verlängert. Noch wichtiger ist jedoch der Umstand, dass auch ein institutioneller Umbau abgelehnt wurde, weil die weitaus meisten Teilnehmerregierungen der Ansicht sind, die OSZE solle ihren traditionellen Kurs des Pragmatismus und der Flexibilität nicht verändern. Das Konsensprinzip ist als Fundament der OSZE-Beschlussfassung beibehalten worden. Es wurde allerdings beschlossen, die notorisch unzulänglichen Beschlussfassungsverfahren des Ständigen Rates der OSZE zu verbessern. Nach der bisherigen Verfahrensordnung wurden kleinere Staaten aus Zeitgründen erst im allerletzten Augenblick konsultiert, wenn die Beschlüsse des Ständigen Rates kurz vor der förmlichen Verabschiedung standen. Nun wird es ein neues informelles Gremium geben, das ohne Einschränkung der Teilnehmerzahl als „Vorbereitungsausschuss" des Ständigen Rates zusammentritt.

Die humanitäre Dimension: Eine unerwartete normative Entwicklung bezüglich der Frage der nationalen Minderheiten darf hier nicht vergessen werden. In Punkt 19 der Charta erkennen die OSZE-Regierungen an, dass die Achtung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten nicht nur als Selbstzweck zu betrachten ist, sondern auch als Mittel zur Stärkung der territorialen Unversehrtheit und der Souveränität eines Staates. Zudem wird anerkannt, dass eine der Möglichkeiten zur Wahrung und Förderung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten innerhalb eines Staates darin besteht, diesen Minderheiten einen gewissen Grad an Autonomie zuzugestehen.

Stärkung der operativen Möglichkeiten der OSZE

In der Charta werden die operativen Fähigkeiten der OSZE in vier Kategorien eingeteilt: Feldoperationen, Friedensope-

VN-Generalsekretär Kofi Annan (Bildschirm) während seiner Rede anlässlich der Eröffnung des Istanbuler OSZE-Gipfels am 18. November 1999. © Belga

rationen, Aktivitäten im polizeilichen Bereich und das REACT-Konzept (Rapid Expert Assistance and Cooperation Teams – schnelle Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation).

Feldoperationen werden von Fall zu Fall und in der Regel als langfristige Missionen in die Wege geleitet. In Verbindung mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten bieten sie ein Instrumentarium, mit dem sich die OSZE in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Zuständigkeitsnische auf dem Gebiet der Konfliktbewältigung gesichert hat. Die Charta enthält die erste umfassende (und nicht einschränkende) Aufgabenliste für Feldoperationen: fachkundige Beratung und Unterstützung in allen Zuständigkeitsbereichen der OSZE; gezielte Unterstützung rechtsstaatlicher Prinzipien und demokratischer Institutionen sowie der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Recht und Ordnung, gute Dienste und Vermittlung in Konfliktsituationen; Überwachung der Umsetzung von Friedensvereinbarungen, der Abhaltung von Wahlen und der Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen sowie Schaffung normaler Verhältnisse nach dem Ende eines Konflikts.

Gesamteuropäische friedenserhaltende Maßnahmen haben sich in der OSZE Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu einem Streitpunkt entwickelt, und die Frage wird immer noch kontrovers diskutiert. Die Vereinigten Staaten vertraten die Ansicht, die OSZE sei zwar nicht für militärische Friedensoperationen ausgerüstet, habe aber eine nützliche politische Rolle im Hinblick auf die Unterstützung von Operationen anderer Organisationen (d.h. der NATO). Russland meinte dagegen, bereits vereinbarte Übereinkünfte böten eine ausreichende Grundlage für die Durchführung von Friedensoperationen durch die OSZE, sofern sich solche Operationen auf eine entsprechende Resolution der Vereinten Nationen stützen könnten. Die EU wählte die goldene Mitte und stellte sich auf den Standpunkt, diese Frage solle nicht mit einer Entweder-oder-Strategie gelöst werden.

Punkt 46 lässt alle Möglichkeiten offen. Dort wird bestätigt, dass die „OSZE *im Einzelfall und mit Konsens beschließen kann, eine Rolle bei der Friedenserhaltung zu übernehmen, und zwar auch eine führende Rolle, wenn sie nach Einschätzung der Teilnehmerstaaten die jeweils wirksamste und geeignetste Organisation ist.*“ Zugleich wird festgehalten, dass die OSZE beschließen kann, *„das Mandat für die Friedenserhaltung durch andere zur Verfügung zu stellen und die Unterstützung von Teilnehmerstaaten sowie anderer Organisationen in Form von Ressourcen und Expertenwissen anzustreben.*“ Die OSZE könne zudem als Rahmenstruktur zur Koordinierung dieser Bemühungen dienen. Eine genauere Prüfung einiger anderer Bestimmungen der Charta – insbesondere der Bestimmungen zu Aufgaben im polizeilichen Bereich und zum REACT-Konzept – ergibt jedoch, dass in Wirklichkeit die amerikanische Position bestätigt wird, die darauf abzielt, die neue Rolle und den Primat der NATO bei militärischen Friedensoperationen in Europa zu wahren.

Was Aktivitäten im polizeilichen Bereich betrifft, so verpflichten sich die Regierungen in Punkt 44 ohne Vorbehalte, *„die Rolle der OSZE im zivilpolizeilichen Bereich als Bestandteil der Bemühungen der Organisation um Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und die Normalisierung der Lage nach Konflikten zu stärken.*“ Die Beschränkung der OSZE auf diese Art von Aufgaben, darunter Aktivitäten wie Ausbildungsmaßnahmen, Reform paramilitärischer Truppen, Verhinderung diskriminierender Maßnahmen durch die Polizei usw., entspricht eindeutig der amerikanischen Vorstellung von einer idealen Arbeitsteilung: eine militärische Rolle für die NATO und eine zivile Rolle für die OSZE.

Der damalige russische Präsident Boris Jelzin bei einem Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Bill Clinton während des Istanbuler OSZE-Gipfels. © Belga

Das *REACT*-Konzept, das von den Vereinigten Staaten entworfen und von der OSZE übernommen wurde, bestätigt dies ebenfalls. Laut diesem Konzept sind die Regierungen verpflichtet, auf nationaler wie auch auf OSZE-Ebene die Fähigkeit zu entwickeln, Expertengruppen für ein breites Spektrum ziviler Aufgaben zusammenzustellen, die dann von der OSZE zur Unterstützung von Maßnahmen der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Normalisierung der Lage nach Konflikten eingesetzt werden können. In Punkt 42 heißt es, das REACT-Konzept sei entwickelt worden, damit die OSZE Probleme vor der Entwicklung einer Krise angehen und rasch „die zivile Komponente einer friedenserhaltenden Operation“ zum Einsatz bringen oder bei Bedarf auch Groß- bzw. Sondereinsätze in die Wege leiten kann.

REACT soll Ende Juni 2000 in die Praxis umgesetzt werden können und wird wohl zu einer „Spezialisierung“ der OSZE auf Operationen führen, die im Wesentlichen ziviler Art sind. Mit Blick auf die Planung und Durchführung groß angelegter Feldoperationen der OSZE, darunter Operationen, für die REACT-Ressourcen verwendet werden, ist in Punkt 43 innerhalb des KSZE-Konfliktverhütungszentrums die Errichtung einer Einsatzzentrale vorgesehen.

Waffenstillstand zwischen den Institutionen

Die Plattform für kooperative Sicherheit, welche die Handschrift der EU trägt und der Charta als Anlage beigefügt ist, stützt sich auf die Prämisse, dass kein Staat und auch keine internationale Organisation in der Lage ist, den Gefahren und Herausforderungen des Sicheheitsumfelds der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges völlig allein entgegenzutreten. Auf der Grundlage der jeweiligen Stärken der einzelnen Organisationen, der Komplementarität, der pragmatischen Synergie, der Transparenz und des Verzichts auf hierarchisch strukturierte Beziehungen bildet die Plattform eine Art Partnerschaftsvertrag für alle einander verstärkenden Sicherheitsinstitutionen. Der Vertrag steht denjenigen Institutionen zum Beitritt offen, deren Mitglieder (sowohl einzeln als auch gemeinsam) unter Wahrung des Freiwilligkeits- und Transparenzgrundsatzes zusammenarbeiten, sich zu den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie zum Konzept eines gemeinsamen Sicherheitsraums ohne Trennlinien bekennen und ihren Verpflichtungen in den Bereichen Rüstungskontrolle, Abrüstung sowie vertrauens- und sicherheitsbildende (VSBM) Maßnahmen nachkommen .

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Ständiger Vertreter Griechenlands

Botschafter Vassilis Kaskarelis (51) ist im März 2000 als Nachfolger von Botschafter George Savvaides zum neuen Ständigen Vertreter Griechenlands im Nordatlantikrat ernannt worden.

Nachdem Vassilis Kaskarelis ein Wirtschafts- und Politologie- und dann ein Jurastudium an der Universität Thessaloniki bzw. an der Universität Athen absolviert hatte, begann er 1974 seine berufliche Laufbahn im griechischen Außenministerium. Zwei Jahre später wurde er als Dritter Sekretär an die Botschaft seines Landes in die Türkei entsandt. Von dort ging er 1979 als Konsul nach Venedig und 1983 als Erster Sekretär (später Botschaftsrat) nach Zypern.

1987 übernahm er für drei Jahre die Leitung der militärischen Vertretung Griechenlands in Berlin (West), bevor er dort 1990 nach dem Fall der Mauer zum Generalkonsul seines Landes ernannt wurde.

Ein Jahr später kehrte Vassilis Kaskarelis in das Athener Außenministerium zurück, wo er zunächst als stellvertretender Leiter des Türkeireferats und ab 1993 als Gesandter und Kabinettchef tätig war.

1995 ging er als stellvertretender ständiger Vertreter Griechenlands zu den Vereinten Nationen nach New York; diesen Posten hatte er inne, bis er sein jetziges Amt in der NATO-Zentrale übernahm.

Ein jugoslawischer Soldat am 23. Februar 1999, als er auf den Straßen von Bukos (60 km nördlich von Pristina) vor den Augen eines OSZE-Waffenstillstands-beobachters (im Jeep) einen Patrouillenrundgang macht.
© Belga

Die Formen der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen könnten folgendes umfassen: Verbindungsoffiziere oder Kontaktstellen, wechselseitige Vertretung bei dafür geeigneten Tagungen, einen regelmäßigen Informationsaustausch, gemeinsame Missionen zur Ermittlung der erforderlichen Hilfsmaßnahmen, wechselseitige Entsendung von Experten, Konzeption gemeinsamer Projekte und Feldoperationen, gemeinsame Ausbildungsprogramme usw. Als Möglichkeit zur Reaktion auf spezifische Krisen bietet die OSZE zudem an, als *„flexibler Koordinierungsrahmen für Zusammenarbeit“* zu dienen. Letztlich zielt die Plattform darauf ab, eine Kultur der institutionellen Zusammenarbeit zu entwickeln, um so jede Duplizität und jede Verschwendung von Ressourcen zu vermeiden. Durch die Plattform erhält der Generalsekretär der OSZE die Aufgabe, jährlich einen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen des OSZE-Gebiets zu erstellen.

In gewisser Weise ist die Existenz der Plattform an sich wichtiger als ihr Inhalt. Angesichts des ungezügelten Konkurrenzdenkens, das die Arbeit der mit Sicherheitsfragen befassten Institutionen seit dem Zusammenbruch des Kommunismus (insbesondere während der Frühphase des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien) geprägt hat, stellt die Plattform eine Art Waffenstillstand zwischen den Institutionen dar. Sie steht mit keinem Wort im Widerspruch zu den Interessen oder Verfahrensweisen der NATO, sondern ist weitgehend eine Kodifizierung der produktiven Zusammenarbeit, die von der NATO und der OSZE zur Gewährleistung der gemeinsamen Überwachung der Lage im Kosovo nach dem Treffen zwischen dem amerikanischen Sonderbeauftragten Richard Holbrooke und dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic (Oktober 1998) entwickelt wurde.

Unauffällig, aber expandierend

1999 war für die OSZE nicht nur das Jahr, in dem die europäische Sicherheitscharta unterzeichnet wurde. Nach dreijährigen intensiven Verhandlungen konnte auch das Wiener VSBM-Dokument von 1994 aktualisiert werden. Ebenso wurde der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (1990) im Hinblick auf die Veränderungen angepasst, die durch das Ende des Kalten Krieges eingetreten waren; der angepasste Vertrag wurde trotz der zwischen Russland und dem Westen wegen des Kosovo- und dann wegen des Tschetschenien-Konflikts bestehenden Spannungen von 30 OSZE-Teilnehmerstaaten unterzeichnet. Im Kosovo wurde eine OSZE-Mission mit 700 internationalen Bediensteten und mehr als 1000 Mitarbeitern aus der örtlichen Bevölkerung eingerichtet, die nun eng mit der NATO zusammenarbeitet. Zudem hat die OSZE im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa einige Sonderaufgaben übernommen.

Trotz des Scheiterns der OSZE-Bemühungen um eine Beendigung des Konflikts in Tschetschenien, wo Russland offen gegen einige der in Istanbul eingegangenen Verpflichtungen verstößt, sind die genannten positiven Entwicklungen ein Beweis für die zunehmende operative Bedeutung dieser eher im Verborgenen wirkenden Organisation. ■

Partnerschaft als eine der grundlegenden Sicherheitsaufgaben der NATO

Dr. Isabelle François
NATO-Abteilung für Verteidigungsplanung und Operationsführung

1999 skizzierten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten auf ihrem Gipfeltreffen in Washington ihre Vision eines Bündnisses, das durch neue Aufgaben, neue Mitglieder und neue Partnerschaften gekennzeichnet ist und sich zur Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeiten bekennt. Im neuen Strategischen Konzept wird Partnerschaft als eine der grundlegenden Sicherheitsaufgaben des Bündnisses anerkannt, und die meisten Gipfelinitiativen hatten auch eine Partnerschaftsdimension. Der folgende Beitrag fasst die verschiedenen PfP-Elemente, die auf dem Gipfeltreffen gestärkt wurden, zusammen und beschreibt die Vision, die der Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und ihren Partnerstaaten zugrunde liegt.

Das Fundament für den Erfolg des Programms der Partnerschaft für den Frieden (PfP) wurde 1994 auf dem Gipfeltreffen in Brüssel gelegt. Das PfP-Rahmendokument machte deutlich, wie die Partnerschaft sowohl die im Strategischen Konzept der NATO von 1991 enthaltene Bündnisstrategie als auch den Erweiterungsprozess unterstützen sollte. In ihm wurden spezifische Ziele der praktischen militärischen und verteidigungsrelevanten Zusammenarbeit definiert sowie die Kennzeichen und der Umfang der Partnerschaft selbst festgelegt.

Von Anfang an war die PfP eine Investition in Menschen: in die Streitkräfte, die bei künftigen militärischen Operationen eingesetzt werden können, und in die Bediensteten des Verteidigungssektors, welche die Beschlussfassungsprozessse zur Förderung der euro-atlantischen Sicherheit und Stabilität gestalten und an ihnen beteiligt sind. Durch Unterrichts-, Ausbildungs- und Übungsprogramme exportierte die NATO ihre Arbeitsweise in Staaten, die an der Entwicklung engerer Beziehungen zum Bündnis interessiert waren – sogar in Staaten, die nicht unbedingt eine spätere Mitgliedschaft anstrebten.

Die PfP übertraf alle Erwartungen. Heute hat sie ihre Zusammenarbeit auf 25 Nicht-NATO-Staaten ausgeweitet sowie auf den Gebieten Verteidigungsunterstützung und zivile Notfallplanung wie auch zwischen führenden Vertretern der Verteidigungssektoren Kontakte gefördert. Alle PfP-Staaten haben Anteile an diesem Unternehmen gezeichnet und dazu beigetragen, die Partnerschaft zu einem festen Bestandteil der euro-atlantischen Sicherheit zu machen.

Die ersten greifbaren Ergebnisse der Investition in die PfP traten bei den von der NATO geführten Operationen in Bosnien und Herzegowina zutage, wo es die Partnerschaft Truppen der Partnerstaaten erleichterte, gemeinsam mit NATO-Streitkräften

Amerikanische Infanteristen am 10. Juni 1999 bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen von Skopje – bereit für den Kosovo-Einsatz im Rahmen der KFOR. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien leistete den NATO-Staaten während der Kosovo-Krise von Anfang an energische Unterstützung. Im Winter 1998/99 waren dort NATO-Soldaten stationiert, die bei Bedarf die OSZE-Waffenstillstandsbeobachter evakuieren sollten. Außerdem wurden Hunderttausende kosovo-albanische Flüchtlinge unterstützt. Der Zugang zum mazedonischen Luftraum und Hoheitsgebiet erleichterte die Durchführung der Luftoperationen und die Dislozierung der KFOR.*
© Belga

** Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.*

Ein bulgarischer Polizist, als er am 3. Juli 1999 wegen eines türkischen Militärkonvois, der auf dem Weg zu den KFOR-Truppen durch Bulgarien fahren durfte, den Verkehr regelt. © Belga

als Teil der IFOR- und SFOR-Truppen disloziert zu werden. Diese positive Erfahrung fand 1997 auf dem Madrider Gipfeltreffen in der Stärkung der Partnerschaft ihren Niederschlag und führte dazu, dass die Partnerschaft seither eine operativere Ausrichtung erhalten hat. Wie wir heute erneut im Kosovo sehen, lässt sich nicht bestreiten, dass in künftige Operationen unter der Leitung der NATO mit größter Wahrscheinlichkeit Partnerstaaten einbezogen sein werden.

Ein fester Bestandteil der Bündnisstrategie

Das Ausmaß des Erfolgs der PfP lässt sich daran ablesen, dass das in Washington vereinbarte aktualisierte Strategische Konzept Partnerschaft neben Sicherheit, Konsultation, Abschreckung und Verteidigung sowie Krisenbewältigung zu den grundlegenden Sicherheitsaufgaben der NATO zählt. Darüber hinaus weisen fast alle Gipfelinitiativen eine Partnerschaftsdimension auf, sei es der Aktionsplan zur Mitgliedschaft (APM), die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI), die Initiative Südosteuropa, der politisch-militärische Rahmen für NATO-geführte PfP-Operationen oder auch die vertiefte und operativer gestaltete Partnerschaft.[1]

Das aktualisierte Strategische Konzept – die Marschroute der NATO zu Beginn des neuen Jahrhunderts – spiegelt die tiefgreifenden geopolitischen Veränderungen der letzten zehn Jahre wider und erkennt an, dass den Partnerstaaten der NATO im Hinblick auf künftige Sicherheitsaufgaben größere Bedeutung zukommt. Die Bündnisstaaten bekennen sich unverändert zur Gewährleistung der militärischen Fähigkeiten, die erforderlich sind, um das gesamte Spektrum absehbarer Szenarien allein bewältigen zu können. Sie wollen sich jedoch in Zukunft mehr darauf konzentrieren, die Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten, welche die Ziele des Bündnisses teilen, auszubauen und diese Staaten politisch und militärisch in die Bemühungen um die Förderung der euro-atlantischen Sicherheit einzubinden.

Diese Strategie machte sich während der Kosovo-Krise bezahlt. Die Partnerstaaten erwiesen sich gegenüber dem Konflikt als eine Wertegemeinschaft mit gemeinsamer Zielsetzung, und ihre politische Unterstützung der NATO-Operationen stärkte deren Legitimität. Die Nachbarstaaten der Bundesrepublik Jugoslawien leisteten den NATO-Staaten ebenfalls praktische Unterstützung, auch dadurch, dass sie ihnen Zugang zu ihrem Luftraum gewährten. Die Truppenkontingente der Partnerstaaten sind zur langfristigen Sicherung der Entsendung von Streitkräften für die parallel durchgeführten multinationalen SFOR- und KFOR-Operationen von zentraler Bedeutung.

Ein Ansatz, der sich an Fähigkeiten orientiert

Die Balkanoperationen bewiesen, dass die NATO-Strategie, Partnerstaaten in die militärischen Bemühungen des Bündnisses einzubeziehen, zum Erfolg führt. Zudem ließen sie die Notwendigkeit erkennen, Defiziten auf dem Gebiet der Verteidigungsfähigkeiten abzuhelfen sowie künftige multinationale Operationen, die auch auf niedrigeren Kommandoebenen einen höheren Grad an Interoperabilität und Multinationalität erfordern werden, zu planen und vorzubereiten.

Gestützt auf die frühere militärische Zusammenarbeit bot der Washingtoner Gipfel mit Hilfe des Konzepts operativer Fähigkeiten die Möglichkeit, die Fähigkeit der Partnerstaaten und der NATO-Staaten zu stärken, bei künftigen Krisenoperationen gemeinsam vorzugehen. Die Durchführung des

(1) Vgl. auch Auf dem Weg zu einer Partnerschaft für das 21. Jahrhundert – Charles J. Dale, NATO BRIEF 2/99, S. 29.

Konzepts wird die Bemühungen der NATO-Staaten um einen Ausbau ihrer Fähigkeiten auf den zentralen DCI-Gebieten ergänzen und die Bestimmung der Streitkräfte erleichtern, die künftig zur Einleitung und Aufrechterhaltung von NATO-geführten PfP-Operationen zur Verfügung stehen.

Die Arbeitsbeziehungen zwischen Hauptquartieren, Stäben und Einheiten der Partnerstaaten und der NATO-Staaten werden als Vorbereitung auf künftige multinationale Operationen gestärkt. Das Erweiterungprogramm für PfP-Aus- und -Fortbildung, das ebenfalls auf dem Gipfeltreffen gebilligt wurde, wird der Partnerschaft insofern eine operativere Ausrichtung geben, als es gezieltere Investitionen in die Qualifikationen des Personals ermöglicht.

Der Planungs- und Überprüfungsprozess wird mit dem Ziel erweitert und angepasst, die Interoperabilität und die Fähigkeiten der für PfP-Aktivitäten zur Verfügung stehenden Streitkräfte zu verbessern. Auf operativer Ebene werden die im Prinzip für PfP-Operationen unter der Leitung der NATO verfügbaren Streitkräfte und Dispositive bestimmt und im Hinblick auf die Verteidigungsplanung die jeweiligen Streitkräfteziele festgelegt. Im politischen Bereich haben die Partnerstaaten seit 1999 die Möglichkeit, auf Ministerebene mit den NATO-Staaten zusammenzuarbeiten, um der weiteren Entwicklung ihrer Fähigkeiten die von ihnen gewünschte strategische Ausrichtung zu geben.

Ein politisches Angebot

In dem Maße wie die NATO-Staaten um die Einbeziehung von Partnerstaaten in ihre künftigen Operationen bemüht sind, fordern die Partnerstaaten für sich eine aktivere Rolle bei der Festlegung der politischen Leitlinien und der Aufsichtsmechanismen für solche Operationen. Der in Washington angenommene politisch-militärische Rahmen für NATO-geführte PfP-Operationen bietet darauf die Antwort, indem er die Prinzipien und Methoden für die Einbindung der Partnerstaaten in politische Konsultationen und Beschlussfassungsverfahren sowie in die Operationsplanung und die Führungsregelungen festlegt.

Partnerstaaten, die Truppenkontingente stellen, kommen schon jetzt auf politischer und militärischer Ebene mit den 19 NATO-Staaten zu Konsultationen über SFOR- und KFOR-Angelegenheiten zusammen. Diese Treffen verleihen der engen militärischen Zusammenarbeit vor Ort eine wichtige politische Dimension. Vor dem Hintergrund der Kosovo-Krise sollen die Konsultations- und Beschlussfassungsmechanismen nun im Einklang mit dem politisch-militärischen Rahmen verbessert werden, damit sich ihre Funktionsfähigkeit auch unter dem Zeitdruck von Krisenreaktionseinsätzen erhöhen lässt.

Ein regionaler Schwerpunkt bezüglich der Krisenbewältigung

In Südosteuropa leistet die PfP einen immer wichtiger werdenden Beitrag zur Bewältigung der Krise, zu vertrauensbildenden Maßnahmen und letztlich zur Verhinderung eines erneuten Konflikts. Im Hinblick auf die multilateralen Bemühungen um die Unterstützung des Friedens und der Stabilität, die wiederum Teil einer umfassenden Strategie zur Erreichung dauerhafter, realistischer Lösungen sind, bildet diese Partnerschaft eines der zentralen Instrumente der Völkergemeinschaft. Die Stärke der PfP liegt in der Flexibilität und der großen Bandbreite praktischer Maßnahmen, die genau

Schwedische KFOR-Soldaten am 12. Dezember 1999 bei der Registrierung einer Pistole, die bei einem Kosovo-Albaner gefunden wurde, bevor er Granica, ein Dorf mit serbischer Bevölkerungsmehrheit mitten im Kosovo, erreicht hatte. © Belga

auf die Umstände und Erfordernisse von Staaten einer bestimmten Region zugeschnitten werden können.

Auf dem Gebiet der Krisenbewältigung und der Konfliktverhütung ist das Potential der Partnerschaft noch nicht voll ausgeschöpft worden. Die operativ ausgerichtete Partnerschaft leistet jedoch bereits einen Beitrag zur Bewältigung von Krisen, indem sie die Einleitung und Fortführung von Operationen während eines Konflikts erleichtert; erreicht wird dies durch gezielte Programme der Sicherheitszusammenarbeit sofort nach dem Ende eines Konflikts sowie durch vertrauensbildende Maßnahmen und Konsultationsmechanismen, mit denen der Ausbruch bzw. ein Wiederaufflammen von Konflikten verhindert werden soll.

Ein funktionaler Schwerpunkt bezüglich der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft

Die PfP ergänzt auch den Aktionsplan zur Mitgliedschaft, der beitrittswilligen Staaten bei der Vorbereitung ihrer Aufnahmeanträge hilft. Bezüglich Verteidigungsfragen und auf militärischem Gebiet stützt sich der Aktionsplan in hohem Maße auf die PfP, die als wichtige Übungsmöglichkeit gilt, mit deren Hilfe sich die beitrittswilligen Partnerstaaten auf die Aufgaben und Pflichten im Zusammenhang mit der gemeinsamen Sicherheit und der kollektiven Verteidigung vorbereiten und ihre individuellen PfP-Programme und –Pläne entsprechend konzipieren können. Umgekehrt wird die für den Aktionsplan charakteristische Betonung besserer Rückkopplungs- und Bewertungsmechanismen auch die Partnerschaft stärken.

Die Partnerschaft beruht auf Gegenseitigkeit

Die Partnerschaft ist nun ein fester Bestandteil der Aufgaben und Aktivitäten der NATO. Ihre Instrumente und Arbeitsmethoden bieten politischen Entscheidungsträgern, die sich auf bestimmte Fragen oder Regionen konzentrieren wollen, verschiedene Möglichkeiten, die Unterstützung interessierter Staaten zu mobilisieren; so können sie ihren Handlungsspielraum vergrößern und ihre Vorstellungen rasch in die Praxis umsetzen. Die Partnerschaft zeichnet sich durch Dynamik aus. Sie hat den Anstoß zu zahlreichen Initiativen gegeben, die darauf abzielen, einen Beitrag zur euro-atlantischen Sicherheit und Stabilität zu leisten, und sie wird sich in dem Maße weiterentwickeln, wie sich die NATO-Mitglieder und ihre Partnerstaaten weitere Möglichkeiten zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit erschließen wollen.

Als Teil der neuen grundlegenden Sicherheitsaufgaben der NATO wird die Partnerschaft im Sinne einer besseren Vorbereitung auf gemeinsame Maßnahmen einen höheren Grad an Interoperabilität und Multinationalität sowie eine stärkere Einbindung von Truppenstellern in die Beschlussfassung fördern. Die Partnerschaft beruht auf Gegenseitigkeit, aber letztlich bietet sie politischen Entscheidungsträgern die Möglichkeit, jede Situation zu ihrem Vorteil zu nutzen und Herausforderungen als Chancen anzunehmen. ■

Ein russischer KFOR-Soldat (links) und seine amerikanischen Kollegen am 16. Juli 1999 beim Verteilen von Handzetteln, auf denen Dörfer mit gemischter Bevölkerung etwa 30 km östlich von Pristina während einer gemeinsamen Operation in albanischer und serbischer Sprache zur Unterstützung der KFOR aufgerufen werden.
© Belga

Ein belgisches F-16-Kampfflugzeug beim Flug durch die Wolken. © Belga

Neue Schlagkraft für die Luftstreitkräfte des neuen Jahrtausends

General Gregory S. Martin
Befehlshaber, Alliierte Luftstreitkräfte Europa Nord

Am 3. März 2000 wurde der Kommandobereich der NATO-Luftstreitkräfte in Europa so umorganisiert, dass aus drei Regionen zwei wurden: die Region Nord und die Region Süd mit den Alpen als Trennlinie. Durch die neue Kommandostruktur wurde die Zahl der NATO-Hauptquartiere von mehr als 60 auf lediglich 20 gesenkt. Im folgenden Beitrag wird geprüft, inwiefern die sich daraus ergebende schlankere und flexiblere Struktur von AIRNORTH (Luftstreitkräfte Europa Nord) besser für die unvorhersehbaren Herausforderungen des neuen strategischen Umfelds gewappnet sein wird, nämlich durch bessere Führungssysteme für Luftoperationen, eine Struktur zur Sicherung der Luftraumkontrolle in der gesamten Region sowie durch mehr Flexibilität und eine bessere Dislozierbarkeit.

Die Umstrukturierung des Luftkommandos der NATO betraf in erster Linie den Norden Europas, wo die alten Kommandobereiche AFCENT (Alliierte Streitkräfte Europa Mitte) und AFNORTHWEST (Alliierte Streitkräfte Europa Nordwest) zum neuen Kommandobereich AFNORTH (Alliierte Streitkräfte Europa Nord) zusammengefasst wurden. Das Hauptquartier der regionalen Luftstreitkräfte (HQ AIRNORTH) befindet sich in Ramstein. Diese Umstrukturierung ist hauptsächlich als Reaktion darauf erfolgt, dass an die Stelle der früheren monolithischen Bedrohung durch den Osten die neue, eher diffuse und ungewisse Bedrohung getreten ist, die für das neue strategische Umfeld kennzeichnend ist.

Engere Verbindung zwischen der Befehls- und Durchführungsebene im Bereich der Luftstreitkräfte

Die fünf multinationalen Gefechtsstände für Luftoperationen (CAOCs – Combined Air Operations Centres) sind der ausführende Arm des Befehlshabers der regionalen Luftstreitkräfte (COMAIRNORTH). Sie sind für die tägliche Auftragserteilung an die Einsatzflugplätze der Region sowie für die Kontrolle und Bewertung regionaler Lufteinsätze zuständig. Im Rahmen der neuen Struktur sind die CAOCs zu permanenten Führungselementen von HQ AIRNORTH geworden, was uns ermöglicht, sie nach einem bündnisweiten gemeinsamen Standard zu strukturieren, personell zu besetzen und auszubilden. Dank dieser modularen Struktur können von Nordnorwegen bis zum Süden der Türkei alle CAOCs problemlos erweitert oder verkleinert werden oder auch andere CAOCs verstärken, so dass ihre Luftstreitkräfte – wo und wann immer erforderlich – taktisch geführt werden können.

Zuverlässige Luftraumkontrolle

Wir haben bereits für die gesamte Region Nord einschließlich der Tschechischen Republik und Polens ein klares Bild der Luftlage. Dies gewährleistet eine vollständige Radarüberwachung unseres Luftraums für die Zwecke der Luftraumkontrolle und der entscheidend wichtigen Wahrung der Lufthoheit.

Die grenzüberschreitende Luftraumkontrolle funktioniert zwischen Deutschland und den Benelux-Staaten ausgezeichnet. Nun wird darauf hingearbeitet, diesen Erfolg auszuweiten und eine nahtlose grenzüberschreitende Interoperabilität aller CAOCs und Kampfflugzeuge der gesamten Region zu erreichen. Die polnischen und tschechischen Einheiten, die

derzeit dem taktischen Kommando der multinationalen CAOCs 2 und 4 in Deutschland unterstellt sind, lassen sich mit ihren sicheren Duplex-Fernmeldesystemen als bemerkenswerte Beispiele für diese Interoperabilität anführen. Von zentraler Bedeutung wird es hier sein, gemeinsame Bereitschaftsgrade festzulegen und die Standardisierung der Waffenzuladungen weitestmöglich voranzutreiben.

Auf diese Weise werden wir in der Lage sein, unseren Luftraum über der gesamten Region, von Nordnorwegen bis zu den Alpen, mit uneingeschränkter Flexibilität zu überwachen.

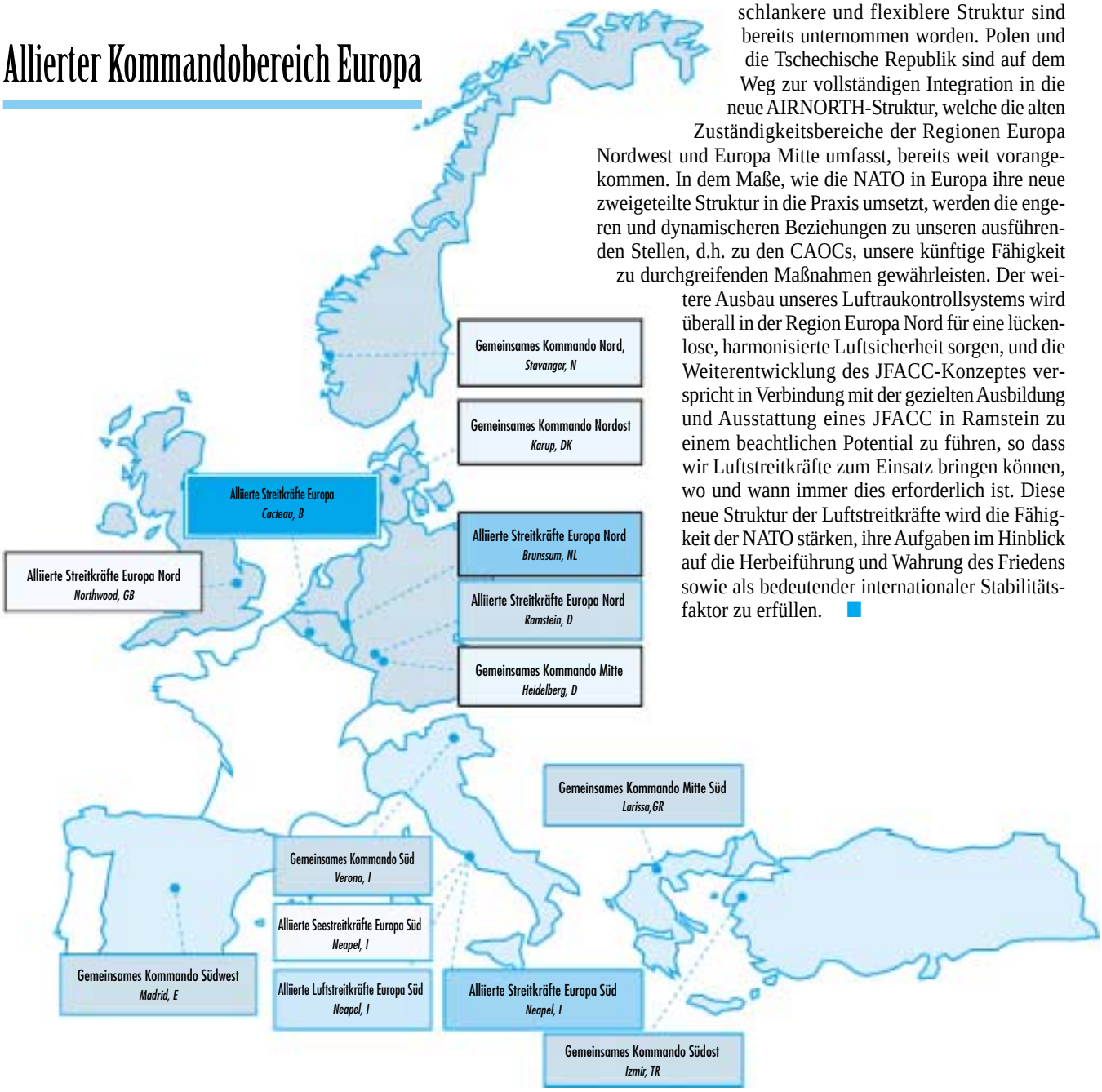
Das JFACC – verlegefähige Luftstreitkräfte

Das Teilstreitkraftkommando JFACC (Joint Forces Air Component Command) bildet die Luftwaffenkomponente eines verlegefähigen Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF – Combined Joint Task Force). Es soll aufgestellt und dislozierт werden, wo immer dies zur Erfüllung bestimmter NATO-Aufgaben erforderlich ist, z.B. als Reaktion auf eine Krise wie letztes Jahr im Kosovo. Den personellen Kern eines JFACC bildet Führungspersonal von HQ AIRNORTH, das – verstärkt durch externe Fachkräfte – die Entwicklung der NATO-Doktrinen und –Verfahren für ein JFACC vorantreibt. Das JFACC von AIRNORTH stellt ein beachtliches Potential dar; es ist leicht und schlank sowie innerhalb weniger Stunden einsatzbereit und dislozierbar, um Luftoperationen durchzuführen, wo immer dies im heutigen unberechenbaren Sicherheitsumfeld erforderlich ist.

Eine schlankere und flexiblere Struktur

Die ersten Schritte in Richtung auf eine schlankere und flexiblere Struktur sind bereits unternommen worden. Polen und die Tschechische Republik sind auf dem Weg zur vollständigen Integration in die neue AIRNORTH-Struktur, welche die alten Zuständigkeitsbereiche der Regionen Europa Nordwest und Europa Mitte umfasst, bereits weit vorangekommen. In dem Maße, wie die NATO in Europa ihre neue zweigeteilte Struktur in die Praxis umsetzt, werden die engeren und dynamischeren Beziehungen zu unseren ausführenden Stellen, d.h. zu den CAOCs, unsere künftige Fähigkeit zu durchgreifenden Maßnahmen gewährleisten. Der weitere Ausbau unseres Luftraukontrollsystems wird überall in der Region Europa Nord für eine lückenlose, harmonisierte Luftsicherheit sorgen, und die Weiterentwicklung des JFACC-Konzeptes verspricht in Verbindung mit der gezielten Ausbildung und Ausstattung eines JFACC in Ramstein zu einem beachtlichen Potential zu führen, so dass wir Luftstreitkräfte zum Einsatz bringen können, wo und wann immer dies erforderlich ist. Diese neue Struktur der Luftstreitkräfte wird die Fähigkeit der NATO stärken, ihre Aufgaben im Hinblick auf die Herbeiführung und Wahrung des Friedens sowie als bedeutender internationaler Stabilitätsfaktor zu erfüllen. ■

Allierter Kommandobereich Europa



Die Notwendigkeit von Reservestreitkräften zur Stärkung der Bündnisfähigkeiten

Pierre Segers
Generalmajor (Luftwaffe),
NRFC-Vorsitzender

Eric Thiry
Oberstleutnant der Reserve (Luftwaffe)
CIOR-Präsident

Durch den derzeit in den meisten NATO-Staaten zu beobachtenden Abbau der aktiven Streitkräfte wird es noch viel wichtiger, Reservekräfte und ihre Erfahrungen effektiv zu nutzen. Reservekräfte brauchen jedoch eine angemessene Ausbildung und die richtige Vorbereitung auf ihre Aufgaben, und ihre Verfügbarkeit ist vom politischen Willen und der Unterstützung durch den zivilen Sektor der einzelnen Staaten abhängig. Unterstützungsprogramme für Arbeitgeber sowie eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich sind dringend erforderlich.

Man ist sich nun in weiten Kreisen darin einig, dass die Fähigkeiten der ständigen Streitkräfte der NATO-Staaten durch die effektive Integration und Verwendung von Reservestreitkräften gestärkt werden können. Durch den derzeit in den meisten NATO-Staaten stattfindenden Abbau der aktiven Streitkräfte wird es umso nötiger, Reservisten und ihre im zivilen Sektor gesammelten Erfahrungen effektiver zu nutzen, insbesondere in Bezug auf Führungsangelegenheiten. Auf dem Gebiet der zivil-militärischen Zusammenarbeit wird die Verwendung von Offizieren und Unteroffizieren der Reserve immer positiver beurteilt.

Die Bedeutung der Reservestreitkräfte für das Bündnis wurde im neuen Strategischen Konzept, das im April 1999 von den Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten auf dem Gipfeltreffen in Washington angenommen wurde, offiziell anerkannt; dort heißt es: *„Das Bündnis muß in der Lage sein, größere Streitkräfte aufwachsen zu lassen, durch Verstärkung, Mobilmachung von Reserven oder, soweit erforderlich, Aufbau zusätzlicher Truppenverbände, sowohl als Reaktion auf etwaige grundlegende Veränderungen des Sicherheitsumfelds als auch für begrenzte Erfordernisse.“*

Durch das neue Strategische Konzept, das im April 1999 auf dem Washingtoner NATO-Gipfel angenommen wurde, wird die Bedeutung von Reservestreitkräften für das Bündnis offiziell anerkannt. © CIOR

Reservestreitkräfte müssen jedoch gut ausgebildet sein und angemessen auf die ihnen übertragenen Aufgaben vorbereitet werden. Ihre Verfügbarkeit ist von mehreren national bedingten Faktoren abhängig, z.B. vom jeweiligen politischen Willen und von der Unterstützung seitens des zivilen Sektors und der Arbeitgeber. Dringend erforderlich sind Unterstützungsprogramme für Arbeitgeber, und die zivil-militärische Zusammenarbeit und Koordination ist überall dort sicherzustellen, wo dies bisher noch nicht geschehen ist. Ein solches Vorgehen kann für beide Seiten vorteilhaft sein, da sich die von Reservisten im militärischen Bereich gesammelten Erfahrungen auch im zivilen Sektor als äußerst wertvoll erweisen können.

Förderung gut ausgebildeter Reservestreitkräfte

Der Interalliierte Verband der Reserveoffiziere (CIOR – Confédération Interalliée des Officiers de Réserve) und der Ausschuss für nationale Reservestreitkräfte (NRFC – National Reserve Forces Committee) haben ein gemeinsames Interesse daran, das Ausbildungsniveau und die Verwendung von Reservisten zu fördern; sie arbeiten daher eng zusammen. Die beiden Organisationen werden im NATO-Rahmendokument zu den Reservestreitkräften (1999)[1] als Gremien anerkannt, die auf Angelegenheiten der Reservisten einen unmittelbaren Einfluss haben.

Der CIOR ist ein teilstreitkraftübergreifender Bündnisverband der nationalen Reserveoffizierverbände aller NATO-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Islands, das keine Streitkräfte hat). Er ist ein Zusammenschluss von mehr als 800 000 Offizieren aus 18 verschiedenen Staaten, einschließlich Mitgliedern der Confédération Interalliée des Officiers Médicaux de Réserve (CIOMR), eines dem CIOR angeschlossenen Verbands der Sanitätsoffiziere innerhalb der Reservestreitkräfte der NATO-Staaten.

Der CIOR wurde 1948 gegründet und wird seit 1976 offiziell vom Bündnis anerkannt; er zielt darauf ab, nationalen Behörden sowohl im Hinblick auf die gemeinsame Verteidigung als auch bezüglich neuer NATO-Aufgaben die Verbesserung der Fähigkeiten von Reservestreitkräften nahe zu legen, die Teilnahme von Reservisten an NATO-Aktivitäten zu fördern und sicherzustellen, dass das Bündnis besser über die Ziele und das Potential des CIOR informiert ist.

Jedes Jahr werden zwei große internationale Tagungen sowie ein militärischer Wettbewerb für Reserveoffiziere und eine Arbeitstagung für Nachwuchsoffiziere der Reservestreitkräfte veranstaltet. Zur Zeit stellt Belgien den CIOR-Präsidenten. Im August 2000 wird Dänemark die Präsidentschaft auf dem Kongress in Berlin für zwei Jahre übernehmen.

Der NRFC ist ein Ausschuss, der sich aus hochrangigen Beamten der NATO-Mitgliedstaaten zusammensetzt. Durch Verbindungsoffiziere sind in ihm sowohl der Internationale Militärstab als auch das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte Europa (SHAPE) vertreten. Seine wichtigsten Ziele bestehen darin, die Einsatzbereitschaft der NATO-Reservestreitkräfte zu verbessern, den Militärausschuss bei allgemeinen Fragen im Zusammenhang mit Reservestreitkräften zu beraten sowie den CIOR zu beraten und zu unterstützen. ■

Algerien neuer Teilnehmer des Mittelmeerdialogs

Am 8. März 2000 nahm die Demokratische Volksrepublik Algerien die Einladung des Nordatlantikrats an und wurde Teilnehmer des Mittelmeerdialogs.

Der Mittelmeerdialog der NATO wurde 1994 in die Wege geleitet; er spiegelt die Ansicht des Bündnisses wider, dass die Sicherheit Europas eng mit der Sicherheit und Stabilität des Mittelmeerraums verknüpft ist. Die Bündnispartner sind zuversichtlich, dass Algerien die Ziele des Dialogs – Herstellung positiver, tragfähiger und freundschaftlicher Beziehungen zwischen allen Staaten der Region sowie Verbesserung des Verständnisses füreinander – fördern und so zur Sicherheit und Stabilität des Mittelmeerraums beitragen wird.

Sieben nicht der NATO angehörende Staaten – Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien – sind nun Teilnehmer des Dialogs, der andere internationale Bemühungen wie den Barcelona-Prozess und den Nahost-Friedensprozess der EU ergänzen soll.

Am 5. Juli 1999 verspricht der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika der besorgten Bevölkerung in seiner ersten Fernsehansprache nach der Wahl vom April 1999, in Algerien auf eine nationale Aussöhnung hinzuarbeiten. © Belga

►

(1) Das Rahmendokument wurde am 20. April 1999 vom NATO-Militärausschuss gebilligt (vgl. MC 441) und am 28. Mai 1999 vom Rat zur Kenntnis genommen.

NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 21. Oktober 1999 während seines Besuchs in Sarajewo (Bosnien und Herzegowina) im Gespräch mit Passanten.

Dokumentation

TAGUNG DES NORDATLANTIKRATS AUF AUßENMINISTEREBENE

Brüssel, den 15. Dezember 1999

1. Auf unserem heutigen Treffen haben wir die bedeutenden Leistungen der NATO im Jahre 1999 in Erinnerung gerufen:

- Wir haben auf dem Gipfeltreffen in Washington die Vision der NATO für das 21. Jahrhundert dargelegt sowie ein aktualisiertes Strategisches Konzept gebilligt und auf diesem Gipfel auch den 50. Jahrestag der Allianz gefeiert;
- wir haben als neue Mitglieder die Tschechische Republik, Ungarn und Polen aufgenommen; und
- wir haben insbesondere durch die Durchführung unserer Luftoperation und die anschließende Stationierung von KFOR entscheidend zum Ziel der internationalen Gemeinschaft beigetragen, die Grundlage für dauerhaften Frieden und Stabilität im Kosovo zu schaffen.

Wir haben die Fortschritte zur Umsetzung der Washingtoner Gipfelentscheidungen überprüft und Schritte zur weiteren Anpassung der Allianz an das neue Sicherheitsumfeld ergriffen. Wir haben das Bekenntnis der Allianz zu ihren grundlegenden Sicherheitsaufgaben, wie sie im Strategischen Konzept definiert sind, sowie die Wichtigkeit unserer individuellen und kollektiven Anstrengungen bekräftigt, um unser Leitziel zu verwirklichen, nämlich Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum zu festigen.

2. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen auf dem Balkan haben wir in einer Bestandsaufnahme den umfassenden Ansatz und das weitere Engagement der NATO geprüft, Sicherheit, Stabilität, Frieden und Demokratie sowie die friedliche Beilegung von Streitigkeiten in der Region zu fördern, auch durch die NATO-geführten Operationen in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo sowie die Umsetzung der Südosteuropa-Initiative der NATO. Durch den Ständigen NATO-Rat und die militärischen Dienststellen der NATO überwachen wir die Lage in der ganzen Region weiterhin eng.

3. Wir zollen den Männern und Frauen aller Nationen, die auf dem Balkan ihren Dienst in der Truppe versehen, Anerkennung für ihren professionellen Einsatz und ihre Pflichterfüllung für Frieden und Stabilität. Wir sprechen den Familien derjenigen unsere tiefe Anteilnahme aus, die für die Sache des Friedens ihr Leben gelassen und Verletzungen davongetragen haben.

4. Durch die Kosovo-Luftoperation, die den Zusammenhalt sowie die Geschlossenheit der Allianz und ihre Entschlossenheit zum Handeln unter Beweis gestellt hat, wurden die diplomatischen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft gestärkt und die Hauptziele der NATO-Mitglieder und ihrer Partner erreicht. Der humanitären Katastrophe ist ein Ende gesetzt worden; etwa 850000 Flüchtlinge sind heimgekehrt; eine von der NATO-geführte internationale Friedenstruppe (KFOR) wurde erfolgreich stationiert; und die internationale Gemeinschaft hat die Verantwortung für die zivile Verwaltung durch die VN-Mission im Kosovo (UNMIK) übernommen.

5. Wir sind entschlossen, unseren Teil dazu beizutragen, um die Ziele der internationalen Gemeinschaft nach Maßgabe der VN-Sicherheitsratsresolution 1244 vollständig zu erfüllen. Wir treten weiterhin für ein friedliches, multiethnisches und demokratisches Kosovo ein, in dem alle Völker in Frieden und Sicherheit leben und die universellen Menschenrechte und Freiheiten gleichberechtigt genießen können, auch durch die Teilhabe an demokratischen Institutionen.

Wir haben die Fortschritte zur Kenntnis genommen, die zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität seit der gemäß Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats erfolgten Stationierung von KFOR im Kosovo erzielt worden sind, besonders den Rückgang der Gewalt und die Wiedereinrichtung ziviler Institutionen. Wir würdigen die Arbeit von UNMIK und freuen uns über das ausgezeichnete Maß an Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen KFOR und UNMIK. Enge zivil-militärische Beziehungen sind wesentliche Voraussetzung für den Erfolg unserer gemeinsamen Ziele und unserer Anstrengungen zum Aufbau des Friedens in der Region. Vor diesem Hintergrund haben wir Dr. Kouchner, den Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs, zum morgigen Treffen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats eingeladen.

6. Wenngleich Fortschritte erzielt wurden, bleibt noch viel zu tun, besonders zum weiteren Schutz aller ethnischen Gruppen und Minderheiten. Wir verurteilen alle Gewaltakte und Drohgebärden, von wem auch immer sie ausgehen. Wir unterstreichen die Entschlossenheit von KFOR, ethnisch motivierter Gewalt ein Ende zu setzen und zügig und entschlossen gegen alle Täter vorzugehen, auch durch den Erhalt einer wirksamen Militärpräsenz in serbischen Minderheitsgebieten. Wir stellen ganz besonders die Entschlossenheit von KFOR heraus, Waffenhandel, unerlaubten Besitz von Waffen und den Aufbau paralleler Strukturen zu bekämpfen, die eine Gefährdung für die Ziele von KFOR oder UNMIK bzw. die Rechtsstaatlichkeit darstellen; ferner die Entschlossenheit von KFOR, die Sicherheit an den inneren und äußeren Grenzen des Kosovo zu überwachen und zu gewährleisten, und mit UNMIK zusammenzuarbeiten, um eine Kantonisierung zu vermeiden.

Die Verwirklichung der Entmilitarisierung und der Auflösung der Kosovo-Befreiungsarmee (KLA) unter der Aufsicht von KFOR war ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines Umfelds für die Aussöhnung nach dem Konflikt. Wir begrüßen die Aufstellung eines zivilen, multiethnischen Kosovo-Schutzkorps (KPC), als weiteren wichtigen Schritt zur Entwicklung einer zivilen Gesellschaft zum Wohle aller Gemeinden. Die enge Kontrolle des KPC durch UNMIK und KFOR ist essentiell. Wir unterstreichen die feste Absicht von KFOR, unter der Gesamtautorität des Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs, weiterhin tägliche operative Weisungen und Aufträge zu erteilen.

KFOR wird weiter eng mit UNMIK zusammenarbeiten, um die Anstrengungen dieser Mission zur Einrichtung einer voll funktionsfähigen Verwaltung und demokratischer Institutionen zu unterstützen, die Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte zu fördern und die sichere Heimkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen sicherzustellen. Es wird von entscheidender Bedeutung sein, dass UNMIK über ausreichende finanzielle und personelle Mittel verfügt, um ihren Auftrag zu erfüllen, besonders im Bereich der örtlichen Verwaltung und der zivilen internationalen Polizei. Wir werden auch in Zukunft alles in unserer Macht Stehende tun, um ein sicheres Umfeld zu gewährleisten und die Durchführung freier und fairer Wahlen, die im nächsten Jahr unter der Schirmherrschaft der OSZE stattfinden sollen, in geeigneter Weise zu unterstützen. Wir werden ferner die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien weiter tatkräftig unterstützen.

7. Wir appellieren eindringlich an die Führer aller Gemeinden im Kosovo, ungeachtet ihrer ethnischen Abstammung, untereinander und mit der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau des Kosovo und der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft auf der

Grundlage der Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Achtung der Menschenrechte zusammenzuarbeiten. Wir fordern insbesondere die Führung der kosovar-albanischen Gemeinschaft auf, der Gewalt zu entsagen, unter Beweis zu stellen, dass sie für ein tolerantes, demokratisches und multiethnisches Kosovo eintritt und mit UNMIK und KFOR gegen diejenigen zusammenzuarbeiten, die Gewalt befürworten und anwenden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir

den Aufbau einer gemeinsamen Interims-Verwaltungsstruktur durch UNMIK, und insbesondere die Einsetzung eines Interims-Verwaltungsrates. Wir sind ermutigt durch die Zusagen der kosovar-albanischen Seite, diese Strukturen mitzutragen und unterstreichen die Wichtigkeit der baldigen Beteiligung von Vertretern aller Völker des Kosovo, auch der serbischen Gemeinschaft. Wir erwarten von allen Parteien, dass sie uneingeschränkt mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zusammenarbeiten, unter anderem auch dadurch, dass sie die Durchführung seiner Ermittlungen erleichtern. Die weitere Unterstützung der internationalen Gemeinschaft wird von einer angemessenen Reaktion auf diese Forderungen abhängen.

8. Unsere gemeinsamen Anstrengungen im Kosovo zeigen den Wert der Konzeption der sich gegenseitig verstärkenden Institutionen – einer Konzeption, für die die Allianz seit langem eintritt. In diesem Zusammenhang sind unsere individuellen bilateralen Anstrengungen, die substantielle Rolle der EU und anderer internationaler Stellen ein wesentlicher Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Kosovo. Unsere Anerkennung gilt auch dem UNHCR für die Organisation von Hilfsanstrengungen und die Wiederansiedlung der Bevölkerungsgruppen, dem VN-Zentrum für Antiminenprogramme für seine Rolle zur Koordinierung der Minenbeseitigung und ebenso der OSZE für ihre Arbeit zum Aufbau der Institutionen, zur Förderung der Menschenrechte und zur Ausbildung der Polizeitruppe im Kosovo. Wir würdigen ferner die bedeutende Rolle der vielen nichtstaatlichen Organisationen.

9. Wir sprechen Partnerländern der Region unsere große Anerkennung für die tatkräftige praktische und politische Unterstützung aus, die sie während der gesamten Luftoperation und danach geleistet haben. Diese Unterstützung war und ist weiterhin ausschlaggebend für den Erfolg. Wir erneuern insbesondere unseren Dank an Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien[1]) für die laufenden Anstrengungen zur Unterstützung von KFOR.

Wir sind Partnern der NATO und anderen Nationen dankbar für die substantiellen Beiträge, die sie leisten, um dem Balkan Frieden und Stabilität zu bringen und die dem Bekenntnis dieser Länder zu unseren gemeinsamen Werten praktisch Ausdruck verleihen.

10. Die Krise im Kosovo hat gezeigt, wie unumstößlich die Friedensvereinbarung von Dayton/Paris ist. Die Allianz engagiert sich weiter für eine friedliche Zukunft von Bosnien und Herzegowina als einheitlicher demokratischer Staat mit zwei multiethnischen Gebietseinheiten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska. Wir sind ermutigt durch die weiteren Fortschritte zur vollständigen Umsetzung der Vereinbarung von Dayton. Wir begrüßen die Ernennung von Botschafter Petritsch zum Hohen Repräsentanten, dessen tatkräftiges Vorgehen zur Umsetzung der Vereinbarung von Dayton wir ausdrücklich unterstützen. Wir stellen besonders die Fortschritte in folgenden Bereichen fest:

- die Entwicklung funktionsfähiger ziviler Institutionen;
- die wachsende Zahl heimkehrender Flüchtlinge, besonders in Gebiete, in denen die Flüchtlinge eine Minderheit darstellen;
- den zivilen Wiederaufbau;
- die Reduzierung von Waffenbeständen; und
- die Gestaltung der Rolle des Ständigen Militärausschusses.

Wir begrüßen auch die Fortschritte in den laufenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung im Rahmen der Vereinbarung von Dayton, die zum Ziel haben, ein regionales Gleichgewicht im ehemaligen Jugoslawien und der umliegenden Region herzustellen. Wir appellieren eindringlich an alle Parteien, ihr Eintreten für den Prozess von Dayton und ihre Zusammenarbeit mit dem Hohen Repräsentanten uneingeschränkt unter Beweis zu stellen, als Grundlage für weitere Fortschritte in der Übertragung der administrativen Verantwortung auf örtliche Behörden.

11. SFOR hat mitgeholfen, ein stabileres und sichereres Umfeld in Bosnien und Herzegowina zu schaffen. Es ist daher möglich geworden, bedeutende Umstrukturierungen vorzunehmen. Ab Anfang nächsten Jahres wird eine kleinere, flexiblere Truppe in der Region stationiert sein, die weiterhin ohne Einschränkung zur Durchführung ihres Mandats befähigt ist. SFOR wird auch in Zukunft zur Wahrung eines sicheren Umfelds beitragen und bei der zivilen Umsetzung zielgerichtet und konzentriert mitwirken. Dazu befürworten wir uneingeschränkt die enge Arbeitsbeziehung von SFOR mit dem Hohen Repräsentanten und anderen zivilen Stellen in Bosnien und Herzegowina, und ganz besonders die weitere tatkräftige Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemaligen Jugoslawien durch SPOR, um angeklagte Kriegsverbrecher der Gerichtsbarkeit zu überstellen.

12. Trotz dieser ermutigenden Fortschritte bestehen wichtige Herausforderungen fort, zum Beispiel:

- die Rückkehr Vertriebener in Minderheitengebiete;
- die weitere Reduzierung der Streitkräfte beider Gebietseinheiten;
- weiterer Fortschritt in der humanitären Minenbeseitigung;
- die Verbesserung der Funktionstüchtigkeit aller gemeinsamen Institutionen, insbesondere des Parlaments von Bosnien und Herzegowina, sowie der Zusammenarbeit zwischen den Gebietseinheiten;
- die Überstellung angeklagter Kriegsverbrecher an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien;
- der Kampf gegen Korruption, organisiertes Verbrechen sowie illegale Geheimdienste;
- die Justiz- und Polizeireform; und
- die Einrichtung eines staatlichen Grenzschutzes.

Dementsprechend erwarten wir von den Gebietseinheiten, dass sie uneingeschränkt zusammenarbeiten, in Abstimmung mit der Präsidentschaft, dem Ministerrat und auf allen anderen Ebenen. Wir begrüßen den Geist der Zusammenarbeit zwischen den gemeinsamen Institutionen und den Behörden beider Gebietseinheiten während der Vorbereitung zur Ausrichtung des Gipfeltreffens im Rahmen des Stabilitätspakts. Wir appellieren an die Präsidentschaft, die in der New Yorker Erklärung vom 15. November eingegangenen Verpflichtungen ohne Abstriche zu implementieren und die Arbeit des Ständigen Militärausschusses zu unterstützen. Wir fordern ferner von allen Parteien, dass sie voll und ganz mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zusammenarbeiten, besonders durch die Auslieferung von Angeklagten, die sich auf ihrem Territorium aufhalten. Ein dauerhafter Friede kann nur auf der Grundlage von Recht und Gesetz hergestellt werden. Wir betonen, dass die Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen von grundlegender Wichtigkeit ist.

Zusammen werden alle diese Schritte die Anstrengungen des Hohen Repräsentanten verstärken, die Führer und Behörden von Bosnien und Herzegowina zu den „Herren des Verfahrens" im Prozess der Umsetzung des Friedens und der Wegbereitung zur Integration ihres Landes in euro-atlantische Institutionen zu machen. Im gemeinsamen Vorsitz über den Arbeitstisch für Sicherheitsfragen im Rahmen des Stabilitätspakts kann Bosnien und Herzegowina eine wichtige Rolle zur Förderung der Stabilität in der Region spielen.

13. Die fortbestehenden Spannungen zwischen Belgrad und der demokratisch gewählten Regierung Montenegros bereiten uns weiterhin Anlass zur Sorge. Wir verfolgen daher die Entwicklungen dort mit großer Aufmerksamkeit. Wir fordern beide Seiten auf, ihre Differenzen friedlich und pragmatisch zu lösen und sich jeder destabilisierenden Maßnahme zu enthalten. Wir sagen unsere Unterstützung für das Ziel einer demokratischen Bundesrepublik Jugoslawien zu, die die Rechte aller Minderheiten schützt, auch in Wojwodina und im Sandjak. Damit würde der Weg für eine zukünftige Rückkehr der Bundesrepublik Jugoslawien in die euro-atlantische Staatengemeinschaft eröffnet.

14. Die anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kroatien werden für die Zukunft des Landes von ausschlaggebender Bedeutung sein. Wir hoffen, dass die gesamte kroatische Führung die Chance ergreift, die Umsetzung der Friedensvereinbarungen von Dayton mit neuem Leben zu erfüllen und ihr Bekenntnis zu demokratischen Wahlen und einem geregelten verfassungsrechtlichen Prozess unter Beweis stellt. Die nächste kroatische Regierung hat die Gelegenheit, sich auf eine engere Beziehung zu den euro-atlantischen Institutionen hinzubewegen.

15. Es bleibt unser Ziel, alle Länder Südosteuropas in die euro-atlantische Gemeinschaft einzubeziehen. Dazu bauen wir auf der bereits umfassenden Zusammenarbeit der Allianz in der Region auf, wie sie durch die Führungsrolle der NATO in den SFOR- und KFOR-Einsätzen sichtbar zum Ausdruck kommt. Die auf unserem Washingtoner Gipfeltreffen auf den Weg gebrachte Südosteuropa-Initiative dient ebenfalls der Verwirklichung dieses Ziels, auch durch Instrumente der Partnerschaft für den Frieden, den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und das Konsultationsforum, die alle eine wichtige Rolle in unseren Anstrengungen zur Konfliktnachsorge spielen, um dauerhaften Frieden in der Region zu schaffen. Wir haben heute einen konsolidierten Fortschrittsbericht über die Südosteuropa-Initiative entgegengenommen und stellen mit Zufriedenheit die breitgefächerten Aktivitäten fest, die bereits auf den Weg gebracht wor-

(1) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

den sind, durch die Länder der Region und durch die Bündnispartner, mit dem Ziel, Hilfsprogramme für die Staaten der Region in geeigneter Weise aufeinander abzustimmen.

Die Südosteuropa-Initiative der NATO fördert die regionale Sicherheit und Zusammenarbeit; sie unterstützt und ergänzt die Ziele des Stabilitätspakts für Südosteuropa, wie von den Ministern im Juni in Köln gebilligt und von den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen in Sarajewo im Juli bekräftigt. Die NATO beteiligt sich voll an der Arbeit des Regionaltisches und der Arbeitstische, die eingerichtet wurden, um den Stabilitätspakt zu implementieren. Die Allianz wird weiter zum Erfolg des Stabilitätspakts beitragen, indem sie ihre Fülle an Erfahrung und Fachwissen auf dem Gebiet praktischer militärischer und verteidigungsbezogener Kooperation einbringt und dafür Sorge trägt, dass unsere Anstrengungen zu den Zielen des Stabilitätspaktes beitragen und diese ergänzen.

Wir begrüßen den konstruktiven Beitrag von Partnern und anderen Nationen Südosteuropas zur Stabilisierung dieser Region. Wir begrüßen das Engagement Montenegros im Rahmen des Stabilitätspakts und sehen dem Zeitpunkt erwartungsvoll entgegen, wo die Bundesrepublik Jugoslawien in der Lage sein wird, bei dieser Anstrengung die ihr gebührende Rolle zu spielen.

Wir erteilen dem Ständigen Rat die Weisung, mit Nachdruck die verschiedenen Anstrengungen im Rahmen der Südosteuropa-Initiative sowie den Beitrag der Allianz zu den Zielen des Stabilitätspakts weiterzuführen und bis zu unserem nächsten Treffen über den Fortschritt zu berichten.

16. In ihrem Strategischen Konzept hat die NATO sich verpflichtet, zu wirksamer Konfliktverhütung beizutragen. Unsere gemeinsamen Anstrengungen zum Aufbau von Frieden und Sicherheit im Kosovo, zur Unterstützung einer friedlichen Zukunft für Bosnien und Herzegowina sowie zur Erweiterung der Zusammenarbeit – einschließlich der Sicherheitskooperation – in Südosteuropa sind beispielhaft für solche Beiträge durch die Allianz, ebenso wie die jüngsten Initiativen zur Förderung praktischer regionaler Zusammenarbeit im EAPR/PFP-Rahmen. Wir erteilen dem Ständigen Rat die Weisung, weiter Mittel und Wege zu prüfen, um einen wirksamen und kohärenten Beitrag der Allianz zu den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Konfliktverhütung und Entschärfung zu gewährleisten und uns Empfehlungen zu unterbreiten, wo und soweit angezeigt.

17. Unsere Erfahrung im Kosovo hat bestätigt, dass die NATO ihre Verteidigungsfähigkeiten weiter anpassen und verbessern muss, um die Wirksamkeit zukünftiger multinationaler

Operationen über das gesamte Spektrum der Allianzaufträge sicherzustellen. Die Umsetzung der in Washington vereinbarten Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI) wird sicherstellen, dass die NATO-Kräfte sich den Herausforderungen in Bezug auf Mobilität, Dislozierbarkeit, Durchhaltefähigkeit, Wirksamkeit im Einsatz, Überlebensfähigkeit und Interoperabilität sowie Wirksamkeit der Führungs- und Fernmeldesysteme stellen können. Die Initiative wird auch größere Interoperabilität zwischen Streitkräften der Allianz und gegebenenfalls zwischen Streitkräften von Bündnispartnern und Partnern fördern. Die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit ist von essentieller Bedeutung für die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten und des europäischen Pfeilers der NATO, damit europäische Bündnispartner in der Lage sein werden, einen stärkeren und kohärenteren Beitrag zur NATO zu leisten. Sie wird auch ihre Fähigkeit verbessern, EU-geführte Operationen durchzuführen, wenn die Allianz als Ganzes nicht engagiert ist. Wir sind ermutigt durch die bislang erzielten ersten nützlichen Ergebnisse zur Umsetzung der DCI und erwarten weitere essentielle Verbesserungen der Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses. Obgleich die Umsetzung der Initiative in erster Linie eine nationale Aufgabe ist, wird die Bereitstellung angemessener Ressourcen, einschließlich multinationaler, gemeinschaftlicher und gemeinsamer Finanzvorkehrungen, hierbei ein kritischer Faktor sein.

18. Die Entwicklung einer wirksamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität wird die Allianz stärken; wir bleiben weiterhin bereit, gemeinsame Sicherheitsziele durch diese Allianz zu verfolgen, wo immer möglich. Wir treten dafür ein, den europäischen Pfeiler der Allianz zu stärken. Auf der Grundlage der bestehenden Vorkehrungen zwischen der NATO und der WEU, wie in Berlin vereinbart und auf unserem Washingtoner Gipfel bekräftigt, unterstützen wir die Entwicklung innerhalb der NATO von trennbaren, jedoch nicht getrennten Fähigkeiten, die den europäischen Forderungen Rechnung tragen und zur Sicherheit der Allianz beitragen könnten. Diese Entwicklungen werden auch zu einer stärkeren und ausgewogeneren transatlantischen Beziehung führen.

19. Wir haben die Arbeit zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der Allianz in Angriff genommen, wie im Kommunique des Washingtoner Gipfels und im Strategischen Konzept vorgegeben. In diesem Zusammenhang haben wir Diskussionen in der Allianz eingeleitet, um uns mit Mitteln und Wegen zu befassen, die Entwicklung wirksamer gegenseitiger Konsultation, Kooperation und Transparenz sicherzustellen, auf der Grundlage der zwischen NATO und WEU bestehenden Mechanismen; ferner mit der Frage der Beteiligung europäischer Bündnispartner, die nicht der EU angehören; sowie mit praktischen Vorkehrungen für den gesicherten EU-Rückgriff auf Planungskapazitäten der NATO und für den raschen EU-Rückgriff auf kollektive Kräfte und Fähigkeiten der NATO, von Fall zu Fall und im Konsens, wie in Washington vorgegeben.

20. Die Arbeit der Allianz zur Washingtoner Gipfelagenda wird laufend weitergeführt und berücksichtigt die weitere Entwicklung relevanter Vorkehrungen in der EU. Dazu nehmen wir die Ergebnisse des Treffens des Europäischen Rats in Helsinki über die Stärkung der gemeinsamen europäischen Politik für Sicherheit und Verteidigung und für die Entwicklung von Modalitäten für die Beziehungen zwischen der EU und NATO zur Kenntnis, die einen bedeutenden Beitrag zum Prozess der Stärkung unserer Allianz und ihres europäischen Pfeilers darstellen. Wir erkennen die Entschlossenheit der Europäischen Union an, die Kapazität für autonome Aktionen zu besitzen, so dass sie Entscheidungen treffen und militärische Maßnahmen billigen kann, sofern die Allianz als Ganzes nicht engagiert ist. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dieser Prozess unnötige Duplizierung vermeiden wird und nicht die Schaffung einer europäischen Armee impliziert. Dazu:

a) nehmen wir Kenntnis von der Entscheidung der Europäischen Union, ein gemeinsames europäisches Leitziel aufzustellen und kollektive Fähigkeitsziele zu entwickeln, um die europäischen militärischen Fähigkeiten zu verbessern. Der Beitrag der nicht zur EU gehörenden europäischen Bündnispartner zu diesem Prozess ist und bleibt wichtig. Wir begrüßen die Entschlossenheit aller europäischen Bündnispartner, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um ihre Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Die Leit- und Fähigkeitsziele der EU und die Zielsetzungen der NATO-Initiative zur Verteidigungsfähigkeit werden sich gegenseitig verstärken und – vorbehaltlich der erforderlichen Entscheidungen – bestehende Verteidigungsplanungsverfahren nutzen, gegebenenfalls auch die in der NATO verfügbaren Verfahren sowie den PfP-Planungs- und Überprüfungsprozess, wobei wir zur Kenntnis nehmen, dass darüber hinaus die EU-Minister ein Verfahren für die Konsultation und regelmäßige Überprüfung des erzielten Fortschritts entwickeln werden;

b) bekräftigen wir unsere Bereitschaft, in Übereinstimmung mit unseren in Washington getroffenen Entscheidungen die erforderlichen Vorkehrungen für den raschen Rückgriff der Europäischen Union auf trennbare, aber nicht getrennte kollektive Kräfte und Fähigkeiten der NATO zu definieren und anzunehmen, und zwar für Operationen, in denen die NATO als Ganzes militärisch als Allianz nicht engagiert ist, unter Einhaltung der Erfordernisse für NATO-Operationen und der Kohärenz der NATO-Kommandostruktur;

c) nehmen wir die Entscheidung der EU zur Kenntnis, in der Zukunft geeignete Strukturen aufzustellen, um den erforderlichen Dialog, die Konsultation und Kooperation mit europäischen NATO-Mitgliedern sicherzustellen, die nicht der EU angehören, und zwar über Fragen, die sich auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Krisenmanagement beziehen. In diesem Zusammenhang unterstreichen wir, wie schon auf dem Washingtoner Gipfel, die Wichtigkeit, für alle Bündnispartner zufriedenstellende Lösungen für die erforderliche Einbeziehung der nicht zur EU gehörenden europäischen Bündnispartner in diese Strukturen zu finden.

   Wir nehmen zur Kenntnis, dass die nicht zur EU gehörenden europäischen NATO-Mitglieder, sofern sie dies wünschen, sich in dem Fall an einer Operation beteiligen werden, bei der NATO-Kräfte und -Fähigkeiten zum Einsatz kommen und dass sie auf Entscheidung durch die EU eingeladen werden, sich an anderen EU-geführten Operationen zu beteiligen. Wir halten diese EU-Entscheidungen für wichtige Schritte zur Verwirklichung der Ziele, die unsere Staats- und Regierungschefs auf dem Washingtoner Gipfel ins Auge gefasst haben. Die Beteiligung nicht zur EU gehörender europäischer Bündnispartner wird die Wirksamkeit EU-geführter militärischer Operationen erhöhen und unmittelbar zur Wirksamkeit und Vitalität des europäischen Pfeilers der NATO beitragen.

d) erkennen wir die Entscheidung der Europäischen Union an, permanente politische und militärische Strukturen sowie Interimsgremien ins Leben zu

rufen, sowie ihr Engagement, unter der portugiesischen Präsidentschaft, Modalitäten für die umfassende Konsultation, Kooperation und Transparenz zwischen der NATO und der EU zu entwickeln. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dies, wie mit allen der portugiesischen Präsidentschaft überantworteten Aufgaben, vorrangig weiterverfolgt werden soll. Wir teilen die Absicht der EU zur Entwicklung geeigneter Modalitäten für eine enge und vertrauensvolle Beziehung zwischen den zwei Organisationen. Wir begrüßen als ersten Schritt die informellen Kontakte zwischen dem NATO-Generalsekretär und dem Hohen Repräsentanten der EU für gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

21. Wir begrüßen die Teilnahme von Dr. Javier Solana an unseren Gesprächen. Als Generalsekretär der Westeuropäischen Union symbolisiert seine Präsenz die enge Beziehung, die sich zwischen der NATO und der WEU entwickelt hat. Die Allianz setzt ihre Arbeit mit der WEU zur Fertigstellung und Umsetzung von Vorkehrungen fort, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen für den Fall einer WEU-geführten militärischen Operation unter Verwendung von Kräften und Fähigkeiten der NATO zu erleichtern. Wir sehen der praktischen Erprobung dieser Vorkehrungen in einer für Februar 2000 geplanten NATO/WEU-Krisenmanagementübung erwartungsvoll entgegen.

22. Wir erteilen dem Ständigen Rat die Weisung, seine Arbeit nach den Vorgaben des Washingtoner Gipfels unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Entwicklungen fortzuführen und uns auf unserem nächsten Treffen darüber zu berichten.

23. Die Allianz bekräftigt ihr Bekenntnis zur Offenheit für neue Mitglieder. Die NATO erwartet, dass sie in den kommenden Jahren weitere Einladungen an Staaten aussprechen wird, die willens und fähig sind, die Verantwortlichkeiten und Pflichten der Mitgliedschaft zu übernehmen, insofern die NATO feststellt, dass die Aufnahme dieser Staaten den allgemeinen politischen und strategischen Interessen der Allianz dienen und die europäische Sicherheit und Stabilität insgesamt verbessern würde. Die drei neuen Mitglieder werden nicht die Letzten sein.

Auf dem Washingtoner Gipfel haben die Staats- und Regierungschefs der NATO einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) gebilligt, um das Bekenntnis der NATO zur Offenheit der Allianz zu bekräftigen. Wir haben heute einen Bericht über die bisherige Umsetzung dieses Aktionsplans entgegengenommen. Wir freuen uns, dass dieser Prozess gut angelaufen ist und auf positive Resonanz bei den neun beitrittswilligen Ländern gestoßen ist. Diese Länder haben nationale Jahresprogramme vorgelegt, die die Allianz in die Lage versetzen, ihnen bei ihren Vorbereitungen auf eine mögliche zukünftige Mitgliedschaft direkte Beratung, Rückkopplung und Unterstützung zuteil werden zu lassen.

24. Wir halten alle beitrittswilligen Länder an, sich realistische, mit entsprechenden Prioritäten und Terminvorgaben versehene Ziele zu setzen und hierfür die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Wir sind bereit, den beitrittswilligen Ländern in ihren Anstrengungen zu helfen, diese sich selbst gesetzten Ziele zu verwirklichen. Dazu werden wir gemeinsam mit ihnen Planungsziele im verteidigungspolitischen/militärischen Bereich und auf den Einzelfall zugeschnittene individuelle PfP-Partnerschaftsprogramme entwickeln. Im kommenden Frühjahr werden Treffen des Rats mit jedem der beitrittswilligen Länder stattfinden, um den erzielten Fortschritt zu untersuchen. Wir werden den Erweiterungsprozess einschließlich der Umsetzung desAktionsplans zur Mitgliedschaft laufend überprüfen. Wir erwarten den jährlichen konsolidierten Fortschrittsbericht über Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans zur Mitgliedschaft auf unserem nächsten Treffen.

25. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat bleibt das Schlüsselforum für regelmäßige Konsultationen über sicherheits- und verteidigungsrelevanten Fragen zwischen der Allianz und ihren Partnern. Wir begrüßen die Ausweiterung von Aktivitäten im EAPR/PfP-Rahmen, um die praktische Zusammenarbeit, einschließlich der regionalen Kooperation, zu fördern, speziell in Südosteuropa sowie im Kaukasus und in Zentralasien. Die erweiterte Zusammenarbeit, unter anderem zur Unterstützung der Friedenserhaltung, der weltweiten humanitären Maßnahmen zur Minenbeseitigung und zur Begegnung der Herausforderungen, die sich aus den Risiken leichter und kleinkalibriger Waffen ergeben, unterstreicht die Rolle des EAPR als vitale und dynamische Institution zur Festigung von Sicherheit im euro-atlantischen Raum.

26. Wir freuen uns über die Fortschritte in der Umsetzung der Washingtoner Gipfelentscheidung, die Partnerschaft für den Frieden weiter auszubauen und operativer zu gestalten. Wir begrüßen die Verabschiedung der ersten Ministerrichtlinie für den PfP-Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP) sowie die Entwicklung von Partnerschaftszielen als wesentlichen Schritt nach vorn, um die Streitkräfteplanungsprozesse von Partnern enger an die der Bündnismitglieder heranzuführen. Wir begrüßen auch die Fortschritte, die erzielt worden sind, um Partner, als truppenstellende Nationen, in die Konsultationen, Planung, Durchführung und politische Aufsicht über die laufenden Operationen auf dem Balkan einzubeziehen, in Übereinstimmung mit dem politisch-militärischen Rahmen für NATO-geführte PfP-Operationen. Wir billigen das Konzept operativer Fähigkeiten, das die PfP-Einsatzpotentiale stärken, die Fähigkeit sowie Interoperabilität von Partnerkräften verbessern und die Gesamtbefähigung der Allianz ausbauen wird, auf den Einzelfall zugeschnittene Truppenkontingente zusammenzustellen, um nach dem Beispiel von SFOR und KFOR zukünftige NATO-geführte PfP-Operationen durchzuführen und über längere Zeit in Gang zu halten. Die Konzeption wird sich weiter entwickeln. Wir würdigen die substantiellen Fortschritte, die bisher mit dem Programm zur Erweiterung der Aus- und Fortbildung erzielt worden sind. Wir erwarten einen Bericht des Ständigen Rats über die Fortschritte dieser wichtigen Initiativen auf unserem Frühjahrstreffen im Jahre 2000.

27. Wir begrüßen die jüngste Unterzeichnung des PfP-Rahmendokuments durch Irland und freuen uns auf die enge Zusammenarbeit mit Irland in der PfP und im EAPR.

28. Wir messen Konsultationen und praktischer Zusammenarbeit mit Russland weiterhin große Wichtigkeit bei. Es bleibt unser Ziel, eine starke, stabile und dauerhafte Partnerschaft im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte aufzubauen.

29. Wir stellen die Fortschritte in den jüngsten Konsultationen im Rahmen des Ständigen Gemeinsamen Rats über Fragen fest, die sich auf die Operation im Kosovo beziehen. Wir nehmen mit Zufriedenheit die wertvolle Erfahrung praktischer Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der NATO und Russlands sowohl bei SFOR als auch KFOR zur Kenntnis.

30. Wir regen an, dass Russland die Zusammenarbeit über die breitgefächerten Themenbereiche, wie sie in der Grundakte vorgesehen sind, wiederaufnimmt und sich aktiv im EAPR und in der Partnerschaft für den Frieden engagiert. Gleichzeitig betonen wir, dass die weitere Entwicklung unserer Zusammenarbeit davon abhängt, dass Russland internationale Normen und Verpflichtungen respektiert.

31. Wir sind tief beunruhigt über den Konflikt in Tschetschenien, laufende Berichte über Opfer unter der Zivilbevölkerung dort und die Notlage der Vertriebenen. Wir verurteilen besonders russische Drohungen gegen unbewaffnete Zivilpersonen, wie zum Beispiel in Grosny. Wir erkennen das Recht Russlands an, seine territoriale Integrität zu wahren und seine Bürger gegen Terrorismus und Gesetzlosigkeit zu schützen. Wir verurteilen den Terrorismus in all seinen Formen, sind aber der Ansicht, dass Russlands Verfolgung einer rein militärischen Lösung des Konflikts seine legitimen Ziele untergräbt. Die fortdauernde unverhältnismäßige und unterschiedslose Anwendung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung ist unvereinbar mit den Verpflichtungen, die Russland in der OSZE übernommen hat, und mit seinen Verpflichtungen als Mitglied der Vereinten Nationen sowie des Europarats. In diesem Zusammenhang erinnern wir auch an die Prinzipien der NATO-Russland-Grundakte. Wir appellieren daher eindringlich an Russland, größtmögliche Zurückhaltung zu üben, die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten zu unterlassen und ihre Menschenrechte zu schützen, die Bereitstellung humanitärer Hilfe an die Bedürftigen zu erleichtern und uneingeschränkt mit internationalen Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten sowie die Sicherheit für deren Einsätze zu gewährleisten. Angesichts der Wichtigkeit regionaler Stabilität und der Achtung der territorialen Integrität und Souveränität von Nachbarstaaten sind wir tief besorgt über die Auswirkungen der Krise auf die gesamte Region des Kaukasus und unterstreichen die Notwendigkeit, Schritte zu unterlassen, die die regionale Sicherheit weiter untergraben würden.

Wir fordern Russland mit Nachdruck auf, alle Wege für eine politische Lösung des Konflikts zu öffnen. Dazu ist es von essentieller Wichtigkeit, dass die russische Regierung und Vertreter Tschetscheniens sinnvolle Schritte zu einem erneuerten Dialog ergreifen. Wir appellieren auch mit Nachdruck an die Behörden in Tschetschenien, den Terrorismus zu verurteilen und gegen ihn vorzugehen. Wir erwarten, dass Russland die in Istanbul eingegangenen Verpflichtungen respektiert und den heutigen Besuch des amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Region nutzt, um einen politischen Prozess zur Beendigung des Konflikts zu erleichtern.

32. Wir begrüßen die fortschreitende Entwicklung der ausgeprägten Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine in Übereinstimmung mit der im Jahre 1997 in Madrid unterzeichneten Charta. Wir freuen uns, dass diese Partner-

schaft einen Rahmen für Kooperationsinitiativen bietet, wie zum Beispiel das NATO-Informations- und Dokumentationszentrum in Kiew, das aktiv mit Medien, Universitäten und Denkfabriken in der Ukraine zusammenarbeitet. Wir stellen ferner fest, dass ein NATO-Verbindungsbüro seit April in Kiew arbeitsfähig ist und einen wertvollen Beitrag leistet, um der Ukraine die volle Teilnahme an den PfP-Programmen zu erleichtern und im weiter gefassten Rahmen die Zusammenarbeit zwischen der NATO und ukrainischen Stellen auszubauen.

33. Wir unterstützen weiter die Anstrengungen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe für Verteidigungsreform und sind auch in Zukunft bereit, wo angezeigt, fachlichen Rat anzubieten, um der Ukraine bei der Umstrukturierung ihres Verteidigungssektors zu helfen. Auf wirtschaftlichem Gebiet begrüßen wir die Einleitung eines Programms zur Umschulung ehemaliger Offiziere. Auch auf den Gebieten der zivilen Notfallplanung, der Luftverkehrsregelung, rüstungstechnischer Partnerschaftsaktivitäten, verteidigungsbezogener Forschung und Technologie sowie im Bereich der Wissenschaft entwickelt sich die Zusammenarbeit weiter. Wir bekräftigen unsere Ansicht, dass eine zügige Ratifizierung des Truppenstatus durch die Ukraine die Ziele unserer Zusammenarbeit fördern wird.

34. Wir ermutigen die Ukraine, ihre demokratischen und wirtschaftlichen Reformen weiterzuführen und bekräftigen, dass die NATO die Anstrengungen der Ukraine dazu unterstützen wird. In diesem Zusammenhang begrüßen wir das Engagement der Ukraine, das volle Potential der NATO-Ukraine-Charta auszuschöpfen und würdigen den konkreten Beitrag der Ukraine zu Frieden und Stabilität auf dem Balkan, insbesondere durch ihre Beteiligung an KFOR. Wir freuen uns auf das heutige Treffen der NATO-Ukraine-Kommission auf Ebene der Außenminister.

35. Der Mittelmeerdialog ist fester Bestandteil des kooperativen Sicherheitsansatzes der Allianz, da die Sicherheit in ganz Europa eng mit der Sicherheit und Stabilität im Mittelmeer verknüpft ist. Wir freuen uns über die Fortschritte zur Stärkung des Mittelmeerdialogs, wie auf dem Washingtoner Gipfel vereinbart. Die letzte Runde politischer Konsultationen mit den sechs am Mittelmeerdialog beteiligten Ländern im Oktober und November hat eine Gelegenheit geboten, die Ansichten über die Umsetzung und weitere Entwicklung des Dialogs, einschließlich des Arbeitsprogramms für das Jahr 2000, auszutauschen. Wir erkennen das Interesse unserer Mittelmeerpartner an der Gestaltung des Dialogs, auch durch eine schrittweise Intensivierung der Zusammenarbeit in Bereichen, in denen die NATO besonders wertvolle Beiträge leisten kann.

36. Wir erkennen die Rolle der jüngst ernannten Kontaktbotschaften an und ermutigen die Kooperationsgruppe Mittelmeer ihre Anstrengungen fortzusetzen, um den Dialog progressiv weiterzuentwickeln. Besuche durch NATO-Vertreter haben die Aussichten auf engere Kontakte und Zusammenarbeit verbessert. Wir fordern Bündnispartner und die Partner am Mittelmeerdialog auf, Veranstaltungen wie die Konferenz von Rom im Jahre 1997 sowie die Konferenz in Valencia im Jahre 1999 auszurichten, als positive Schritte zur Stärkung des gegenseitigen regionalen Verständnisses. Wir erteilen dem Ständigen Rat die Weisung, uns auf unserem nächsten Treffen über die in Washington vereinbarte politische und praktische Zusammenarbeit im Rahmen des Dialogs zu berichten

37. Wir begrüßen die Anpassung der OSZE-Istanbul-Charta für europäische Sicherheit, besonders die Gewichtung in der Charta der engeren Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen. Wir begrüßen auch die Annahme der Plattform für kooperative Sicherheit. Die Annahme des Wiener Dokuments 1999 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen stellt einen wichtigen Schritt in Richtung größerer Transparenz in militärischen Angelegenheiten unter OSZE-Teilnehmerstaaten dar. Wir sehen der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der OSZE erwartungsvoll entgegen, besonders in den Bereichen Konfliktverhütung, Friedenserhaltung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge.

38. Wir bekräftigen, dass Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung weiter eine wichtige Rolle zur Verwirklichung der sicherheitspolitischen Ziele der NATO spielen.

39. Das Übereinkommen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, das am 19. November auf dem OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul unterzeichnet wurde, wird die weitere Funktionsfähigkeit des KSE-Vertrags als ein Eckpfeiler für Sicherheit und Stabilität in Europa gewährleisten. Die umfassenden Vorschläge der Bündnispartner dienten als wichtige Grundlage für die Verhandlungen, insbesondere zur Einführung eines Systems nationaler Obergrenzen für schwere Ausrüstung und zur Verbesserung der vertraglichen Bestimmungen zu Stabilität, Transparenz und Berechenbarkeit. Der angepasste Vertrag wird die Sicherheit in ganz Europa stärken, nicht zuletzt durch die Einführung einer Struktur größerer Beschränkungen der nationalen und territorialen Obergrenzen, unter gleichzeitiger Wahrung ausreichender Flexibilität für routinemäßige Übungszwecke und effektives Krisenmanagement, so dass die NATO-Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben gewährleistet wird. Wir freuen uns, dass der angepasste Vertrag den Beitritt neuer Vertragsstaaten zulassen und die vertraglichen Auflagen hinsichtlich der Zustimmung des Gastgeberstaats zur Präsenz fremder Streitkräfte stärken wird.

40. Wir begrüßen die wichtigen politischen Verpflichtungen, die in der KSE-Schlussakte enthalten sind, insbesondere die bilateralen Vereinbarungen zwischen Russland und Georgien sowie zwischen Russland und Moldau zum Abzug russischer Streitkräfte. Entscheidend ist jedoch, dass der KSE-Vertrag wirksam und glaubwürdig bleibt. Die Mitgliedstaaten der NATO sind besorgt über die fortdauernde Nichteinhaltung der („Flanken"-)Beschränkungen gemäß Artikel V des Vertrags durch Russland. Wir nehmen die Verpflichtung Russlands zur Kenntnis, alle Bestimmungen und Begrenzungen des Vertrags einzuhalten. Wir nehmen ebenfalls die Zusicherungen Russlands zur Kenntnis, dass die Überschreitung der KSE-Obergrenzen durch Russland zeitlich begrenzt ist. Die Bündnispartner erwarten, dass Russland seine Zusage erfüllt, die KSE-Obergrenzen so bald wie möglich einzuhalten und inzwischen ein Höchstmaß an Transparenz für seine im nördlichen Kaukasus dislozierten Kräfte und Waffen in Übereinstimmung mit dem KSE-Vertrag und dem Wiener Dokument herstellt. Ein Inkrafttreten des angepassten Vertrags kann nur bei Einhaltung der vertraglichen Begrenzungen durch alle Vertragsstaaten in Betracht kommen. Auf dieser Grundlage werden wir darauf hinwirken, dass der angepasste Vertrag in Kraft treten kann. Bis zum Abschluss dieses Prozesses bleibt die weitere Implementierung des bestehenden Vertrags und der dazu gehörenden Dokumente von entscheidender Bedeutung.

41. Die Allianz hält die Wahrung strategischer Stabilität für wichtig. In diesem Zusammenhang fordern wir Russland auf, den START-II-Vertrag unverzüglich zu ratifizieren. Dies würde den Weg für bedeutende Reduzierungen der Kernwaffenbestände ebnen und Verhandlungen über einen START-III-Vertrag ermöglichen, mit dem Ziel zusätzlicher weitreichender Reduzierungen der Arsenale nuklearer Waffen. Wir unterstreichen die Wichtigkeit des erfolgreichen Abschlusses der bevorstehenden Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) im Frühjahr 2000. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere uneingeschränkte Unterstützung aller Anstrengungen zur weltweiten Einhaltung, vollständigen Implementierung und weiteren Stärkung des NVV als den Eckpfeiler des nuklearen Nichtverbreitungsregimes und als wesentliche Grundlage für die Weiterführung der nuklearen Abrüstung. Wir bekräftigen unser weiteres Eintreten für Anstrengungen, die die Reduzierung von Kernwaffen zum Ziel haben.

Wir treten weiter für das baldige Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen ein und fordern alle Länder auf, dem Vertrag beizutreten und ihn so bald wie möglich zu implementieren. Wir fordern den baldigen Beginn von Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper.

42. Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme bleibt unser Hauptziel. Wir treten weiter dafür ein, Proliferation zu verhindern oder, falls sie geschieht, durch diplomatische Mittel rückgängig zu machen. Wir erkennen, dass die Proliferation von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen und ihrer Trägersysteme, die eine potentielle Bedrohung für die Bevölkerung, das Territorium und die Streitkräfte der Allianz darstellen, trotz unserer Präventionsanstrengungen auch in Zukunft erfolgen und eine unmittelbare militärische Bedrohung für diese Bevölkerung, Gebiete und Streitkräfte darstellen kann.

Wir messen der vollständigen Implementierung und strikten Verifizierung internationaler Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime äußerste Wichtigkeit bei. Wir stellen mit Zufriedenheit fest, dass die Implementierung des Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen gut vorankommt und begrüßen die Fortschritte in den Verhandlungen in Genf über ein rechtsverbindliches Protokoll zur Stärkung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und Toxinwaffen durch die Sicherstellung wirksamer Verifikationsmaßnahmen, um so Vertragstreue und Transparenz zu stärken. Wir drängen auf weitere Anstrengungen, um die restliche Arbeit sobald wie möglich vor der 5. Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen und Toxinwaffen im Jahre 2001 zum Abschluss zu bringen.

43. Wir begrüßen die Fortschritte, die die Allianz in der Umsetzung der Initiative zu Massenvernichtungswaffen (MMD) erzielt hat. Das neue MMD-

Zentrum der NATO, das Anfang 2000 arbeitsfähig sein soll, wird ein weiteres wirksames Mittel sein, um sowohl den politischen als auch den verteidigungspolitischen Herausforderungen Rechnung zu tragen, die sich aus der Proliferation von ABC-Waffen und ihrer Trägersysteme ergeben und wird innerhalb der Allianz aktivere und regelmäßigere Konsultationen und Zusammenarbeit in dieser wichtigen Frage fördern. Bedeutende Fortschritte sind beim Aufbau einer erweiterten Datenbank und eines Datenarchivs zur Erfassung von Erkenntnissen und Informationen über Massenvernichtungswaffen erzielt worden, um die von den Bündnispartnern gemeinsam zu nutzenden Erkenntnisse und Informationen qualitativ und quantitativ zu verbessern und so die Anstrengungen der NATO-Mitglieder zu unterstützen, die Fragen der Proliferation anzugehen. Wir unterstützen vertiefte Konsultationen in diesen Themenbereichen mit Russland im Ständigen Gemeinsamen Rat, mit der Ukraine in der NATO-Ukraine-Kommission und mit anderen Partnern im EAPR sowie mit den Ländern, die am Mittelmeerdialog teilnehmen.

44. Auf dem Washingtoner Gipfel haben unsere Staats- und Regierungschefs der Allianz den Auftrag erteilt, Optionen für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Verifikation, Nichtverbreitung sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung im Lichte der gesamtstrategischen Entwicklungen und der abnehmenden Bedeutung nuklearer Waffen zu prüfen. Wir haben beschlossen, diesen Prozess in Gang zu setzen und dem Ständigen Rat die Weisung erteilt, den Hochrangigen Politischen Ausschuss, wo angezeigt verstärkt durch politische und verteidigungspolitische Experten, zu beauftragen, Optionen für die Politik der Allianz zur Förderung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, Verifikation, Nichtverbreitung sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung zu überprüfen, so dass ein umfassender und schlüssiger Ansatz zur Erfüllung des auf dem Washingtoner Gipfel vereinbarten Auftrags sichergestellt wird. Die verantwortlichen NATO-Stellen werden zu dieser Überprüfung beitragen. Wir haben dem Ständigen Rat die Weisung erteilt, den Ministern für ihre Beratungen im Dezember 2000 einen Bericht vorzulegen. Wir sind der Ansicht, dass dieser Prozess den Beitrag der Bündnispartner zur Förderung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, Verifikation, Nichtverbreitung sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung stärken wird.

45. Zur Steigerung der Effektivität der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die im Strategischen Konzept als essentielle Voraussetzung für die operative Fähigkeit des Bündnisses bestätigt wird, steht eine grundlegende Überprüfung der zivilen Notfallplanung der NATO unmittelbar vor dem Abschluss. Wir begrüßen die erzielten Fortschritte. Eine enge Arbeitsbeziehung zwischen den zivilen und militärischen Stellen wird zu einer wirksameren Nutzung ziviler Ressourcen von Bündnispartnern und Partnern bei Aktivitäten der Allianz beitragen, zum Beispiel bei friedensunterstützenden Einsätzen. Wir sehen dem baldigen Abschluss dieser Überprüfung erwartungsvoll entgegen. Wir werden die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Partnern auf diesem Gebiet weiterführen und weiter festigen, auch durch das Euro-atlantische Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe, das als Beitrag zur Linderung der humanitären Krise in und um Kosovo sowie bei der Unterstützung nationaler Stellen der Bündnispartner bei jüngsten Naturkatastrophen eine wichtige Rolle gespielt hat.

46. Der Terrorismus stellt eine ernsthafte Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Stabilität dar und kann die territoriale Integrität von Staaten gefährden. Wir verurteilen aufs Neue den Terrorismus und bekräftigen unsere Entschlossenheit, ihn in Übereinstimmung mit unseren internationalen Verpflichtungen und nationalen Gesetzen zu bekämpfen. Die terroristische Bedrohung dislozierter NATO-Streitkräfte und NATO-Einrichtungen erfordert die Überlegung über und die Entwicklung von geeigneten Maßnahmen zu ihrem weiteren Schutz, unter voller Berücksichtigung der Verantwortlichkeiten der jeweiligen Gastgebernation.

• • •

47. Auf dem Washingtoner Gipfel haben unsere Staats- und Regierungschefs die Schritte ergriffen, um sicherzustellen, dass unsere Allianz auch in Zukunft Grundlage unserer kollektiven Verteidigung bleibt und weiter eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung eines sicheren und dauerhaften Friedens im euro-atlantischen Raum spielen wird. Heute, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, können wir mit Zuversicht feststellen, dass die NATO bereit ist, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

TAGUNG DER NATO-UKRAINE-KOMMISSION AUF AUßENMINISTEREBENE

Brüssel, den 15. Dezember 1999

Die NATO-Ukraine-Kommission trat am 15. Dezember 1999 auf Ebene der Außenminister im NATO-Hauptquartier zusammen.

Die Kommission begrüßte die Bestätigung der ukrainischen Politik zur euro-atlantischen Integration nach der Wiederwahl von Präsident Kutschma. Die Minister betonten ihr gemeinsames Eintreten für weitere Fortschritte zum Ausbau der ausgeprägten Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine. In diesem Zusammenhang nahmen sie ebenfalls Kenntnis vom Streben der Ukraine nach engerer Einbeziehung in den Prozess der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität.

Die Kommission erörterte die Sicherheitslage im euro-atlantischen Raum und begrüßte die Verabschiedung der Charta für Europäische Sicherheit, des angepassten KSE-Vertrags und des aktualisierten Wiener Dokuments durch den OSZE-Gipfel. Die Minister brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, dass der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR), das Programm Partnerschaft für den Frieden (PfP), die NATO-Ukraine-Charta sowie die Partnerschaft zwischen der NATO und Russland alle eine wichtige Rolle spielen, um die europäische Sicherheit und Stabilität weiter zu festigen. Die Mitglieder der Kommission würdigten die Leistungen der NATO und der Ukraine zur Festigung der regionalen Sicherheit, insbesondere durch ihre enge Zusammenarbeit im Rahmen von KFOR und SPOR. Sie nahmen ferner positiv das Engagement der Ukraine zur Kenntnis, durch ihre Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat in den Jahren 2000 bis 2001 die regionale Sicherheit in Europa weiter zu fördern.

Die Kommission diskutierte die Lage auf dem Balkan. Die Minister begrüßten die weiteren Fortschritte in der Umsetzung der Friedensvereinbarung von Dayton in Bosnien und Herzegowina und nahmen die Umstrukturierung von SFOR zur Kenntnis. Die Mitglieder der Kommission erörterten weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine zur Festigung von Frieden und Sicherheit im Kosovo und stellten in diesem Zusam-

menhang die Leistungen von KFOR heraus. Sie erörterten ferner die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen von KFOR und appellierten an alle ethnischen Gemeinschaften, Toleranz zu zeigen und mit der internationalen Gemeinschaft bei den Anstrengungen zum weiteren Wiederaufbau zusammenzuarbeiten. Die Mitglieder der Kommission verurteilten die andauernden Akte ethnischer Gewalt im Kosovo und unterstrichen ihre Entschlossenheit, die Ziele der internationalen Gemeinschaft nach Maßgabe der VN-Sicherheitsratsresolution 1244 vollständig zu erfüllen und sie bekräftigten ihr Eintreten für ein multiethnisches und demokratisches Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien.

Die Kommission trat in einen Meinungsaustausch über die Ergebnisse der Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-Ukraine-Charta während des Jahres 1999 und billigte ein umfassendes Spektrum von Kooperationsaktivitäten für das Jahr 2000, mit besonderem Schwerpunkt auf Gebieten wie der militärisch-technischen Zusammenarbeit, Rüstung und Standardisierung, Wirtschafts- und umweltpolitischen Aspekte, verteidigungsbezogener Aktivitäten, Wissenschaft und Technologie sowie ziviler Notfallplanung. Die Mitglieder der Kommission stellten die bedeutenden Fortschritte fest, die in der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine im Rahmen der Charta und der Partnerschaft für den Frieden erzielt worden sind. Die Minister begrüßten Schritte, die in der Ukraine eingeleitet worden sind, um die wirksame Umsetzung des nationalen Kooperationsprogramms der Ukraine mit der NATO im Jahre 2001 sicherzustellen sowie Anstrengungen, um die volle Einsatzbereitschaft des PfP-Ausbildungszentrums Yavoriv herzustellen.

Die Kommission nahm positiv Kenntnis vom gezielteren und mit Prioritäten versehenen Ansatz der Ukraine für ihre Zusammenarbeit mit der Allianz. Die Minister erörterten auch die Aussichten zur weiteren Stärkung der institutionellen Grundlage der Beziehung zwischen der NATO und der Ukraine, insbesondere des NATO-Verbindungsbüros in der Ukraine, des NATO-Informations- und Dokumentationszentrums in Kiew sowie der gemeinsamen Arbeitsgruppen für Verteidigungsreformen, ziviler Notfallplanung sowie der offenen Arbeitsgruppen für Wirtschaftssicherheit und die Umschulung ehemaliger Soldaten.

Das nächste Treffen der NATO-Ukraine-Kommission wird im März 2000 auf Botschafterebene in Kiew stattfinden.

TAGUNG DES EURO-ATLANTISCHEN PARTNERSCHAFTSRATS

Brüssel, den 16. Dezember 1999

1. Die Außenminister und Vertreter der Mitgliedsländer des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) traten heute in Brüssel zusammen. Der Generalsekretär der Westeuropäischen Union nahm ebenfalls am Treffen teil. Die Minister begrüßten Irland als jüngstes Mitglied im EAPR.

2. Der NATO-Generalsekretär unterrichtete den EAPR über die wichtigsten Ergebnisse des Treffens des Nordatlantikrats am 15. Dezember.

3. Dr. Bernard Kouchner, Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Kosovo, unterrichtete die Minister über UNMIK-Aktivitäten im Kosovo.

4. Die Minister traten in einen Meinungsaustausch über die Lage im Kosovo und würdigten die erfolgreichen Operationen, die von KFOR im engen Zusammenwirken mit UNMIK durchgeführt werden. Die Minister unterstrichen, wie wichtig es ist, dass die Nationen ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen beisteuern, um die Anstrengungen zum Wiederaufbau im Kosovo zu unterstützen. Sie bekräftigten ihr Bekenntnis zur vollständigen Implementierung der VN-Sicherheitsratsresolution 1244 und wiesen darauf hin, dass der Aufbau einer friedlichen und multiethnischen Gesellschaft im Kosovo eine Aufgabe ist, die langfristig Aufmerksamkeit erfordert. In diesem Zusammenhang brachten sie ihre Sorge angesichts der ethnischen Gewalt in der Region zum Ausdruck, die trotz der entschlossenen Anstrengungen von KFOR, dieser Gewalt ein Ende zu setzen, fortbesteht.

5. Die Minister unterstrichen die Wichtigkeit der Konsultationen, die im EAPR-Rahmen über Operationen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina stattgefunden hatten, und begrüßten die Intensivierung dieser Konsultationen in Übereinstimmung mit dem politisch-militärischen Rahmen für NATO-geführte Operationen, der Anfang des Jahres auf dem Washingtoner Gipfel erstellt wurde.

6. Die Minister brachten ihre tiefe Sorge über den Konflikt in Tschetschenien und die fortdauernde Gewalt, insbesondere die Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung, zum Ausdruck. Sie verurteilten darüber den Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen. Sie forderten äußerste Zurückhaltung, den umfassenden Schutz und die humanitäre Unterstützung der Zivilbevölkerung sowie der Flüchtlinge und forderten mit Nachdruck die sofortige Wiederaufnahme des Dialogs, um eine politische Lösung zu erzielen. Die Minister waren ebenfalls tief besorgt über die Auswirkungen der Krise auf die Länder der Region und die Risiken, dass der Konflikt Stabilität und Sicherheit der gesamten Region gefährdet.

7. Die Minister stellten die grundlegende Wichtigkeit des EAPR/PfP-Rahmens für Anstrengungen zur Konfliktverhütung, für das Krisenmanagement und die wirksame Begegnung der Sicherheitsherausforderungen im euro-atlantischen Raum heraus. Sie erörterten die Aktivitäten des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats während des letzten Jahres und tauschten ihre Meinungen darüber aus, wie die politische und sicherheitsbezogene Kooperation im gesamten euro-atlantischen Raum weiter ausgebaut werden könnte. Sie nahmen Kenntnis von den verschiedenen Initiativen, die dazu durch den EAPR auf den Weg gebracht worden sind: Sie begrüßten die Arbeit zur Ergänzung und Unterstützung internationaler Maßnahmen, um der Herausforderung zu begegnen, die sich aus den Risiken leichter und kleinkalibriger Waffen ergibt und um weltweite Maßnahmen zur humanitären Minenbeseitigung zu fördern; und sie unterstützten die Arbeit im EAPR zur Förderung praktischer regionaler Kooperation im Kaukasus.

8. Die Minister begrüßten die Arbeit, die im EAPR und in der Partnerschaft für den Frieden in Angriff genommen wurde, um weitere praktische regionale Kooperation in Südosteuropa zu fördern und darauf ausgerichtet ist, dauerhaften Frieden und Stabilität in der Region aufzubauen sowie die Arbeit der Allianz und des Stabilitätspakts zu ergänzen.

9. Die Minister begrüßten die Fortschritte, die seit dem Washingtoner Gipfel in der Umsetzung der erweiterten und operativeren Partnerschaft erzielt worden sind, einschließlich der Implementierung des politisch-militärischen Rahmens für NATO-geführte Operationen, eines erweiterten und angepassten Planungs- und Überprüfungsprozesses sowie vertiefter verteidigungsbezogener und militärischer Zusammenarbeit. Die Minister billigten ferner das Konzept operativer Fähigkeiten für NATO-geführte PfP-Operationen, das darauf ausgerichtet ist, Mittel und Mechanismen bereitzustellen, um die Einsatzpotentiale der PfP durch engere militärische Zusammenarbeit zu stärken. Sie begrüßten die weitere Entwicklung des Programms zur Erweiterung der Aus- und Fortbildung, das dem Ziel dient, Umfang, Niveau und Wirksamkeit der Aus- und Fortbildungsanstrengungen zu steigern, um den zukünftigen Forderungen der Partnerschaft gerecht zu werden.

10. Die Minister billigten den EAPR-Aktionsplan für die Jahre 2000 bis 2002[1]) und vereinbarten, diesen Plan zu veröffentlichen. Er ist das Leitdokument für die Kooperationsarbeit der Allianz und ihrer Partner während der nächsten zwei Jahre.

11. Die Minister werden im Mai 2000 wieder zusammentreten.

(1) Der EAPR-Aktionsplan für 2000-2002 ist über World Wide Web verfügbar (HTTP://WWW.NATO.INT/).

TAGUNG DES NORDATLANTIKRATS AUF VERTEIDIGUNGSMINISTEREBENE

Brüssel, den 2. Dezember 1999

1. Der Nordatlantikrat trat am 2. Dezember 1999 auf der Ebene der Verteidigungsminister in Brüssel zusammen.

2. Auf diesem ersten förmlichen Zusammentreffen nach dem Gipfel von Washington und der Operation Allied Force standen die Bewertung des Fortschritts bei der laufenden Anpassung des Bündnisses, wie von den Staats- und Regierungschefs im Gipfelkommuniqué und im neuen Strategischen Konzept vorgegeben, sowie die Erörterung der Lage auf dem Balkan im Mittelpunkt unserer Gespräche.

3. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in der Region haben wir eine Bestandsaufnahme vorgenommen, um den umfassenden Ansatz und das fortdauernde Eintreten der NATO zur Förderung von Sicherheit, Stabilität, Demokratie und der friedlichen Lösung der Streitigkeiten auf dem Balkan, einschließlich der NATO-geführten Operationen für Bosnien und Herzegowina und das Kosovo, sowie die Umsetzung der Südosteuropa-lnitiative zu erörtern. Als Verteidigungsminister begrüßen wir die Tatsache, dass die NATO-Militärbehörden die Lage in der Region weiterhin sorgfältig überwachen.

4. Die Beendigung der Luftoperation im Kosovo bedeutete, dass die wesentlichen Zielsetzungen der Alliierten und ihrer Partner erreicht worden waren. Der humanitären Katastrophe ist ein Ende gesetzt worden; eine internationale Friedenstruppe (KFOR) wurde erfolgreich eingesetzt; und die internationale Gemeinschaft hat Verantwortung für die zivile Verwaltung durch UNMIK übernommen. Entscheidend für den Erfolg war der Zusammenhalt des Bündnisses. Die Allianz blieb während der gesamten Zeit geeint und entschlossen.

5. Seit Beendigung der Luftoperation ist erheblicher Fortschritt erreicht worden. Wir sind entschlossen, unseren Teil dazu beizutragen, dass die Ziele der internationalen Gemeinschaft gemäss VN-Sicherheitsratsresolution 1244 uneingeschränkt verwirklicht werden.

6. Ethnisch begründete Gewalt muss ein Ende finden. Zwar ist die Sicherheitslage im Kosovo relativ stabil, doch sind weitere Bemühungen in einem nach wie vor gespannten und ungewissen Umfeld erforderlich. Wir werden die Belästigung von Minderheiten oder die Entwicklung paralleler Strukturen, die UNMIK oder die Zielsetzungen von KFOR oder die Rechtsstaatlichkeit bedrohen, nicht dulden. Wir nehmen mit Zufriedenheit zur Kenntnis, dass die Chefanklägerin des Internationalen Gerichtshofs der VN für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) ihre Anerkennung für die Unterstützung durch KFOR zum Ausdruck gebracht hat. Die KFOR-Truppe ist jetzt in vollem Umfang eingesetzt. Wir bekräftigen, dass KFOR wie bisher jede äußere Bedrohung der Sicherheit Kosovos wachsam verfolgt und in der Lage bleibt einzugreifen, und unterstützen nachdrücklich die Anstrengungen der Truppe, um externe und interne Grenzen zu überwachen und deren Sicherheit zu gewährleisten. KFOR wird weiterhin ein sicheres Umfeld für alle Bewohner des Kosovo schaffen. Wir würdigen vor allem die Arbeit der KFOR-Truppe zum Schutz aller Minderheiten, auch durch die Aufrechterhaltung einer effektiven militärischen Präsenz in serbischen Minderheitengebieten. Wir begrüßen den erfolgreichen Abschluss der Demilitarisierung der Kosovo-Befreiungsarmee (KLA) und die Anstrengungen der KFOR-Truppe, um den illegalen Waffenbesitz und Einschüchterung durch wen auch immer zu bekämpfen. Wir unterstützen den Beitrag KFORs zum Aufbau des Kosovo-Schutzkorps als multiethnische und zivile Organisation. Dies war ein entscheidender Schritt, um ehemaligen Kämpfern nach Demilitarisierung der KLA eine Möglichkeit der Integration in das Zivilleben zu geben.

7. Wir freuen uns über die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen KFOR und UNMIK. Wir bekräftigen, dass wir UNMIK bei den Bestrebungen zur Einrichtung einer voll funktionsfähigen zivilen Verwaltung im Kosovo uneingeschränkt unterstützen. Wir würdigen in dieser Hinsicht den außerordentlich hohen Einsatz des Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs. Die angemessene Ausstattung von UNMIK ist von entscheidender Bedeutung, wenn diese ihre Aufgabe erfolgreich abschließen soll.

8. Die entschlossene praktische und politische Unterstützung, die Nachbarstaaten während der gesamten Luftoperation geleistet haben und auch heute noch leisten, war und ist ein entscheidender Erfolgsfaktor. Wir haben unsere grosse Anerkennung für diese Unterstützung zum Ausdruck gebracht und begrüßen insbesondere die fortdauernden Bemühungen Albaniens und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien[1]) zur Unterstützung von KFOR. Die Allianz wird weiterhin eng mit den Ländern der Region zusammenarbeiten, um langfristige und sich selbst tragende regionale Stabilität zu schaffen. In diesem Zusammenhang nahmen wir die laufenden Arbeiten des Bündnisses zur Entwicklung der Südosteuropa-Initiative zur Kenntnis, die regionale Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region auch durch die Mittel der Partnerschaft für den Frieden, den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und das Konsultativforum fördern soll. Die Südosteuropa-Initiative unterstützt und ergänzt die Zielsetzungen des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Die in der Initiative vorgesehenen Aktivitäten sind bereits eingeleitet worden, einschließlich Bestrebungen sowohl im NATO-Hauptquartier als auch in den Ländern selbst, um die Hilfsprogramme zu harmonisieren. In diesem Zusammenhang sehen wir der Einrichtung einer Kooperationsgruppe zur Unterstützung in Sicherheitsfragen durch die betroffenen Länder und mit Hilfe der NATO sowie der raschen Durchführung weiterer Maßnahmen, die diese Unterstützung effektiver gestalten und regionale Kooperation und Transparenz in Sicherheitsfragen fördern sollen, erwartungsvoll entgegen. Wir begrüßen die von Ländern der Region bereits ausgearbeiteten diesbezüglichen Vorstellungen und eingerichteten Kooperationsmechanismen und ermutigen sie, weitere Vorhaben, wie den vorgeschlagenen Austausch von Vertretern zwischen nationalen militärischen Hauptquartieren und Regierungsstellen, durchzuführen. Wir beauftragten den Ständigen Rat, über den Fortschritt in allen diesen Bereichen auf unserem nächsten Treffen zu berichten.

9. Wir begrüßten den in Bosnien und Herzegowina erreichten Fortschritt, und dabei die Weiterentwicklung ziviler Institutionen, die verstärkte Rückkehr von Flüchtlingen auch in Minderheitengebiete, den Fortschritt beim zivilen Wiederaufbau, den Abbau von Waffenbeständen und die weitere Entwicklung des Ständigen Militärausschusses. Wir würdigten die Rolle von SPOR in diesem Prozess, der eine substantielle Restrukturierung der Streitkräfte ermöglichte, einschließlich einer Reduzierung um etwa ein Drittel der gegenwärtigen Stärke, die Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein sollte. Wir sind überzeugt, dass wir auf diese Weise über flexiblere Kräfte verfügen werden, die voll zur Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds zur Unterstützung der vollständigen Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton beitragen können. Wir unterstützten die enge Zusammenarbeit zwischen SFOR und dem Hohen Repräsentanten sowie anderen zivilen Organisationen in Bosnien und Herzegowina, insbesondere die fortdauernde starke Unterstützung SFORs für den Internationalen Strafgerichtshof der VN für das ehemalige Jugoslawien, nicht zuletzt auch durch die immer wieder erfolgreiche Festnahme von Personen, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind. Gleichzeitig sind wir uns darüber im klaren, dass mehr noch getan werden muss, und setzen uns ein für weiteren Fortschritt, auch durch weitere Festnahmen; wir messen der Kampagne gegen Korruption, der kontinuierlichen Rückkehr von Flüchtlingen sowie weiteren Reduzierungen der Waffen, des Streitkräfteumfangs und der Militärhaushalte prioritäre Bedeutung bei. Wir würdigen die Arbeit des Hohen Repräsentanten und unterstützen voll und ganz dessen Initiative, die Verantwortung für die inneren Angelegenheiten des Landes mehr und mehr den Menschen in Bosnien und Herzegowina selbst zu übertragen. Wir unterstützen seine kürzlich getroffene Entscheidung, verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die die Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton behindert haben, aus dem Amt zu entfernen.

10. Wir sind besorgt über den mangelnden Fortschritt in Richtung einer demokratischen und friedlichen Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), die, wie es nach wie vor unser Ziel ist, ihren Platz in der internationalen Gemeinschaft einnimmt. Wir sind ebenfalls besorgt bezüglich der Spannungen zwischen Serbien und Montenegro und appellieren an alle Betroffenen, sich jeder destabilisierenden Maßnahme zu enthalten.

(1) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

11. Wir sind dankbar für den sehr wesentlichen Beitrag, den die Partnerstaaten des Bündnisses, einschließlich Russland und Ukraine, und andere Staaten zu den Anstrengungen für Frieden und Stabilität auf dem Balkan leisten. Wir haben unsere tiefe Anerkennung gegenüber den Männern und Frauen aller Nationen zum Ausdruck gebracht, die mit außerordentlicher Professionalität, Mut und Entschlossenheit ihren Dienst in der Truppe leisten, sowohl bei SFOR als auch bei KFOR und während der Luftoperation.

12. Wir sind entschlossen, unsere Erfahrungen während des Kosovo-Konflikts zu nutzen, um künftig auf Eventualfalloperationen dieser Art besser vorbereitet zu sein, und weiterhin die Wirksamkeit der Allianz zu verstärken. Die Luftoperation hat den Stellenwert der Planungen für ein großes Spektrum möglicher Eventualfalloperationen und darüber hinaus die Notwendigkeit, Operationen entschlossen durchzuführen, deutlich klar gemacht. Sie zeigte die Notwendigkeit, die Fähigkeiten der NATO-Streitkräfte, insbesondere der Kräfte der europäischen Bündnispartner, zu verstärken, um den wirksameren Einsatz der Streitkräfte unter den äußerst komplexen Bedingungen heutiger friedensunterstützender Operationen zu gewährleisten und die Bereitschaft und Verfügbarkeit zur kurzfristigen Dislozierung der Kräfte zu verbessern.

13. Wir sind weiterhin tief besorgt über die Lage im nördlichen Kaukasus. In Anerkennung der territorialen Integrität Russlands und seines Rechts, sich vor Terrorismus zu schützen, fordern wir Russland auf, äußerste Zurückhaltung zu üben, die unverhältnismäßige und blinde Anwendung von Gewalt einzustellen, die die Zivilbevölkerung mit großer Härte trifft, und dringend Schritte zu ergreifen, um eine politische Lösung auf der Grundlage der Verpflichtungen von Istanbul und unter Einbeziehung der OSZE herbeizuführen. Wir appellieren an Russland, die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Menschen in Not zu erleichtern und kooperativ mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten. Schließlich fordern wir Russland auf sicherzustellen, dass der Konflikt nicht auf andere Staaten übergreift und die Bedeutung regionaler Stabilität und Sicherheit zu berücksichtigen.

14. Die in Washington vereinbarte Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI) entspricht den neuen Anforderungen, die sich aus dem Sicherheitsverständnis des Bündnisses im Sinne des neuen Strategischen Konzepts ergeben; sie wird die rasche Dislozierbarkeit der Allianzstreitkräfte, ihre Versorgung, Verstärkung und Durchhaltefähigkeit über einen längeren Zeitraum und weit von den Heimatstandorten entfernt sicherstellen, ihre Fähigkeit zu effektiverem Einsatz stärken, ihren besseren Schutz und ihre Unterstützung durch effektive Führungsvorkehrungen gewährleisten. Ausgehend von den Erfahrungen, die in den Operationen des Bündnisses auf dem Balkan gewonnen wurden, wird die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit die Verbesserung der Interoperabilität zwischen Allianzstreitkräften und gegebenenfalls auch zwischen Allianz- und Partnerstreitkräften fördern. Die Initiative wird auch europäische Fähigkeiten und den europäischen Pfeiler der NATO stärken. Die Umsetzung der Initiative zur Verteidigungsfähigkeit wird längerfristige Anstrengungen sowohl seitens der Bündispartner als auch der NATO-Gremien erforderlich machen, um die wichtigen Fähigkeiten der Initiative schwerpunktartig zu bearbeiten und die ausgewogene Struktur der Streitkräfte sicherzustellen, so dass vorgegebene Erfordernisse berücksichtigt werden können; ferner, um eine kreative Reaktion bei nicht ausreichend vorhandenen Fähigkeiten zu bewirken und Mittel in ausreichendem Umfang bereitzustellen, um den Herausforderungen der Zukunft entgegentreten zu können. Die Umsetzung der Initiative ist zunächst und vor allem eine nationale Verantwortung. Kooperative und kollektive Vereinbarungen und Mechanismen, einschließlich multinationaler und gemeinsamer Finanzierung, werden jedoch ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

15. Wir haben den Stand der Umsetzung von DCI geprüft. Wir sind ermutigt durch die nützlichen ersten Ergebnisse, die bisher sowohl innerhalb der NATO als auch auf der Ebene nationaler Programme erreicht wurden. Wir freuen uns über den Fortschritt, der bei der Umsetzung des Konzepts eines multinationalen teilstreitkraftübergreifenden Logistikzentrums (MJLC), einschließlich der personellen Ausstattung von MJLC-Positionen und der weiteren Arbeit an seiner neuen Einsatzdoktrin erreicht wurde. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass die Entwicklung von Clearing-Stellen für multinationale Einheiten Gegenstand laufender Arbeiten ist, eine erste Konferenz zu diesem Thema im weiteren Verlauf dieses Monats stattfinden wird und die Arbeiten zur Entwicklung einer Systemarchitektur für Konsultation und Führung des Bündnisses beschleunigt wurden. Um diesen ersten Fortschritt zu unterstützen, haben wir Weisung erteilt, dass die Anstrengungen zur Umsetzung von DCI entschlossen weitergeführt werden und um Vorlage eines Fortschrittsberichts auf unserem nächsten Treffen gebeten.

16. Die Arbeit zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb des Bündnisses wird im Sinne des Gipfelkommuniqués von Washington und des Strategischen Konzepts fortgesetzt. In diesem Zusammenhang fand ein erster Meinungsaustausch hinsichtlich der Beziehungen zur Europäischen Union, der praktischen Vorkehrungen zur Unterstützung EU-geführter Operationen und der Beteiligungsfrage statt.

17. Wir begrüßen die Entschlossenheit aller europäischen Bündnispartner, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um die europäischen militärischen Fähigkeiten zu stärken. Durch diese Verbesserungen wird die Fähigkeit der Bündnispartner, zu Bündnisaufgaben beizutragen, weiter ausgebaut und darüber hinaus ein Beitrag zur Stärkung der Fähigkeit für EU-geführte Operationen geleistet. Wir verfolgen sorgfältig die laufenden Arbeiten in der EU und sehen den EU-lnitiativen, die sich aus dem Gipfeltreffen in Helsinki ergeben könnten, erwartungsvoll entgegen, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten, bei Vermeidung unnötiger Doppelarbeit; dabei erwarten wir, dass diese Intitiativen und jene, die im Rahmen der DCI des Bündnisses ergriffen werden, sich gegenseitig verstärken, und wir sind zuversichtlich, dass ein stärkeres Europa eine stärkere Allianz bedeutet. Auf dieser Grundlage sehen wir der Schaffung einer engen Beziehung zwischen der NATO und der Europäischen Union mit Erwartung entgegen.

18. Inzwischen setzt die Allianz ihre Arbeit mit der WEU zur Ergänzung und Umsetzung von Vereinbarungen fort, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen im Falle einer WEU-geführten militärischen Operation unter Einsatz von NATO-Mitteln und -Fähigkeiten zu erleichtern. Wir sehen der Erprobung dieser Vereinbarungen in der für Februar 2000 vorgesehenen Krisenmanagement-Übung zwischen NATO und WEU erwartungsvoll entgegen. Wir begrüßen die Unterrichtung über das Ergebnis der WEU-Bestands-aufnahme bezüglich der für Petersberg-Aufgaben verfügbaren Mittel und Fähigkeiten, die von den WEU-Ministern auf ihrem Luxemburger Treffen gebilligt wurde.

19. Wir weisen mit Nachdruck auf die Gefahr hin, die mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel für internationale und regionale Stabilität verbunden ist. Hauptziel des Bündnisses und seiner Mitglieder auf dem Gebiet der Nichtverbreitung ist es, Proliferation zu verhindern, oder, falls sie geschieht, durch diplomatische Mittel rückgängig zu machen. Wir fordern alle Länder auf, dem NVV beizutreten und den Vertrag, Eckstein des Nichtverbreitungsregimes, uneingeschränkt umzusetzen. Wir sind entschlossen, ein rechtsverbindliches Protokoll, einschließlich wirksamer Verifikationsmaßnahmen voranzubringen, um die Vertragseinhaltung zu verbessern und Transparenz zu fördern und so die Implementierung des Übereinkommens über das Verbot biologischer und Toxinwaffen zu stärken. Wir unterstreichen die Wichtigkeit der weltweiten Geltung und Beachtung des Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen.

20. Das Bündnis macht Fortschritt bei der Umsetzung der Initiative zu den Massenvernichtungswaffen (WMDI). Das neue Zentrum für Massenvernichtungswaffen wird eine bessere Koordinierung aller WMD-bezogenen Aktivitäten im NATO-Hauptquartier ermöglichen sowie darüber hinaus die nichtverbreitungspolitischen Konsultationen und militärische Bestrebungen zur Verbesserung des Bereitschaftsstands der Allianz unterstützen. Wir erwarten, dass das WMD-Zentrum Anfang des Jahres 2000 eingerichtet wird. Bei der Aufgabenbeschreibung des WMD-Zentrums ist wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Die Spezifizierungen einer WMD-Datenbank zur Aufnahme von Erkenntnissen und Informationen werden aktiv geprüft, um Qualität und Quantität im Austausch von Erkenntnissen und Informationen zwischen den Bündnispartnern zu verbessern. Schließlich setzen wir unsere Vorbereitungen für erneute Konsultationen mit Russland im Rahmen des Ständigen Gemeinsamen Rats zu diesen Fragen fort, und wir begrüßen die Aufnahme prollferationsbezogener Gespräche mit der Ukraine in der NATO-Ukraine-Kommission. Wir sind entschlossen, unsere Fähigkeiten zu verbessern, um die mit der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägermitteln verbundenen Risiken, die auch eine potentielle Gefahr für die Bevölkerung, das Territorium und die Streitkräfte der Bündnispartner darstellen, in geeigneter Form und wirksam zu begegnen.

21. Die Arbeit zu anderen Aspekten der internen Anpassung des Bündnisses wurde ebenso fortgesetzt. Die Aktivierung der Hauptquartiere der neuen Kommandostruktur begann am 1. September. Mit der neuen Kommandostruktur wird das Bündnis über die Führungsfähigkeit für sein gesamtes militärisches Aufgabenspektrum verfügen, einschließlich durch dislozierbare alliierte Hauptquartiere und insbesondere CJTF-HQs. Die letzte Phase der Umsetzung des CJTF-Konzepts ist angelaufen, die Allianz wird also über ein wichtiges

neues Instrument für Krisenmanagement im nächsten Jahrhundert verfügen. Darüber hinaus sind Richtlinien für die militärische Umsetzung des Strategischen Konzepts bei den NATO-Militärbehörden in Vorbereitung. Anschließend erfolgt eine Prüfung der Streitkräftestruktur, so dass wir in der Lage sein werden, künftigen Risiken und Bedrohungen effektiver zu begegnen. Gleichzeitig werden die operativen Planungsverfahren des Bündnisses durch die NATO-Militärbehörden auf den neuesten Stand gebracht und angepasst, um die Erfahrungen der letzten Operationen zu berücksichtigen und ganz allgemein operationellen Erfordernissen gerecht zu werden.

22. Wir bekräftigen, dass das Bündnis gemäß Artikel 10 des Washingtoner Vertrags für neue Mitglieder weiter offensteht. Die Allianz erwartet, dass sie in den kommenden Jahren weitere Einladungen an Staaten aussprechen wird, die willens und in der Lage sind, die Verantwortlichkeiten und Pflichten der Mitgliedschaft zu übernehmen, insofern die NATO feststellt, dass die Aufnahme dieser Staaten den allgemeinen politischen und strategischen Interessen des Bündnisses dienen und die europäische Sicherheit und Stabilität insgesamt verbessern würde. Wir begrüßen das erhebliche Interesse und die aktive Teilnahme beitrittswilliger Länder am Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP), einschließlich der verteidigungspolitischen und militärischen Aspekte. Die Länder haben nationale Jahresprogramme vorgelegt, die die Grundlage zur Fortentwicklung des MAP-Prozesses bilden, u.a. durch die vorgesehene Rückkopplung mit der Allianz und deren Bewertung des Fortschritts bei der Stärkung der Fähigkeit dieser Länder, den Anforderungen und Pflichten einer Mitgliedschaft gerecht zu werden. Die Vorbereitung auf mögliche künftige Mitgliedschaft wird durch PfP-Aktivitäten unterstützt. Auf den Einzelfall zugeschnittene, individuelle Partnerschaftsprogramme und PfP-Planungsziele für beitrittswillige Länder werden eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung zur Verbesserung der Effektivität und Interoperabilität ihrer Streitkräfte spielen. Wir werden den Fortschritt jedes beitrittswilligen Landes auf verteidigungspolitischem und militärischem Gebiet auf unserem nächsten Ministertreffen erörtern.

23. Wir begrüßten die Entscheidung Irlands, zum 1. Dezember 1999 neuestes Mitglied der Partnerschaft für den Frieden (PfP) zu werden. Dies ist ein Beweis für die zentrale Rolle, die PfP inzwischen für euro-atlantische Sicherheit und Stabilität spielt.

24. Wir sprechen unsere Anerkennung für den Fortschritt aus, der bei der Umsetzung der in Washington auf den Weg gebrachten vertieften und operationelleren Partnerschaft erreicht wurde, um die operationelle Fähigkeit der Partnerschaft für den Frieden zu stärken. Wir begrüßen die erste Ministerrichtlinie des PfP-Planungs- und Überprüfungsprozesses (PARP), die auf der morgigen Sitzung gebilligt wird, sowie die Entwicklung von Partnerschaftszielen als einen wesentlichen Schritt vorwärts, um den Streitkräfteplanungsprozess für Partner dem Verfahren der Allianz weiter anzunähern und verstärkte Fähigkeiten zu erzielen.

25. Wir begrüßen den Fortschritt, der bei der Beteiligung der Partner als Truppensteller an den Konsultationen, der Planung, Durchführung und politischen Aufsicht bei den gegenwärtigen Operationen auf dem Balkan in Übereinstimmung mit dem politisch-militärischen Rahmen (PMF) für NATO- geführte PfP-Operationen erreicht wurde. Wir billigen das Konzept operativer Fähigkeiten, das die entsprechenden Fähigkeiten von PfP verstärken und die Fähigkeit und Interoperabilität von Partnerstreitkräften verbessern und zugleich die Gesamtkapazität des Bündnisses, auf den Einzelfall zugeschnittene Streitkräftepakete zu entwickeln, unterstützen wird, um künftige NATO-geführte PfP-Operationen wie SFOR und KFOR durchzuführen und durchzuhalten. Das Konzept operativer Fähigkeiten wird weiter entwickelt werden und zusätzliche Erfahrungen sowie die Umsetzung des Konzepts vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen im Zusammenhang mit multinationalen Operationen unter Beteiligung von Allianz- und Partnerstaaten berücksichtigen. Wir begrüßen den wesentlichen Fortschritt, der bisher zum Erweiterungsprogramm für PfP-Aus- und -Fortbildung erreicht werden konnte und sehen der Vorlage eines voll ausgearbeiteten Programms auf unserem nächsten Treffen im Frühjahr 2000 mit Erwartung entgegen. Wir haben dem Ständigen Rat Weisung erteilt, auf unserem Treffen im Frühjahr 2000 über den Fortschritt hinsichtlich dieser wichtigen Initiativen zu berichten.

26. Wir messen einer engen Beziehung zu Russland, wie in der NATO-Russland-Grundakte vorgesehen, unverändert große Bedeutung bei. Über unsere gemeinsamen Anstrengungen in Bosnien und Herzegowina hinaus arbeiten NATO- und russische Streitkräfte im Kosovo hervorragend zusammen, und wir haben unsere Konsultationen zum Kosovo im Ständigen Gemeinsamen Rat fortgesetzt. Wir bedauern, dass Russland bisher nicht bereit war, das gesamte Spektrum der in der Grundakte vereinbarten Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Wir appellieren an Russland, politische Überlegungen in dieser Hinsicht zu überprüfen und sehen der zukünftigen Ausweitung unserer Konsultationen und Zusammenarbeit, auch im Rahmen des EAPR und der Partnerschaft für den Frieden, mit Erwartung entgegen.

27. Wir messen der Fortentwicklung unserer ausgeprägten Partnerschaft mit der Ukraine große Bedeutung bei. Wir sichern der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Verteidigungsreform unsere weitere Unterstützung zu und nehmen die wertvolle Arbeit zur Kenntnis, die durch das NATO-Verbindungsbüro und das Dokumentations- und Informationszentrum in Kiew geleistet wird. Wir sehen dem morgigen Treffen der NATO-Ukraine-Kommission erwartungsvoll entgegen.

28. Der Mittelmeerraum ist von besonderem Interesse für das Bündnis. Wir freuen uns über den Fortschritt, der bei der Vertiefung des Mittelmeerdialogs als Teil des kooperativen Sicherheitsverständnisses der NATO erzielt worden ist. Wir begrüßen die Tatsache, dass das Arbeitsprogramm 2000 eine erhebliche Zahl militärischer Aktivitäten vorsieht. Wir betonen auch die Bedeutung, verteidigungsbezogener Aktivitäten, die auf den Einzelfall zugeschnitten sind, und in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit militärischer Kontakte, die durch Besuche in Dialogländer geschaffen werden. Zu diesem Zweck fordern wir den Ständigen Rat auf, einen Fortschrittsbericht auf unseren nächsten Treffen vorzulegen.

29. Das Übereinkommen die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, das auf dem OSZE-Gipfeltreffen am 19. November in Istanbul unterzeichnet wurde, wird die weitere Funktionsfähigkeit des KSE-Vertrags als ein Eckpfeiler der Sicherheit und Stabilität in Europa gewährleisten. Die umfassenden Vorschläge der Bündnispartner stellten eine wichtige Grundlage in den Verhandlungen dar, insbesondere hinsichtlich der Einführung eines Systems nationaler Obergrenzen für schwere Ausrüstung und zur Verbesserung der vertraglichen Bestimmungen zu Stabilität, Transparenz und Berechenbarkeit. Der angepasste Vertrag wird Sicherheit in ganz Europa verstärken, nicht zuletzt durch die Einführung einer Struktur größerer Beschränkungen bei nationalen und territorialen Obergrenzen, wobei gleichzeitig ausreichende Flexibilität für routinemäßige Übungszwecke und effektives Krisenmanagement eingeräumt und damit die Fähigkeit der NATO zur Erfüllung ihrer Verantwortlichkeiten gewährleistet wird. Wir freuen uns, dass der angepasste Vertrag den Beitritt neuer Vertragsstaaten zulassen und die vertraglichen Anforderungen hinsichtlich der Zustimmung des Gastgeberstaats zur Präsenz fremder Streitkräfte verstärken wird.

30. Wir begrüßen die wichtigen politischen Verpflichtungen, die in der KSE-Schlussakte enthalten sind, insbesondere die bilateralen Vereinbarungen zwischen Russland und Georgien sowie zwischen Russland und Moldau zum Rückzug russischer Streitkräfte. Entscheidend ist jedoch, dass der KSE--Vertrag wirksam und glaubwürdig bleibt. Die Mitgliedstaaten des Bündnisses sind besorgt über die fortdauernde Nichteinhaltung der („Flanken"-) Beschränkungen gemäss Artikel V des Vertrags durch Russland. Wir nehmen die Verpflichtung Russlands zur Kenntnis, alle Bestimmungen und Begrenzungen des Vertrags einzuhalten. Wir nehmen ebenfalls die Zusicherungen Russlands zur Kenntnis, dass die Überschreitung der KSE-Obergrenzen zeitlich begrenzt ist. Die Bündnispartner erwarten, dass Russland seine Zusage, die KSE-Obergrenzen so bald wie möglich wieder einzuhalten, erfüllt und inzwischen ein Höchstmaß an Transparenz bezüglich seiner im nördlichen Kaukasus dislozierten Kräfte und Waffen in Übereinstimmung mit dem KSE-Vertrag und dem Wiener Dokument herstellt. Ein Inkrafttreten des angepassten Vertrags kann nur im Zusammenhang mit der Einhaltung der vertraglichen Begrenzungen durch alle Vertragsstaaten in Betracht kommen. Auf dieser Grundlage werden wir darauf hinwirken, dass der angepasste Vertrag in Kraft treten kann. Vorbehaltlich des Abschlusses dieses Prozesses bleibt die fortgesetzte Implementierung des bestehenden Vertrags und der dazu gehörenden Dokumente von entscheidender Bedeutung.

31. Die Allianz misst der Wahrung strategischer Stabilität Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang fordern wir Russland auf, den START Il-Vertrag unverzüglich zu ratifizieren. Dies würde den Weg für bedeutende Reduzierungen der Kernwaffenbestände ebnen und Verhandlungen über einen START lll-Vertrag ermöglichen, mit dem Ziel zusätzlicher weitreichender Reduzierungen der Arsenale nuklearer Waffen. Wir treten weiterhin für das baldige Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen ein und fordern alle Länder auf, dem Vertrag beizutreten und ihn so bald wie möglich zu implementieren. Wir unterstützen den baldigen Abschluss eines Vertrags über

das Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper.

32. Wir begrüßten den Abschluss der Untersuchung, die im Rahmen der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren (CNAD) für den NATO-Rüstungsbereich durchgeführt wurde. Die Untersuchung enthält neue Vereinbarungen zur Harmonisierung der rüstungsbezogenen Forderungen, um dem Bedarf bei den Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses gerecht zu werden und die Standardisierung des Materials im Sinne einer breit angelegten Interoperabilität, die kooperative Beschaffung von Ausrüstung und einen effektiveren Einsatz der Mittel für Verteidigungsforschung und -technologie zu gewährleisten. Als entscheidendes Ergebnis der Untersuchung wird insbesondere mit dem NATO-Ausschuss für Rüstungskoordination die Koordinierung materialorientierter Fragen innerhalb aller betroffenen NATO--Gremien verbessert und damit ein direkter Beitrag zur Umsetzung der Initiative zur Verteidigungsfähigkeit geleistet. Eine NATO-Forschungs- und Technologiestrategie ist entwickelt worden, die Richtlinien für die Arbeit des Bündnisses auf diesem Gebiet geben soll. Die Untersuchung und die Strategie werden dazu beitragen, die spezifische Rolle des Bündnisses im Rüstungsbereich in den kommenden Jahren zu unterstützen. Wir begrüßen die Entwicklung in der europäischen Rüstungsindustrie und ihren Beitrag zur Stärkung der europäischen Fähigkeiten. Lebensfähige Rüstungsindustrien auf beiden Seiten des Atlantik sind wichtig für die Effektivität der NATO-Streitkräfte. In diesem Sinne begrüßen wir die fortlaufende Zusammenarbeit der transatlantischen Rüstungsindustrien als einen Beitrag, Interoperabilität, umfassende Einsparungen, Wettbewerb und Innovation zu bewirken. In diesem Zusammenhang sehen wir einer Vertiefung der transatlantischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern im Geiste des Ausgleichs und der Partnerschaft als wichtiger Faktor des Zusammenhalts des Bündnisses erwartungsvoll entgegen.

33. Zur Verbesserung der Effektivität zivil-militärischer Zusammenarbeit, die das Strategische Konzept als wesentlichen Faktor der operationellen Fähigkeit des Bündnisses bestätigt, ist eine umfassende Überprüfung der zivilen Notfallplanung in der NATO eingeleitet worden, die vor dem Abschluss steht. Als Ergebnis dieser Überprüfung wird die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen vertieft, um die zivilen Mittel in Bündnisaktivitäten, wie friedensunterstützende Operationen, effektiver zu nutzen. Die Partnerstaaten, die wesentlich zu gemeinsamen Operationen beitragen, werden die Ergebnisse der Überprüfung im Rahmen ihrer immer engeren Beteiligung an zivil-militärischen Planungsaktivitäten ebenfalls einsetzen können. In diesem Zusammenhang erweist sich die zunehmende Beteiligung der Partner an Aktivitäten der zivilen Notfallplanung als äußerst wertvoll und umfaßt neben Interoperabilität im Katastrophenfall im Rahmen des Euro-Atlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe (EADRCC) auch Vorkehrungen zur zivilen Unterstützung des militärischen Bereichs.

34. Die gemeinsame Finanzierung der NATO spielt eine wesentliche Rolle zur Unterstützung der NATO-Kommandostruktur in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo. Im Rahmen der fortlaufenden Anpassung der gemeinsam finanzierten Programme an die Sicherheitserfordernisse des Bündnisses gemäß dem neuen Strategischen Konzept sind Schritte ergriffen worden, um ihre Transparenz und die Fokussierung des Verfahrens zur Vergabe gemeinsam finanzierter Mittel zu verbessern. Wir begrüßen die Initiativen zur weiteren Verbesserung dieses Verfahrens.

35. Terrorismus in jeder Form stellt eine ernsthafte Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Stabilität dar, die die territoriale Integrität von Staaten gefährden kann. Wir verurteilen aufs neue den Terrorismus und bekräftigen unsere Entschlossenheit, ihn in Übereinstimmung mit unseren internationalen Verpflichtungen und nationalen Gesetzen zu bekämpfen. Die terroristische Bedrohung gegenüber dislozierten NATO-Streitkräften und NATO--Einrichtungen erfordert die Überlegung über und Entwicklung von geeigneten Massnahmen zu ihrem weiteren Schutz, unter voller Berücksichtigung der Verantwortlichkeiten der jeweiligen Gastgebernation.

MINISTERTAGUNG DES VERTEIDIGUNGSPLANUNGSAUSSCHUSSES UND DER NUKLEAREN PLANUNGSGRUPPE

Brüssel, den 2. Dezember 1999

1. Der Verteidigungsplanungsausschuss und die Nukleare Planungsgruppe der Nordatlantikpakt-Organisation traten am 2. Dezember 1999 auf Ministerebene in Brüssel zusammen.

2. Wir bekräftigten die unveränderte Bedeutung der transatlantischen Bindung. Die Ereignisse dieses Jahres haben die grundlegende Bedeutung der kollektiven Verteidigungsplanung als den Rahmen herausgestellt, innerhalb dessen die Forderungen der Mitgliedstaaten und des Bündnisses abgestimmt werden. Unsere fortgesetzte Präsenz in Bosnien und Herzegowina und die Operationen des Bündnisses zur Beendigung der Unterdrückung im Kosovo und Wiederherstellung der Stabilität dort hätten ohne unsere integrierte militärische Struktur und die bewährten Mechanismen der kollektiven Planung nicht durchgeführt werden können. Mit Hilfe der Erfahrungen, die in den Operationen im Kosovo gewonnen wurden, und der Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI), die unsere Staats- und Regierungschefs auf dem Washingtoner Gipfeltreffen auf den Weg brachten, werden wir sicherstellen, dass die Forderungen zur Durchführung des gesamten Spektrums der Bündnisaufgaben auch weiterhin durch die kollektive Verteidigungsplanung berücksichtigt werden.

3. Wir haben die nationalen Verteidigungspläne der Bündnispartner für den Zeitraum 2000-2004 und darüber hinaus erörtert und einen fünfjährigen Streitkräfteplan angenommen, der die Erfordernisse des künftigen Sicherheitsumfelds berücksichtigt. Im Mittelpunkt dieser Erörterungen stand insbesondere die Frage, in welchem Umfang die Bündnispartner die im DCI-Rahmen aufgestellten Forderungen stärker erfüllen müssen. Ferner war die Planung der Verteidigungsausgaben Gegenstand unserer Erörterungen. Alle Bündnispartner rechnen mit dem weiteren Ansteigen des Bruttosozialprodukts, doch nach gegenwärtigen Plänen wird eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben nur von wenigen in Aussicht genommen. Wir werden diesen Aspekt weiterhin verfolgen. Wir sind nach wie vor entschlossen, die erforderlichen Mittel aufzubringen, die die personelle Ausstattung, Ausrüstung, Ausbildung und Durchhaltefähigkeit unserer Kräfte im Hinblick auf das gesamte Spektrum ihrer Bündnisrollen und -aufgaben sichern, auch durch den effektiveren Einsatz verfügbarer Mittel. Wir sind uns ebenfalls der Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen und einer multinationalen bzw. gemeinsamen oder im NATO-Rahmen durchgeführten Finanzierung bewusst, die zum verstärkten Zusammenhalt des Bündnisses beitragen und Solidarität zum Ausdruck bringen.

4. Wir haben ebenfalls den Stand der Arbeiten zur Kenntnis genommen, die sicherstellen sollen, dass die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit in den durch die NATO-Militärbehörden entwickelten Planungszielen, die wir im Frühjahr als NATO-Streitkräfteziele billigen werden, in vollem Umfang berücksichtigt wird. Es ist wichtig, dass die Verteidigungsprogramme der Bündnispartner mit Hilfe unserer Streitkräfteplanungsmechnismen vollständig im Einklang mit den Arbeiten zu DCI entwickelt werden und die gemeinsame Verantwortung der Bündnispartner zum Ausdruck bringen. Wir sehen der Erörterung der geplanten Streitkräfteziele auf unserem nächsten Treffen mit Erwartung entgegen.

5. In Übereinstimmung mit den Washingtoner Gipfelbeschlüssen wurde ein erster Meinungsaustausch innerhalb des Bündnisses zur weiteren Anpassung des NATO-Verteidigungsplanungssystems vorgenommen, um die Verfügbarkeit

von Kräften für EU-geführte Operationen umfassender einzubringen. Wir halten es für außerordentlich wichtig, dass die Kohäsion und Integrität des Verteidigungsplanungsverfahrens der Allianz zur Durchführung ihres gesamten Aufgabenspektrums sichergestellt werden.

6. Auf diesem ersten Treffen im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe seit dem Washingtoner Gipfel bekräftigten wir die im neuen Strategischen Konzept festgelegten Grundsätze für die nuklearen Streitkräfte der Bündnispartner. Der grundlegende Zweck dieser Streitkräfte ist weiterhin politischer Art: Wahrung des Friedens und Verhinderung von Zwang und jeder Art von Krieg. Sie spielen eine wesentliche Rolle, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden, und indem sie ein wesentliches politisches und militärisches Bindeglied zwischen den europäischen und den nordamerikanischen Mitgliedstaaten des Bündnisses darstellen. Die Allianz wird daher angemessene nukleare Streitkräfte in Europa auf dem Mindestniveau beibehalten, das zur Wahrung von Frieden und Stabilität ausreicht. Angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage erklärten wir, dass die Umstände, unter denen ein Einsatz von Nuklearwaffen durch die Bündnispartner in Betracht zu ziehen wäre, in äußerste Ferne gerückt sind.

7. Wir betonten, dass das Bündnis seit 1991, vor dem Hintergrund des verbesserten Sicherheitsumfelds und in Übereinstimmung mit dem erklärten Grundsatz der Allianz, die Streitkräfte auf dem ausreichenden Mindestniveau zu halten, seine substrategischen nuklearen Kräfte nach Typ und Zahl um mehr als 85% verringert hat. Diese Reduzierungen umfassten die vollständige Beseitigung aller nuklearen Artillerie und bodengestützten Flugkörper. Darüber hinaus hat das Bündnis die Kriterien für den Bereitschaftsgrad von Streitkräften mit nuklearen Aufgaben wesentlich gelockert.

8. Wir erklärten, dass Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung – und die Stabilität, Transparenz, Berechenbarkeit, ein niedrigeres Rüstungsniveau sowie Verifikation, die damit erreicht werden können – auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der sicherheitspolitischen Ziele der Allianz spielen werden. Die Arbeiten des Bündnisses in diesen Bereichen werden als ein Beitrag zu den Aufgaben, die der Gipfel von Washington gestellt hat, fortgesetzt. Wir erörterten die wachsenden Gefahren, die von Proliferantenstaaten ausgehen. Wir bekräftigten erneut die Überzeugung, dass die Bündnisstreitkräfte vom Einsatz von Massenvernichtungswaffen abschrecken; damit leisten sie einen Beitrag zum Ziel der Allianz, die Weiterverbreitung dieser Waffen und ihrer Trägersysteme zu verhindern. Alle Bündnispartner unterstützen die maßgeblichen Verträge in Bezug auf Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und treten für die uneingeschränkte Umsetzung dieser Verträge ein. Im Hinblick auf die im Frühjahr 2000 stattfindende NVV-Überprüfungskonferenz bekräftigten wir, dass wir den Vertrag voll und ganz unterstützen und uns weiterhin für Bestrebungen zur Reduzierung von Nuklearwaffen einsetzen; wir appellierten an alle Länder, die dies noch nicht getan haben, dem NVV beizutreten und den Vertrag uneingeschränkt umzusetzen. Wir appellieren weiterhin an die Russische Föderation, den START Il-Vertrag zu ratifizieren, damit die vertraglichen Vereinbarungen zum allgemeinen Nutzen umgesetzt und Verhandlungen über START III aufgenommen werden können. Wir unterstützen weiterhin die Ratifizierung, das baldige Inkrafttreten und die uneingeschränkte Umsetzung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT).

9. Wir treten fest für unsere Partnerschaft mit Russland im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte ein und sind bereit, den wechselseitigen Austausch mit Russland über Fragen betreffend Nuklearwaffen wiederaufzunehmen; wir haben deshalb mögliche nächste Schritte im Rahmen dieser Konsultationen erörtert. In diesem Zusammenhang stellen wir mit Besorgnis fest, dass Russland bestrebt zu sein scheint, sich stärker auf Nuklearstreitkräfte zur Gewährleistung seiner Sicherheit abzustützen. Wir appellieren erneut an Russland, das Arsenal seiner taktischen Nuklearwaffen im Hinblick auf substantielle Reduzierungen weiter zu überprüfen. Wir sehen weiteren Konsultationen über diese Fragen erwartungsvoll entgegen. Wir begrüßten Pläne der Vereinigten Staaten, in Zusammenarbeit mit Russland ein gemeinsames „Jahr 2000-Zentrum für strategische Stabilität“ zeitlich befristet einzurichten, das mögliche Fehler in den Datenverarbeitungssystemen der Raketenabwehrsysteme beider Staaten bearbeiten soll. Dies ist ein wichtiger gemeinsamer Schritt, um Schutz und Sicherheit im nuklearen Bereich insgesamt herzustellen.

10. Wir freuen uns, dass die Nuklearstreitkräfte der Allianz, Führungssysteme und Infrastruktur zur Unterstützung der nuklearen Rolle des Bündnisses gründlich überprüft wurden und die Jahr 2000-Verträglichkeit in vollem Umfang sichergestellt ist.

TAGUNG DER NATO-UKRAINE-KOMMISSION AUF VERTEIDIGUNGSMINISTEREBENE

Brüssel, den 3. Dezember 1999

1. Am 3. Dezember 1999 kam die NATO-Ukraine-Kommission (NUK) zum ersten Mal seit dem Washingtoner Gipfeltreffen zu einer Tagung auf Verteidigungsministerebene zusammen.

2. Die Minister diskutierten die Lage auf dem Balkan. Sie begrüßten die weiteren Fortschritte bei der Durchführung der Friedensvereinbarung von Dayton in Bosnien und Herzegowina und nahmen die Umstrukturierung der SFOR zur Kenntnis. Bezüglich des Kosovo hoben sie die Erfolge der KFOR hervor. Sie erörterten künftige Herausforderungen für die KFOR und forderten alle Bevölkerungsgruppen auf, bei den Wiederaufbaubemühungen mit der internationalen Staatengemeinschaft zusammenzuarbeiten. Die Minister bekundeten ihre Entschlossenheit, ihr Teil zur Erreichung aller in der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats niedergelegten Ziele der Völkergemeinschaft beizutragen.

3. Die Minister der NATO-Staaten würdigten den militärischen Beitrag der Ukraine zur IFOR und zur SFOR und nahmen zur Kenntnis, dass die Ukraine ihre künftigen Truppenkontingente auf dem Balkan in erster Linie der KFOR zur Verfügung stellen wird.

4. Die Minister erörterten den Stand der Verteidigungsreform in der Ukraine. Minister Olexandr Kusmuk berichtete über Fortschritte bei der Umstrukturierung der ukrainischen Streitkräfte und über diesbezügliche Pläne für die Zukunft. Die Minister der NATO-Staaten würdigten das Bekenntnis der Ukraine zur Reform des Verteidigungssektors und betonten, sie seien weiterhin bereit, diesen Prozess mit Hilfe der Gemeinsamen Arbeitsgruppe für Verteidigungsreform zu unterstützen.

5. Die Minister erörterten die verteidigungsrelevante Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-Ukraine-Charta. Sie verwiesen auf Vorschläge im Arbeitsplan für das Jahr 2000, denen zufolge Expertentreffen zu den Themen Verwaltung von Verteidigungsressourcen und Streitkräfteplanung wie auch zu rechtlichen Fragen veranstaltet werden sollen. Sie betonten, die Arbeit müsse fortlaufend überprüft werden und bezüglich früherer Treffen zu den Bereichen zivil-militärische Beziehungen sowie Aus- und Fortbildung seien die entsprechenden Folgemaßnahmen zu treffen.

6. Die Minister erörterten auch die Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden. Sie begrüßten die Schritte, die in der Ukraine unternommen worden sind, um die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit des PfP-Ausbildungszentrums Yavoriv zu erreichen, und verwiesen auf die noch erforderliche Ratifizierung des Truppenstatuts. Die Minister der NATO-Staaten begrüßten die Vorschläge im Individuellen Partnerschaftsprogramm (IPP) der Ukraine für den Zeitraum 2000-2001. Die Minister nahmen die umfassenderen Möglichkeiten zur Kenntnis, die das neue Konzept operativer Fähigkeiten sowie das Erweiterungsprogramm für Aus- und Fortbildung bieten, und betonten die wichtige Rolle des NATO-Verbindungsbüros für die wirksame Verwaltung und Durchführung des ukrainischen IPP.

TAGUNG DES EURO-ATLANTISCHEN PARTNERSCHAFTSRATS AUF VERTEIDIGUNGSMINISTEREBENE

Brüssel, den 3. Dezember 1999

1. Dies war die erste Tagung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) auf Verteidigungsministerebene seit dem Washingtoner Gipfeltreffen. Den Schwerpunkt der Tagung bildeten die Zusammenarbeit auf dem Balkan sowie die Fortschritte bei der Entwicklung der vertieften und operativer gestalteten Partnerschaft, wie sie in Washington ins Auge gefasst wurde. Darüber hinaus berichtete der Generalsekretär über das Ergebnis der NATO-Ministertagungen, und die Minister wurden über den Stand der Maßnahmen zur Durchführung der Bündnisinitiative zur Verteidigungsfähigkeit unterrichtet.

2. Die Minister begrüßten die weiteren Fortschritte in Richtung auf die uneingeschränkte Durchführung der Friedensvereinbarung von Dayton in Bosnien und Herzegowina und nahmen zur Kenntnis, dass angesichts der verbesserten Sicherheitslage mit der Umstrukturierung der SFOR begonnen worden ist. Sie bekräftigten, dass die Unterstützung von Recht und Ordnung, die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie die Stärkung gemeinsamer Institutionen unverändert die Schwerpunkte der SFOR-Arbeit bilden sollen.

3. Die Minister bekundeten ihre Zufriedenheit angesichts der Erfolge der KFOR bei der Herbeiführung von Stabilität und Sicherheit sowie angesichts der stetigen humanitären Verbesserungen, die durch die Entsendung der KFOR möglich geworden sind. Sie zogen zudem eine Bilanz der wichtigsten Herausforderungen, mit denen die KFOR konfrontiert ist. Die Minister forderten alle Bevölkerungsgruppen im Kosovo dazu auf, zusammenzuarbeiten und die Bemühungen der Völkergemeinschaft um den Wiederaufbau, für den dringend die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden müssen, zu unterstützen. Sie begrüßten erneut das ausgewogene Vorgehen der KFOR beim Aufbau eines sicheren Umfelds sowie bei der Unterstützung zentraler ziviler Durchführungsaufgaben im Einklang mit der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats.

4. Die Minister nahmen einen Bericht über den Fortgang der Initiative Südosteuropa zur Kenntnis und begrüßten die im Rahmen des EAPR und der PfP geleistete Arbeit an Vorschlägen im Hinblick auf Beiträge zur Sicherheit und Stabilität des Balkans.

5. Die Minister begrüßten die zunehmende Bedeutung, die der Partnerschaft für den Frieden bei der Stärkung von Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum zukommt, insbesondere den politischen und militärischen Beitrag der PfP zur Unterstützung von Balkanoperationen unter der Leitung der NATO. Sie begrüßten auch die Fortschritte, die bei der Durchführung von Maßnahmen zur Vertiefung und operativeren Gestaltung der PfP erzielt worden sind.

6. In diesem Zusammenhang verwiesen die Minister auf die Verabschiedung der ersten Ministerrichtlinie der NATO-Minister und der Minister der am PfP-Planungs- und -Überprüfungsprozess (PARP) beteiligten Partnerstaaten. Diese Richtlinie wird bei der Erarbeitung der Partnerschaftsziele berücksichtigt werden, mit deren Hilfe die Interoperabilität zwischen PfP-Streitkräften der Partnerstaaten erhöht und Zielvorgaben für die Entwicklung der Streitkräfte und Fähigkeiten von Partnerstaaten im Hinblick auf PfP-Operationen unter der Leitung der NATO festgelegt werden sollen. Sie begrüßten die Schritte zur Umsetzung des politisch-militärischen Rahmens für NATO-geführte PfP-Operationen und hoben die Bedeutung des Informationsaustausches und der Konsultationen mit Partnerstaaten hervor, die Beiträge zu den von der NATO geführten SFOR- und KFOR-Operationen auf dem Balkan leisten.

7. Die Minister billigten zudem das neue Konzept operativer Fähigkeiten für PfP-Operationen unter der Leitung der NATO, mit dem die Einsatzpotentiale der PfP gestärkt werden sollen. Dieses Konzept wird neue Mechanismen einführen, um die Interoperabilität von Partnerstreitkräften und die Fähigkeit des Bündnisses zu verbessern, künftige Friedensoperationen mit den Partnerstaaten durchzuführen und über längere Zeit in Gang zu halten.

8. Schließlich billigten die Minister einen Bericht über den Fortgang des Erweiterungsprogramms für Aus- und Fortbildung im Rahmen der PfP, durch das der Aus-und Fortbildung im Hinblick auf die derzeitigen und künftigen Erfordernisse der Partnerschaft ein höherer Stellenwert eingeräumt werden soll.

9. Die Minister sprachen sich dafür aus, im Juni 2000 in Brüssel zu ihrer nächsten Tagung zusammenzukommen.

VERTEIDIGUNGSAUSGABEN DER NATO-LÄNDER (1975 – 1999)

Die in der Tabelle 1 wiedergegebenen Zahlen stellen die im Laufe der Haushaltsjahre tatsächlich gemachten oder vorgesehenen Ausgaben dar. Sie beruhen auf der NATO-Definition für die Verteidigungsausgaben. Da zwischen dieser und der nationalen Definition Unterschiede auftreten, können die hier genannten Zahlen erheblich von den Zahlen abweichen, die von nationalen Behörden oder in den Staatshaushalten veröffentlicht werden. Bei Ländern, die Militärhilfe zahlen, ist diese in den Angaben enthalten. Bei Empfängerländern von Militärhilfe geben die Zahlen die Beiträge nicht an. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben sind in den Ausgaben für schweres Gerät und die Ausgaben für Pensionen sind in den Personalkosten enthalten.

Frankreich ist Mitglied des Bündnisses, ohne jedoch militärisch integriert zu sein oder an der kollektiven Streitkräfteplanung teilzunehmen. Die Zahlen für Frankreich geben daher nur gewisse Anhaltspunkte.

Island hat keine Streitkräfte.

Polen, die Tschechische Republik und Ungarn sind der Nato 1999 beigetreten.

Um Missverständnisse zu vermeiden, wurde als Haushaltsjahr das Kalenderjahr festgelegt, in das die meisten Monate fallen; so wird unter 1997 z. B. für Kanada und Großbritannien das Haushaltsjahr 1997/98 und für die USA das Haushaltsjahr 1996/97 dargestellt.

Die Zahlen sind auf- oder abgerundet, wodurch Unterschiede zur Gesamtangabe auftreten können.

(Zeichenerklärung siehe folgende Seiten)

Tabelle 1: Gesamtverteidigungsausgaben der NATO-Länder

Land/ Währungseinheit (Millionen)	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999a	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999a
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	In jeweiligen Preisen und Wechselkursen									***Bei konstanten Preisen und Wechselkursen von 1990***								
Belgien FB	70899	115754	144183	155205	131156	131 334	131796	133007	136393	132418	158789	157465	155205	115966	114228	113002	112522	113805
Tschechische Rep. Kč	//	//	//	//	//	//	//	//	41484	//	//	//	//	//	//	//	//	12626
Dänemark DKr	5355	9117	13344	16399	17468	17896	18521	19079	19577	14095	15622	15759	16399	15524	15562	15562	15653	15610
Frankreich FF	55872	110514	186715	231911	238432	237375	241103	236226	244029	171903	198895	220437	231911	214675	210675	210939	204751	210279
Deutschland DM	37589	48518	58650	68376	58986	58671	57602	58327	59730	60568	64021	66139	68376	49024	48256	47077	47233	47950
Griechenland Dr	45936	96975	321981	612344	1171377	1343276	1510684	1724621	1853189	510756	524576	689616	612344	610416	647663	681584	740737	772385
Ungarn Ft	//	//	//	//	//	//	//	//	182106	//	//	//	//	//	//	//	//	37737
Italien 1000 Lit	3104	7643	17767	28007	31561	36170	38701	40763	41888	22048	23289	26608	28007	24702	24882	24622	25207	25090
Luxemburg LuxF	836	1534	2265	3233	4194	4380	4797	5197	5460	1645	2232	2488	3233	3630	3758	4025	4315	4510
Niederlande f.	7119	10476	12901	13513	12864	13199	13345	13561	13676	10996	11769	13037	13513	11469	11650	11560	11427	11254
Norwegen NKr	4771	8242	15446	21251	22224	22813	23010	25087	25074	14153	16135	19712	21251	19809	20014	19713	21010	20230
Polen ZI	//	//	//	//	//	//	//	//	12675	//	//	//	//	//	//	//	//	1697
Portugal Esc	19898	43440	111375	267299	403478	401165	418772	420654	448690	259215	217934	208150	267299	274531	264795	269183	259663	270742
Spanien Ptas	–	350423	674883	922808	107851	1091432	1123046	1124054	1185942	–	862375	963323	922808	828568	812567	819486	798016	828902
Türkei 1000 LT	33	203	1235	13866	302864	611521	1183327	2289430	4367663	6801	8567	9336	13866	15344	16402	17263	17913	18956
Großbritannien £	5571	11593	18301	22287	21439	22330	21612	22551	22283	21848	22092	24576	22287	17060	17138	16107	16397	15807
NATO-Europa US$	**–**	**111981**	**92218**	**186189**	**184352**	**186821**	**172732**	**175306**	**I 180798**	**–**	**167799**	**183765**	**186189**	**156026**	**155611**	**153413**	**153850**	**I 157940**
Kanada Can$	3360	5788	10332	13473	12457	11511	10831	11168	11048	8527	9442	12537	13473	11410	10378	9686	10047	9842
Vereinigte Staaten US$	88400	138191	258165	306170	278856	271417	276324	274278	283096	213125	224685	301661	306170	240529	229094	227867	221927	225112
Nordamerika US$	**91704**	**143141**	**265731**	**317717**	**287933**	**279860**	**284146**	**281806**	**290532**	**220433**	**232777**	**312406**	**317717**	**250308**	**237989**	**236169**	**230538**	**233547**
Gesamt-NATO US$	**–**	**255122**	**357949**	**503906**	**472284**	**466681**	**456879**	**457112**	**I 471330**	**–**	**400576**	**496170**	**503906**	**406334**	**393599**	**389581**	**384387**	**I 391488**

Tabelle 2: Jährliche Änderung (%) des Bruttoinlandsprodukts und der Verteidigungsausgaben
(in konstanten Preisen)

Land	Durchschnitt 1975-1979	Durchschnitt 1980-1984	Durchschnitt 1985-1989	Durchschnitt 1990-1994	1995	1996	1997	1998	1999a	Durchschnitt 1975-1979	Durchschnitt 1980-1984	Durchschnitt 1985-1989	Durchschnitt 1990-1994	1995	1996	1997	1998	1999a
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Bruttoinlandsprodukt									***Verteidigungsausgaben***								
Belgien	3.2	0.2	2.6	1.0	2.3	1.3	3.0	2.9	1.9	4.4	0.1	1.4	-7.3	-2.4	-1.5	-1.1	-0.4	1.1
Tschechische Republik	//	//	//	//	//	//	//	//	1.3	//	//	//	//	//	//	//	//	8.3
Kanada	4.4	1.4	3.5	0.4	2.8	1.7	4.0	3.1	2.9	2.0	6.2	2.0	-3.1	-6.4	-9.0	-6.7	3.7	-2.0
Dänemark	3.7	1.5	1.8	1.7	3.0	3.3	3.1	2.9	1.6	2.6	0.2	1.0	-0.5	-1.3	0.2	0.6	-	-0.3
Frankreich	3.7	1.6	2.8	0.9	1.7	1.1	2.0	3.2	2.3	3.8	3.3	1.3	-0.7	-4.9	-1.9	0.1	-2.9	2.7
Deutschland	4.0	0.4	2.5	5.4	1.2	1.3	2.2	2.8	1.7	0.5	1.2	-0.4	-7.6	-2.1	-1.6	-2.4	0.3	1.5
Griechenland	5.3	0.5	1.8	1.3	2.1	2.4	3.2	3.7	3.5	4.6	8.0	-3.9	-1.1	1.5	6.1	5.2	8.7	4.3
Ungarn	//	//	//	//	//	//	//	//	4.2	//	//	//	//	//	//	//	//	6.7
Italien	4.8	0.8	3.1	0.6	2.9	0.7	1.5	1.4	1.4	-0.2	2.4	3.1	-0.5	-9.7	0.7	-1.0	2.4	-0.5
Luxemburg	2.5	1.3	6.9	6.0	3.8	3.0	3.7	5.7	3.3	3.9	3.8	7.5	4.1	-2.1	3.5	7.1	7.2	4.5
Niederlande	3.4	0.1	2.5	2.0	2.3	3.1	3.6	3.7	2.2	2.3	2.7	2.0	-2.9	-3.4	1.6	-0.8	-1.1	-1.5
Norwegen	5.1	1.7	2.1	3.3	3.8	4.9	4.3	2.1	0.6	2.4	2.6	1.6	0.3	-9.1	1.0	-1.5	6.6	-3.7
Polen	//	//	//	//	//	//	//	//	3.5	//	//	//	//	//	//	//	//	-2.1
Portugal	5.5	1.1	5.6	1.7	2.9	3.2	3.5	3.5	3.5	-9.5	0.1	5.2	0.2	6.5	-3.5	1.7	-3.5	4.3
Spanien	2.5	1.0	4.5	1.1	2.7	2.4	3.5	3.2	4.3	–	1.9	0.5	-3.5	3.5	-1.9	0.9	-2.6	3.9
Türkei	5.3	4.7	6.0	3.2	7.2	7.0	7.5	2.8	-1.5	7.6	1.0	6.5	3.4	1.1	6.9	5.3	3.8	5.8
Großbritannien	2.5	1.0	4.3	0.3	2.8	2.6	3.5	2.2	0.7	-1.4	2.6	-3.1	-4.2	-8.1	0.5	-6.0	1.8	-3.6
Vereinigte Staaten	4.5	1.8	3.2	1.3	2.3	3.4	3.9	3.9	3.6	-0.8	6.0	2.0	-5.3	-5.0	-4.8	-0.5	-2.6	-1.4

(a) Voranschlag (–) keine Angaben verfügbar (I) Bruch der Kontinuität (//) nicht zutreffend

Tabelle 3: Verteidigungsausgaben als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts

Land	Durchschnitt 1975-1979	Durchschnitt 1980-1984	Durchschnitt 1985-1989	Durchschnitt 1990-1994	1995	1996	1997	1998	1999a	Durchschnitt 1975-1979	Durchschnitt 1980-1984	Durchschnitt 1985-1989	Durchschnitt 1990-1994	1995	1996	1997	1998	1999a
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	in jeweiligen Preisen									***in konstanten Preisen***								
Belgien	3.2	3.3	2.8	2.0	1.6	1.6	1.5	1.5	1.5	2.9	2.9	2.7	2.0	1.7	1.6	1.5	1.5	1.5
Tschechische Republik	//	//	//	//	//	//	//	//	2.2	//	//	//	//	//	//	//	//	2.2
Dänemark	2.3	2.4	2.0	1.9	1.7	1.7	1.7	1.6	1.6	2.3	2.2	2.0	1.9	1.7	1.6	1.6	1.5	1.5
Frankreich	3.8	3.9	3.8	3.4	3.1	3.0	2.9	2.8	2.8	3.8	3.9	3.8	3.4	3.1	3.0	2.9	2.8	2.8
Deutschland	3.4	3.4	3.0	2.2	1.7	1.7	1.6	1.6	1.5	3.4	3.4	3.0	2.2	1.7	1.7	1.6	1.6	1.5
Griechenland	5.6	5.4	5.1	4.4	4.4	4.5	4.6	4.8	4.9	5.6	5.4	5.1	4.4	4.4	4.5	4.6	4.8	4.9
Ungarn	//	//	//	//	//	//	//	//	1.6	//	//	//	//	//	//	//	//	1.6
Italien	2.1	2.1	2.3	2.1	1.8	1.9	2.0	2.0	2.0	2.4	2.3	2.3	2.1	1.8	1.8	1.7	1.8	1.7
Luxemburg	0.9	1.1	1.0	0.9	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.8	1.0	1.0	0.9	0.8	0.8	0.8	0.8	0.9
Niederlande	3.1	3.1	2.9	2.4	2.0	2.0	1.9	1.8	1.8	2.9	3.0	2.9	2.4	2.0	2.0	1.9	1.8	1.7
Norwegen	2.8	2.7	2.9	2.8	2.4	2.2	2.1	2.3	2.2	3.0	2.9	2.9	2.8	2.3	2.2	2.1	2.2	2.1
Polen	//	//	//	//	//	//	//	//	2.2	//	//	//	//	//	//	//	//	2.2
Portugal	3.4	3.0	2.7	2.6	2.6	2.4	2.3	2.2	2.2	3.4	3.0	2.7	2.6	2.6	2.4	2.3	2.2	2.2
Spanien	–	2.3	2.2	1.7	1.5	1.5	1.4	1.4	1.4	–	2.3	2.2	1.7	1.5	1.5	1.4	1.4	1.4
Türkei	4.4	4.0	3.3	3.8	3.9	4.1	4.1	4.4	5.7	3.4	3.4	3.1	3.5	3.3	3.3	3.3	3.3	3.5
Großbritanien	4.9	5.2	4.5	3.8	3.0	3.0	2.7	2.7	2.6	5.2	5.4	4.5	3.7	2.8	2.8	2.5	2.5	2.4
NATO-Europa	**–**	**3.5**	**3.2**	**2.7**	**2.3**	**2.2**	**2.2**	**2.2**	**I 2.2**	**–**	**3.5**	**3.2**	**2.6**	**2.2**	**2.2**	**2.1**	**2.1**	**I 2.0**
Kanada	1.9	2.0	2.1	1.9	1.5	1.4	1.2	1.2	1.2	1.9	2.0	2.1	1.9	1.5	1.4	1.2	1.2	1.2
Vereinigte Staaten	5.0	5.6	6.0	4.7	3.8	3.5	3.4	3.2	3.2	5.2	5.6	5.9	4.7	3.8	3.5	3.3	3.1	3.1
Nordamerika	**4.7**	**5.3**	**5.6**	**4.5**	**3.7**	**3.4**	**3.3**	**3.1**	**3.0**	**4.9**	**5.3**	**5.5**	**4.4**	**3.6**	**3.3**	**3.2**	**3.0**	**2.9**
Gesamt-NATO	**–**	**4.5**	**4.5**	**3.6**	**3.0**	**2.8**	**2.8**	**2.7**	**I 2.6**	**–**	**4.4**	**4.3**	**3.5**	**2.9**	**2.8**	**2.6**	**2.5**	**I 2.5**

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt und Verteidigungsausgaben pro Kopf in US-Dollar (Preise und Wechselkurse von 1990)

Land	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999a	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999a
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Bruttoinlandsprodukt									***Verteidigungsausgaben***								
Belgien	14232	16551	17098	19690	20636	20861	21437	21991	22334	405	483	477	466	342	337	332	330	333
Tschechische Republik	//	//	//	//	//	//	//	//	2601	//	//	//	//	//	//	//	//	58
Dänemark	19147	21405	24436	25944	28782	29540	30316	31115	31510	450	493	498	516	480	478	479	477	474
Frankreich	15738	17949	18849	21431	22048	22202	22549	23170	23617	599	678	732	751	678	663	661	639	654
Deutschland	16559	19527	20853	23746	21687	21902	22341	22841	23124	606	644	671	669	372	365	355	355	358
Griechenland	6311	7332	7606	8160	8419	8578	8809	9089	9360	356	343	438	380	368	388	406	439	456
Ungarn	//	//	//	//	//	//	//	//	3678	//	//	//	//	//	//	//	//	59
Italien	12725	15545	16676	19281	20187	20292	20548	20793	21034	332	344	392	412	360	362	357	365	362
Luxemburg	16662	18383	20639	27083	32896	33408	34151	35678	36349	137	184	203	253	265	270	285	302	312
Niederlande	14692	16157	16802	18979	20363	20913	21557	22218	22570	442	457	494	496	407	412	407	400	391
Norwegen	17954	22296	25590	27223	31743	33120	34452	35001	35037	564	631	758	800	726	730	717	760	728
Polen	//	//	//	//	//	//	//	//	2083	//	//	//	//	//	//	//	//	46
Portugal	4340	5183	5285	6984	7606	7840	8097	8364	8640	200	157	146	189	194	187	190	183	190
Spanien	9434	9844	10279	12663	13410	13716	14181	14610	15214	–	226	246	233	207	203	204	199	206
Türkei	2016	2041	2286	2681	2863	3012	3185	3213	3107	65	74	71	95	95	100	104	106	110
Großbritannien	12237	13404	14765	17112	18187	18590	19175	19546	19618	690	697	770	688	517	518	485	492	473
NATO-Europa	**12118**	**13724**	**14471**	**16488**	**16894**	**17115**	**17485**	**17840**	**I 16128**	**–**	**462**	**493**	**484**	**378**	**375**	**368**	**367**	**I 328**
Kanada	15632	17922	19449	20913	21393	21501	22115	22509	22858	315	329	414	415	330	297	274	281	271
Vereinigte Staaten	17000	18969	20896	22983	24050	24655	25506	26259	26952	987	987	1265	1225	914	863	854	824	829
Nordamerica	**16867**	**18867**	**20754**	**22776**	**23781**	**24335**	**25160**	**25876**	**26531**	**922**	**923**	**1182**	**1144**	**855**	**805**	**795**	**769**	**772**
Gesamt-NATO	**14036**	**15831**	**17079**	**19126**	**19752**	**20118**	**20678**	**21190**	**I 20145**	**–**	**651**	**779**	**761**	**576**	**554**	**546**	**534**	**I 499**

(a) Voranschlag (–) keine Angaben verfügbar (**I**) Bruch der Kontinuität (//) nicht zutreffend

Tabelle 5: Aufschlüsselung der Gesamtverteidigungsausgaben

Land	Durchschnitt 1975-1979	Durchschnitt 1980-1984	Durchschnitt 1985-1989	Durchschnitt 1990-1994	1995	1996	1997	1998	1999a	Durchschnitt 1975-1979	Durchschnitt 1980-1984	Durchschnitt 1985-1989	Durchschnitt 1990-1994	1995	1996	1997	1998	1999a
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Prozentualer Anteil für Personalkosten									***Prozentualer Anteil für schweres Gerät***								
Belgien	62.9	61.8	63.4	68.3	71.1	69.0	69.3	68.5	67.3	11.7	13.8	12.1	7.8	5.4	5.3	6.2	5.9	5.6
Tschechische Republik	//	//	//	//	//	//	//	//	46.6	//	//	//	//	//	//	//	//	15.9
Kanada	60.8	50.7	46.2	49.7	47.8	45.9	42.5	43.2	46.1	9.0	17.8	19.7	18.1	18.5	15.6	12.9	11.0	14.7
Dänemark	58.0	54.6	56.6	57.5	60.5	59.7	58.8	60.0	59.9	18.4	16.9	14.0	15.8	12.5	12.5	13.7	13.8	13.9
Deutschland	49.8	46.6	48.9	57.4	61.6	62.1	62.7	61.2	60.1	16.8	20.0	19.6	13.5	11.4	11.1	10.8	12.7	13.6
Griechenland	57.6	54.6	60.5	63.0	63.3	61.2	62.2	60.4	61.4	19.3	17.4	18.2	22.8	19.8	21.1	19.4	20.6	19.4
Ungarn	//	//	//	//	//	//	//	//	47.3	//	//	//	//	//	//	//	//	19.0
Italien	61.9	59.1	57.8	63.6	67.4	69.2	75.4	73.3	72.9	14.7	17.4	19.7	16.3	15.0	14.3	11.3	12.4	12.2
Luxemburg	85.5	77.5	76.9	76.2	80.9	82.5	78.8	77.1	76.5	1.9	1.8	3.5	3.4	2.4	4.1	3.5	6.5	3.4
Niederlande	61.2	55.3	52.8	56.9	60.0	55.8	56.0	52.3	51.1	18.0	20.5	19.8	15.6	15.6	18.7	15.7	15.3	16.0
Norwegen	52.9	48.8	43.9	40.6	37.3	37.5	38.5	37.7	40.7	16.0	19.4	21.7	24.9	25.4	25.2	24.6	25.0	23.5
Polen	//	//	//	//	//	//	//	//	62.2	//	//	//	//	//	//	//	//	9.7
Portugal	68.8	66.6	67.7	77.3	77.8	80.7	80.0	82.8	78.8	2.2	5.5	7.6	5.7	5.9	6.3	8.2	3.8	9.4
Spanien	–	–	–	64.9	65.7	67.3	66.1	67.5	66.6	–	–	–	12.4	13.6	13.4	13.6	12.0	12.0
Türkei	47.6	45.3	37.1	50.1	50.9	46.2	48.4	48.5	43.0	19.2	9.1	18.2	23.7	29.7	30.8	27.0	20.6	27.5
Großbritannien	44.6	37.4	38.6	42.2	41.8	40.3	39.4	38.0	39.2	21.6	26.2	24.8	21.0	22.0	23.9	24.9	26.5	27.5
Vereinigte Staaten	42.0	41.9	37.0	39.3	39.8	38.8	39.1	39.0	38.6	17.6	21.9	25.6	25.1	27.7	26.9	26.0	25.6	24.4
	Prozentualer Anteil für Infrastruktur									***Prozentualer Anteil für sonstige Kosten***								
Belgien	6.5	5.5	4.0	3.4	3.9	4.5	4.0	3.4	3.4	18.8	18.8	20.4	20.4	19.6	21.2	20.4	22.2	23.7
Tschechische Republik	//	//	//	//	//	//	//	//	7.2	//	//	//	//	//	//	//	//	30.3
Kanada	2.5	2.3	2.8	3.2	2.4	4.1	3.4	5.1	4.1	27.3	29.0	31.2	29.0	31.4	34.4	41.2	40.7	35.1
Dänemark	2.4	2.8	3.4	3.2	2.6	2.4	2.1	1.8	2.5	21.0	25.7	25.8	23.3	24.4	25.4	25.4	24.3	23.7
Deutschland	6.3	5.4	5.9	4.9	4.6	5.0	4.8	4.6	4.7	27.0	27.9	25.5	23.9	22.3	21.8	21.7	21.5	21.6
Griechenland	5.3	2.8	2.2	1.7	1.9	1.5	2.1	2.1	2.1	17.0	24.9	18.4	12.2	14.9	16.2	16.2	16.8	17.2
Ungarn	//	//	//	//	//	//	//	//	3.0	//	//	//	//	//	//	//	//	30.8
Italien	1.8	2.3	2.6	2.4	1.1	0.8	0.8	0.8	1.0	21.5	21.0	19.8	17.7	16.6	15.6	12.5	13.5	13.9
Luxemburg	3.2	10.3	7.3	10.4	5.5	1.7	4.7	4.5	8.0	9.1	10.2	11.9	9.4	11.2	11.7	13.1	11.9	12.1
Niederlande	3.2	3.7	5.2	5.2	3.1	4.4	4.5	3.7	4.4	17.3	20.3	22.0	22.1	21.4	21.2	23.8	28.7	28.4
Norwegen	4.3	5.0	8.2	9.2	6.7	6.9	5.9	6.9	5.2	26.6	26.7	26.0	24.8	30.6	30.4	31.0	30.4	30.6
Polen	//	//	//	//	//	//	//	//	1.3	//	//	//	//	//	//	//	//	26.8
Portugal	3.4	5.9	3.7	2.3	1.6	1.3	1.2	0.6	0.9	25.1	21.9	19.8	13.8	14.7	11.8	10.7	12.8	10.9
Spanien	–	–	–	1.2	0.7	0.7	0.7	0.8	1.8	–	–	–	21.2	20.0	18.6	19.6	19.7	19.6
Türkei	7.3	13.2	5.4	3.0	2.5	3.0	4.2	6.1	4.7	23.7	30.1	38.4	22.5	16.9	19.9	20.4	24.8	24.8
Großbritannien	1.7	2.7	3.9	5.2	5.5	5.8	5.2	4.6	5.0	31.9	33.5	32.5	30.5	30.6	30.1	30.6	31.0	28.4
Vereinigte Staaten	1.9	1.6	1.8	1.5	2.4	2.5	2.2	2.2	1.9	36.8	34.5	35.5	33.6	30.0	31.9	32.7	33.2	35.1

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte (im Jahresdurchschnitt)

Land	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999a	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999a
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Soldaten (in Tausend)									***Gesamtkräfte (b) in Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte***								
Belgien	103	108	107	106	47	46	45	43	43	2.8	2.8	2.8	2.7	1.2	1.2	1.1	1.1	1.1
Tschechische Republik	//	//	//	//	//	//	//	//	53	//	//	//	//	//	//	//	//	1.4
Dänemark	34	33	29	31	27	28	25	25	25	1.8	1.6	1.4	1.4	1.3	1.3	1.2	1.2	1.2
Frankreich	585	575	563	550	504	501	475	449	421	3.2	3.0	2.9	2.7	2.4	2.3	2.2	2.1	2.0
Deutschland	491	490	495	545	352	339	335	333	334	2.5	2.4	2.3	2.6	1.3	1.3	1.2	1.2	1.2
Griechenland	185	186	201	201	213	212	206	202	205	6.5	6.1	6.1	5.7	5.6	5.5	5.4	5.1	5.1
Ungarn	//	//	//	//	//	//	//	//	61	//	//	//	//	//	//	//	//	1.9
Italien	459	474	504	493	435	431	419	402	391	2.5	2.4	2.5	2.4	2.1	2.1	2.0	1.9	1.9
Luxemburg	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Niederlande	107	107	103	104	67	64	57	55	55	2.7	2.5	2.4	2.1	1.4	1.3	1.1	1.1	1.1
Norwegen	38	40	36	51	38	38	33	33	33	2.8	2.6	2.3	2.9	2.3	2.2	1.9	1.8	1.8
Polen	//	//	//	//	//	//	//	//	187	//	//	//	//	//	//	//	//	1.4
Portugal	104	88	102	87	78	73	72	71	72	2.8	2.3	2.6	2.2	1.9	1.8	1.8	1.7	1.7
Spanien	–	356	314	263	210	203	197	189	155	–	3.0	2.5	2.0	1.6	1.6	1.5	1.4	1.2
Türkei	584	717	814	769	805	818	828	788	797	3.8	4.5	4.8	4.1	3.9	3.9	4.0	3.9	3.9
Großbritannien	348	330	334	308	233	221	218	218	218	2.5	2.2	1.9	1.7	1.3	1.2	1.2	1.2	1.1
NATO-Europa	**–**	**3504**	**3603**	**3510**	**3010**	**2976**	**2912**	**2809**	**I 3050**	**–**	**2.8**	**2.8**	**2.6**	**2.0**	**2.0**	**2.0**	**1.9**	**I 1.8**
Kanada	78	82	83	87	70	66	61	60	59	1.2	1.0	0.9	0.9	0.6	0.6	0.5	0.5	0.5
Vereinigte Staaten	2146	2050	2244	2181	1620	1575	1539	1505	1489	3.4	2.8	2.9	2.6	1.9	1.8	1.7	1.6	1.6
Nordamerika	**2224**	**2132**	**2327**	**2268**	**1690**	**1641**	**1600**	**1565**	**1548**	**3.2**	**2.7**	**2.7**	**2.4**	**1.7**	**1.7**	**1.6**	**1.5**	**1.5**
Gesamt-NATO	**–**	**5636**	**5930**	**5778**	**4700**	**4617**	**4512**	**4375**	**4598**	**–**	**2.7**	**2.7**	**2.5**	**1.9**	**1.9**	**1.8**	**1.7**	**1.7**

(a) Voranschlag (–) keine Angaben verfügbar (I) Bruch der Kontinuität (//) nicht zutreffend

NATO BRIEF **Y 9001 F**

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

nordatlantikvertragsorganisation

belgien
dänemark
deutschland
frankreich
griechenland
grossbritannien
island
italien
kanada
luxemburg
niederlande
norwegen
polen
portugal
spanien
türkei
tschechische republik
ungarn
usa